

AIB

D7426E

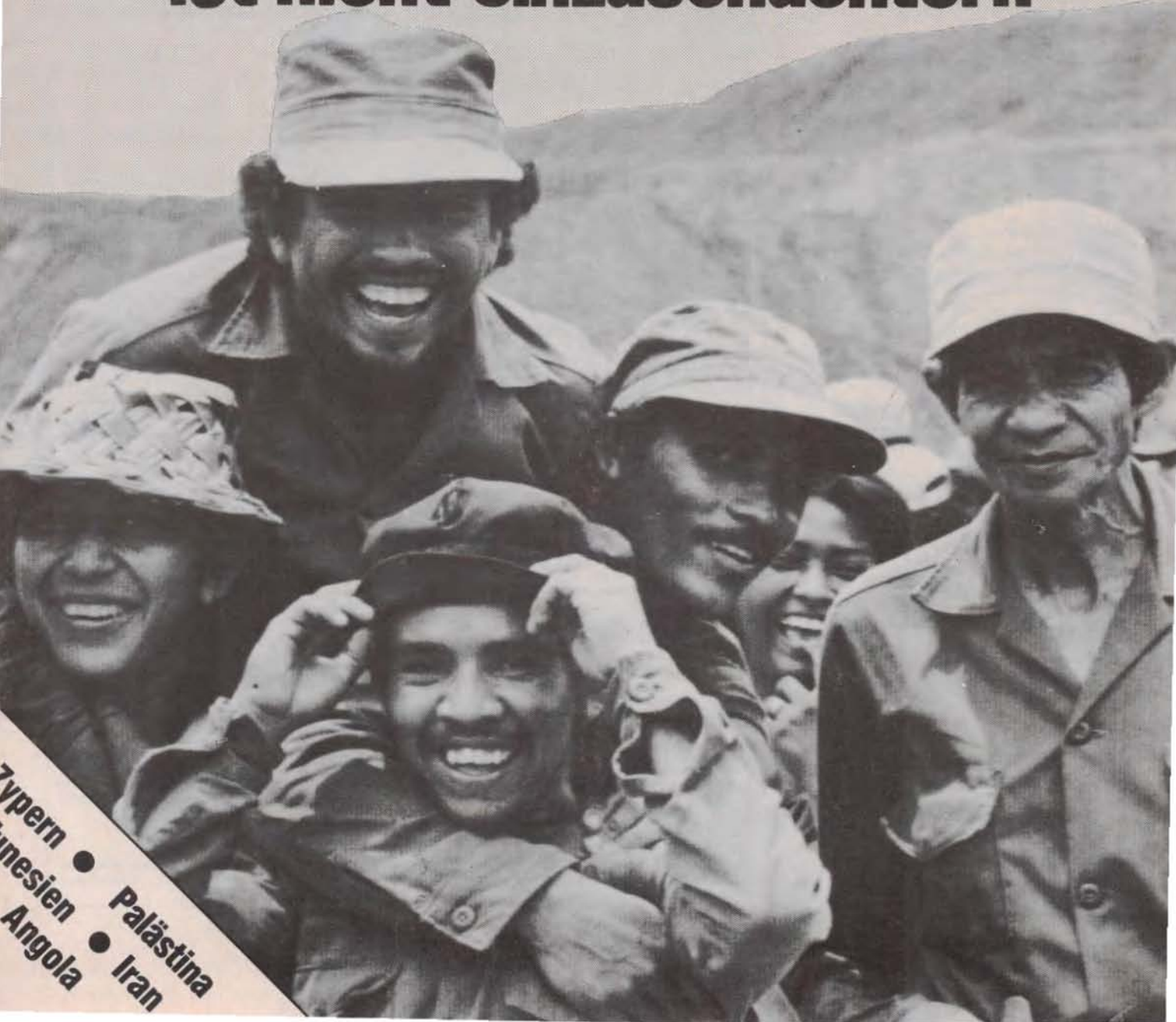
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 2 / Februar 1984

15. Jahrgang

DM 2,50

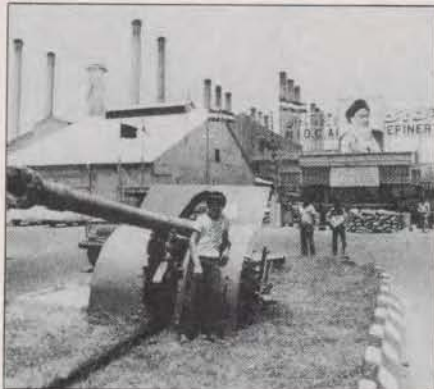
Nikaragua ist nicht einzuschüchtern



Zypern • Palästina
Indonesien • Iran
Angola

Inhalt

Aktueller Kommentar Bonn geht zur Sache	3
Mittelamerika Hat Nikaragua noch eine Chance auf Frieden?	4
Kissinger-Kommission	5
Interventionsbasis Honduras Bericht eines Nikaragua-Brigadisten	10
R. Burbach zur Invasionsgefahr nach Grenada	8
Fidel Castro zur Reagan-Politik und Mittelamerikakrise	12
Angola Südafrikas Aggressionsdruck	15
Namibia Interview mit SWAPO-Vize- vorsitzendem Daniel Tjongarero	17
Palästina Arafats Aussöhnung mit Ägypten	19
Tunesien Die Hungerrevolte	21
REGISTER 1983	23
Iran Rückkehr zur „freien Wirtschaft“	35
Zypern Separatpolitik Nordzypren und die Wurzeln des Konflikts Position der zypriotischen Linken	38 39
Zypern-Daten	43
Die UNO zum Zypernkonflikt	40
Brunei Unabhängigkeit des Ölsultanats	44
Medien und Dritte Welt Alte und neue Weltinformati- onsordnung	46
Alternative Agenturen	48
DJU zur Informationsordnung	49
Frieden und Dritte Welt N. A. Razzak zu Folgen des Rüstungswettlaufs	50
Kultur Film „Die nackten Füße Nikaraguas“	51
Rückblick Sandinos Vermächtnis	52
Infodienst zur Solidarität	53
Kurzinformationen Nigeria, Moçambique, Algerien, Tunesien, Libanon, Korea, Surinam, Jamaika, Kolumbien, Uruguay, Argentinien	54



Mittelamerika

Nach der Grenada-Invasion der USA steht Mittelamerika am Rande eines Regionalkrieges. Nikaragua und El Salvador scheinen am meisten invasionsgefährdet.

Roger Burbach, Fidel Castro, Mariana Rodriguez, die Kissinger-Kommission u.a. verdeutlichen das Für und Wider der Reagan'schen Kriegspläne.

Angola/Namibia

Zur Jahreswende unternahm Südafrikas Rassistenarmee von Namibia aus einen erneuten Kriegszug in Südafrika. Die Aggression hat nicht nur das Ziel, die Volksrepublik Angola zu destabilisieren. Sie zielt auch auf die Zerschlagung der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO.

Pretoria und Washington wollen so die überfällige Unabhängigkeit Namibias auf die lange Bank schieben. Und Bonn schiebt mit, wie SWAPO-Führer Tjongarero in unserem Exklusiv-Interview erläutern.

Iran

Vor genau 5 Jahren stürzte eine Volksrevolution das iranische Schah-Regime. Unter islamischen Vorzeichen wurden seither einschneidende Veränderungen angekündigt, in Ansätzen eröffnet – und dann in Schlüsselbereichen wieder zurückgenommen. So etwa mit der Rückbesinnung auf die „freie Unternehmerwirtschaft“.

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Hanne Denk, Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Nima Mina, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzalez, Ivesa Lübbers-Pistofidis, Flaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann

Weitere **Mitarbeiter** dieser Ausgabe: A. J. Arndt, B. Brinkmann, W. Burhani, I. Flach, U. Nettelbeck, D. Peschke, P. Schmitter, V. Sieglin, B. Weng

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06421/24672

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,— DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluss: 20. Januar 1984

Anzeigen: Informationsstelle Guatemala, Demokratische Erziehung, linke Zeitung, Weltkreis Verlag, Solidaritätsshop 3. Welt

In der kurzen Zeitspanne zwischen Helmut Kohls Nahost-Visite vom Oktober 1983 (Saudi Arabien, Ägypten und Jordanien) und seinem Besuch in Israel vollzog die Bundesregierung einschneidende Veränderungen in ihrer Außenpolitik.

Mit ihrer endgültigen Zustimmung zur Stationierung atomarer US-Mittelstreckenraketen (Pershing II und Cruise Missiles) im November 1983 machte sie die Bundesrepublik zum Vorposten der Erstschlagspläne des Pentagon. In den explosivsten Krisenregionen Naher und Mittlerer Osten, Mittelamerika und u.E. Südliches Afrika sprang die Regierung Kohl/Genscher auf Reagans Interventionszug auf.

Außerdem verkündete der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, Akzentverschiebungen in der Entwicklungspolitik. Neben ihrer Kürzung um 6% im Jahr 1984 soll die Bonner Entwicklungshilfe stärker an der Sicherheits- bzw. Außenpolitik und an den Interessen der notleidenden bundesdeutschen Konzerne ausgerichtet werden.

Eine dieser Kurskorrekturen überschattete den Israel-Besuch des Bundeskanzlers vom 24.-29. Januar d.J. Mehr noch als das Beharren Kohls auf einem „Selbstbestimmungsrecht“ der Palästinenser neben Israel (Standardforderung der EG) war der Bonner Einstieg ins große Rüstungsgeschäft mit Saudi Arabien für die Regierung Shamir Stein des Anstoßes.

Die Regierung Kohl/Genscher riß in der Tat die Schranken für Rüstungslieferungen in die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten (damit in die Dritte Welt insgesamt) nieder. Kaum sind saudisch-westdeutsche Expertenverhandlungen über das Kampfflugzeug „Tornado“, den Panzerabwehr-Hubschrauber PAH 1, den Schützenpanzer „Marder“, den Flak-Panzer „Gepard“, elektronische Luftabwehrsysteme u.a.m. angelaufen, fordert die Rüstungslobby von Bonn den Widerruf des „moralischen Embargos“ für Seewaffen. „Leopard II“-Produzent Rheinmetall beispielsweise möchte eine 102-mm-Kanone ins Kriegsgebiet verkaufen – zur Abwechslung mal nach Israel.

Noch folgenschwerer ist die formelle Verpflichtung Kohls gegenüber dem saudischen Königshaus vom Oktober 1983, sich staatlicherseits erstmals im „Verteidigungsbereich“ eines Regimes außerhalb des NATO-Bereichs zu engagieren. Damit nicht genug, steht die Bonner Rechtskoalition unterdessen mit einem Bein inmitten des libanesischen Dauerkriegs.

Im Haushaltsplan 1984 ist dieser Einstieg mit 7 Mio DM ausgewiesen, und zwar im Titel 68626 des Einzelplans für den Bereich des Außenministeriums.

Die Verwendung lautet auf „logistische Unterstützung der internationalen Streitkräfte (MNF) im Libanon, sowie Beratung der libanesischen Regierung beim Aufbau einer Grenzschutztruppe“. Dabei geht es offenbar nicht nur um die Anlieferung von Transportfahrzeugen o.ä., sondern wohl auch um bundesdeutsche Militärberater vor Ort.

Auf Protest der Grünen und SPD im Haushaltsausschuß des Bundestages hin wurde der Libanon-Finanzposten zwar vorläufig solange gesperrt, bis Staatsminister Müllemann (FDP) konkrete Nachweise ihrer Verwendung erbringt.

Ein Bein im Libanonkrieg

Damit ist freilich die Bereitschaft der Bonner Regierungskoalition, sich direkt am US-Interventionismus im Libanon- und Nahostkonflikt zu beteiligen, keineswegs vom Tisch.

Alois Mertes (CDU), Staatsminister im Auswärtigen Amt, hat anlässlich der Israelvisite Kohls das bundesdeutsche Engagement als „Ergänzung der Nahostpolitik unserer amerikanischen Freunde“ verteidigt. Die Bundesregierung unterstütze die Reagan-Initiative vom September 1982. Sie betrachte die Libanonfrage mittlerweile als „Bestandteil des Nahost-Konfliktes“. Und sie stelle sich „der gemeinsamen Verantwortung des Westens“ in einer Region, die „gegenwärtig die explosivste der Welt ist“ und in der „auch vitale Interessen Deutschlands und Europas auf dem Spiel stehen“.

Wohl nicht zufällig ließ Mertes einige neue Verantwortlichkeiten der Regierung Kohl/Genscher im Rahmen der NATO-„Lastenteilung“ unerwähnt.

Mit Beginn der Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles auf bundesdeutschem bzw. westeuropäischem Boden wird sie mitverantwortlich für die Bedrohung nicht nur der Sowjetunion, sondern auch afroasiatischer Zielorte, von Algerien über Saudi Arabien bis hin zum Iran.

Für Kriegseinsätze der US-Eingreiftruppe rund um die Ölregion am Golf hat die Bundesrepublik die Aufgabe der „strategischen Drehscheibe“ (Transport-, Munitionshilfen, Truppenverstärkungen usw.) übernommen. Und die gültige US-Kriegführungsdoktrin „Air Land Battle“, die Angriffe unter „frühzeitigem“ Einsatz von konventionellen, che-

mischen und/oder atomaren Waffen gerade auch in der Ölregion vorsieht (siehe AIB 11-12/1983, 1 und 3/1984), hat Bonn bislang als einziger NATO-Partner Washingtons mitunterschrieben.

Zur „Lastenteilung“ innerhalb der NATO gehört schließlich die Bonner Vergabe von Wirtschafts- und Militärhilfe gerade an strategische Schlüsseländer wie Israel (jährlich 140 Mio DM), die Türkei (430 Mio DM), Pakistan, Ägypten oder Oman (geforderter BRD-Anteil 1 Mrd DM für Militäranlagen der US-Eingreiftruppe).

Eine ähnliche Ankoppelung an den Konfrontationskurs der Reagan-Administration vollführte die Bundesregierung im Anschluß an die Grenada-Invasion im Krisenzentrum Mittelamerika.

Während F.J. Strauß Ende Dezember 1983 auf Grenada dem US-Marionettenregime Wirtschaftshilfe der BRD und EG in Aussicht stellte, verfügte sein Parteifreund Warnke die Sperrung der für Nicaragua längst bewilligten 40 Mio DM Entwicklungshilfe solange, „bis Nicaragua die Friedensinitiativen der Contadora-Gruppe auch mit Taten und nicht nur verbal unterstützt“.

Gleichzeitig stellte Bonn dem salvadorianischen Völkermordregime 23 Mio DM Wirtschaftshilfe bereit und entsandte, nach einer Unterbrechung von 4 Jahren, wiederum einen Botschafter nach San Salvador. Denn – so Entwicklungsminister Warnke – „anders als in El Salvador geht von Nicaragua eine destabilisierende Wirkung auf die mittelamerikanische Region aus, von Nicaragua aus wird Ideologie, beispielsweise nach Kostarika, exportiert.“

Dies muß wohl auch der Grund dafür gewesen sein, daß die Bundesregierung den USA beim heimlichen Aufmarsch im widerspenstigen Kostarika unter die Arme greifen will. Mit einem Besuch in San José bahnte Außenminister Genscher die Entsendung von Bundesgrenzschützern („Sicherheitsberater“) an.

Wolfram Brönner



Nico Biver

Hat der Frieden noch eine Chance?



An der nikaraguanisch-honduranischen Grenze: abgeschossener Hubschrauber und US-Militärs

Zwei Ereignisse werden möglicherweise den 11. Januar d.J. zu einem historischen Tag machen.

Am Morgen dieses Tages fiel der erste US-Soldat in Nicaragua. Oberstabsfeldwebel Jeffrey Schwab war mit seinem Hubschrauber, der keine Hoheitszeichen trug, tief in nikaraguanischen Luftraum eingedrungen. Nachdem in den drei Tagen davor 17 Flugzeuge unbeschadet die nikaraguanischen Grenzen verletzt hatten, gelang es der sandinistischen Armee diesmal den Eindringling abzuschießen. Daß es anschließend nicht zu einem Angriff der US-Armee kam, lag vor allem daran, daß zum gleichen Zeitpunkt Henry Kissinger dem US-Präsidenten den Bericht der Mittelamerika-Kommission übergab (siehe Kasten). Das zum großen Teil aus rechten Republikanern und Demokraten zusammengesetzte Gremium war im Sommer 1983 von Ronald Reagan gegründet worden, als die Beunruhigung der US-Öffentlichkeit über die Entsendung von Truppen nach Honduras sehr groß war.

Die Ergebnisse der fünfmonatigen Arbeit der Kommission bestätigen, daß beabsichtigt war, unter dem Mantel der Unparteilichkeit eine breite Unterstützung für Reagans Mittelamerikapolitik zu erreichen.

Wie Reagan macht die Kommission

Kuba und die Sowjetunion für die Krise in der Region verantwortlich. Gegen die dadurch erwachsene Bedrohung der Sicherheit der USA sollten militärische Maßnahmen durch die USA und die Länder der Region als letztes Mittel eingesetzt werden.

Folgerichtig befürwortet die Kommission die weitere Unterstützung der „Contras“ durch den CIA, eine Verdreifachung der Militärhilfe für El Salvador entsprechend den Plänen des Pentagon und die Gewährung von Militärhilfe an Guatemala und Kostarika. Die westeuropäischen Staaten sollen durch eine Beteiligung an einem 24 Mrd Dollar Wirtschaftsprogramm für Reagans Mittelamerikapolitik eingespannt werden.

Durch Bedingungen wie die Zugehörigkeit zu einem Militärpakt und die Beachtung der „individuellen und wirtschaftlichen Freiheiten“ soll Nicaragua vom Hilfsprogramm ausgeschlossen werden. Hingegen beabsichtigt man, Kostarika und Panama in den im Oktober 1983 wiederbelebten Mittelamerikanischen Verteidigungsrat (CONDECA) zu zwingen.

Die erhoffte allseitige Zustimmung zu dem Bericht in den USA blieb jedoch aus. Vor allem Vertreter der Demokratischen Partei lehnten den Plan ab.

Michael Barnes, Vorsitzender des Unter-

ausschusses des Repräsentantenhauses für Lateinamerika bedauerte, daß „der Hauptvorstoß dieses Berichts darin besteht, militärische Lösungen zu empfehlen und die Machbarkeit politischer Lösungen zu bestreiten“.¹ „Die Demokratische Partei will einen Friedensplan für Mittelamerika, nicht einen Kriegsplan.“²

Die US-Verbündeten in Mittelamerika, darunter El Salvador, Kostarika und die „Contras“ in Honduras, begrüßten den Bericht. Auf harte Kritik stieß der Bericht nicht nur bei der nikaraguanischen Regierung, die das Dokument als „inkonsistent“ und „gefährlich“ bezeichnete,³ und bei der salvadorianischen Befreiungsbewegung, sondern auch bei der katholischen Kirche El Salvadors.

Kubas stellvertretender Außenminister Ricardo Alarcón erklärte, daß der Kissinger-Bericht nicht nur die Politik Reagans gegenüber Mittelamerika stärke, sondern auch die Friedensvorschläge der Contadora-Gruppe durchkreuze.⁴

Drei Tage vor der Veröffentlichung des Kissinger-Berichts am 8. Januar d.J. hatten die fünf mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, Kostarika, El Salvador, Honduras und Guatemala einem neuen Friedensvorschlag der Contadora-Gruppe zugestimmt. Er enthält Bestimmungen, die die Verwirklichung des 21-Punkte-Friedensplans, dem die mittelamerikanischen Staaten am 10. Sep-



Managua: Sympathiedemonstration für die Sandinistas

tember 1983 zugestimmt hatten, vorbereiten sollen (vgl. AIB 11-12/1983, S. 8-10 und 9/1983, S. 4-7).

Dieser Friedensplan sieht u.a. vor, alle ausländischen Militärberater aus Mittelamerika abzuziehen, die Waffenlieferungen und die Unterstützung von oppositionellen Gruppen in der Region einzustellen und alle ausländischen Militärbasen zu verbieten.

Obwohl selbst die USA diesem Plan zugestimmt hatten, wurden auch diesmal keine konkreten Schritte zu seiner Umsetzung beschlossen. Den Vorschlag der Contadora-Gruppe, ab dem 29.2.1984 alle Waffenlieferungen in die Region einzustellen, befürwortete lediglich Nikaragua.

Contadora in der Sackgasse

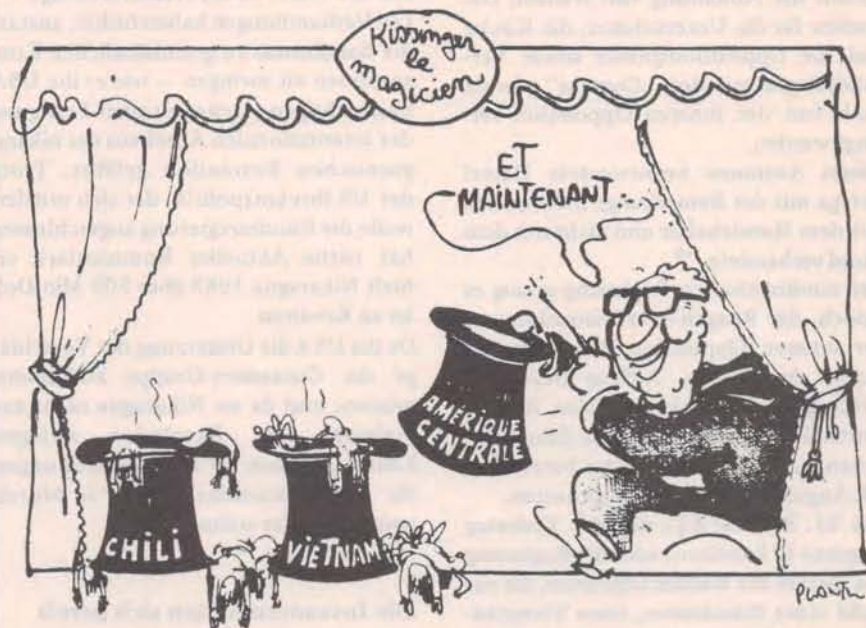
Die USA kommen nicht umhin diesen Forderungen verbal zuzustimmen, da sie u.a. auf den offiziellen Krisenerklärungen Washingtons für die Region beruhen. Danach sind Nikaragua und die salvadorianische Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) zu einer Bedrohung der USA geworden, weil sie von Kuba und der Sowjetunion militärisch unterstützt werden. Folgte man der Logik dieser Argumentation, so müßte die Verwirklichung der Vorschläge der Contadora-Gruppe zu einer Niederlage der Befreiungsbewegung in El Salvador und zu einem Umsturz in Nikaragua führen.

In Wirklichkeit ist jedoch genau das Gegenteil der Fall. Die Beendigung der Unterstützung Washingtons für die salvadorianische Diktatur und die „Contras“ würde zum Sieg der FMLN und zur Stabilisierung Nikaraguas führen. Aus diesem Grunde mußte die US-Administration alle Zugeständnisse Nikaraguas mit neuen Forderungen beantworten, um eine friedliche Lösung unmöglich zu machen und Nikaragua zur Verwässerung der Revolution zu zwingen.

Anfangs hatten die USA ihre Unterstützung für die „Contras“ mit Waffenlieferungen Nikaraguas an die FMLN begründet. Als Nikaragua sich bereit erklärte, mit den USA darüber zu verhandeln, forderte die Reagan-Administration multilaterale Verhandlungen. Am 19. Juli 1983 stimmte Nikaraguas Regierungskoordinator Daniel Ortega dem zu, „damit die Entschuldigungen aufhören“.

Daraufhin verwiesen die USA auf das Problem der Überprüfbarkeit möglicher Verträge. Am 20. Oktober 1983 legte die nikaraguanische Regierung drei Vertragsentwürfe für eine Regelung der salvadorianischen Krise und für Friedensverträge mit den USA und Honduras vor, die auf dem 21-Punkte-Plan basieren. Sie

Der Kissinger-Report: Spiegelbild der Ansichten Reagans



Zauberkünstler Kissinger: „Und jetzt... Mittelamerika“

Am 11. Januar d.J. übergab Henry Kissinger, der Vorsitzende der 12köpfigen US-Mittelamerika-Kommission, Ronald Reagan einen 132 Seiten starken Bericht mit Empfehlungen für eine „langfristige Mittelamerika-Politik“ der Washingtoner Administration. Der US-Präsident, der die Kommission am 19. Juli 1983 gebildet hatte (siehe AIB 9/1983, S. 4-7), erklärte anschließend, daß dringend nach Lösungen gesucht werden müsse „wie sie in dem Bericht vorgezeichnet sind“.

Die Befriedigung Reagans über den Bericht ist vor allem dadurch bedingt, daß sie seiner Mittelamerikapolitik weitgehend zustimmt. Zwar erkennt der Bericht an, daß der Konflikt in Mittelamerika sozialökonomische Ursachen hat, doch sei es „die Intervention von außen, die dem Konflikt seinen gegenwärtigen Charakter gibt“. „Als Folge der sowjetischen und kubanischen Intervention ist jetzt die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährdet. Unsere Glaubwürdigkeit ist weltweit in Frage gestellt. Der Sieg von feindlichen Kräften... würde als Zeichen der Machtlosigkeit der USA gesehen.“ Die kubanisch-sowjetische Expansion könne den Panama-Kanal bedrohen und die USA zu Verteidigungsmaßnahmen an ihrer Südgrenze zwingen, die das globale Gleichgewicht verändern würden.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, schlägt die Kommission ein umfangreiches wirtschaftliches und militärisches Hilfsprogramm für die Region vor. Allein für 1984 sollen zu den bereits vorgesehenen 477 Mio Dollar Wirtschaftshilfe weitere 400 Mio Dollar hinzukommen. Für die folgenden 5 Jahre sind weitere 8 Mrd Dollar für alle Länder der Region vorgesehen. Unter Beteiligung internationaler Finanzorganisationen und der anderen Westmächte soll die Gesamtsumme bis 1990 insgesamt 24 Mrd Dollar erreichen. Ein Viertel dieser Finanzmittel soll über eine

noch zu gründende Mittelamerikanische Entwicklungsorganisation (CADO) verteilt werden. Unter Vorsitz der USA sollen ihr alle sieben mittelamerikanischen Staaten angehören, sofern sie Mitglied eines Militärpaktes (CONDECA!) sind.

Auf militärischer Ebene wurde eine erhebliche Steigerung der Militärhilfe an El Salvador, Honduras und Guatemala vorgeschlagen. Um die Polizeitruppe Kostarikas aufzurüsten, soll das bisherige Verbot der Unterstützung für ausländische Polizeieinheiten aufgehoben werden.

Ein militärisches Eingreifen durch die USA wird als letztes Mittel betrachtet, wenn die Sicherheit der USA bedroht ist.

Für die Lösung des Konflikts in El Salvador fordert die Kommission eine Erhöhung der bereits gewährten Militärhilfe für 1984 von 64,8 Mio Dollar um weitere 140 Mio. Für 1985 sollen 200 Mio Dollar bewilligt werden. Die Kommission wendet sich gegen eine Verhandlungslösung, da eine Machtteilung mit der Opposition das „Vorspiel für eine Machtübernahme durch die Aufständischen“ wäre.

Die Kommission fordert zwar, daß die Militärhilfe nur bei „erwiesenen Fortschritten“ bei der Einhaltung der Menschenrechte gewährt werden soll, doch stellt sie gleichzeitig fest, daß eine geringere Hilfe zu vermehrten Menschenrechtsverletzungen führen würde. H. Kissinger fordert in einem Minderheitsvotum, man solle die Menschenrechtsklausel nicht so rigide handhaben, daß sie „zu einem marxistisch-leninistischen Sieg in El Salvador führt“.

Im Falle Nikaraguas wird eine weitere Unterstützung der „Contras“ befürwortet, denn sie seien einer der „Anreize, die zugunsten einer Verhandlungslösung arbeiten“. Die vorgeschlagene Wirtschaftshilfe für Nikaragua setze eine Demokratisierung und Reformen sowie die Verringerung der Abhängigkeit von Kuba und der Sowjetunion voraus.

erklärte sich bereit, die Einhaltung der Verträge durch die Contadora-Gruppe überprüfen zu lassen.

Daß sie nicht zu einer friedlichen Lösung bereit sind, bewiesen die USA erneut, indem sie anschließend innere Veränderungen in Nicaragua forderten. Dazu gehörten die Abhaltung von Wahlen, Garantien für die Unternehmer, die Kirche und die Oppositionspresse sowie Verhandlungen mit den „Contras“ wie sie auch von der inneren Opposition verlangt werden.

Dieses Ansinnen beantwortete Daniel Ortega mit der Bemerkung: „Wir wollen mit dem Hundehalter und nicht mit dem Hund verhandeln.“⁵

Der sandinistischen Regierung gelang es jedoch, der Reagan-Administration und der inneren Opposition Wind aus den Segeln zu nehmen. Anfang Dezember 1983 gab sie konkrete Pläne für die Durchführung der Wahlen im Jahr 1985 bekannt, die die Sandinistas bereits am 23. August 1980 angekündigt hatten.

Am 21. Februar d.J., dem 50. Todestag Augusto C. Sandinos, wird die Regierung das Datum der Wahlen benennen, die zur Wahl eines Präsidenten, eines Vizepräsidenten und eines 90köpfigen Parlaments führen sollen. Für die Miskitos und „Contras“ (ausgenommen ihre Führer) wurde eine Amnestie verkündet und ihnen gestattet, an den Wahlen teilzunehmen.

Revolution nicht zu verhandeln

Ein Parteiengesetz, das alle Parteien mit Ausnahme derjenigen, die zum Somozismus zurückkehren wollen, zu den Wahlen zuläßt, war bereits am 17. August 1983 verabschiedet worden. Parallel zu diesen Maßnahmen wurde die Pressezensur teilweise aufgehoben und Gespräche mit Kirchenführern aufgenommen. Daniel Ortega erklärte vor dem Staatsrat, daß diese Maßnahmen nur möglich waren durch die Stärke der sandinistischen Revolution. Er verwies dabei auf die Entscheidung der Regierung vom 19. Juli 1983, „alle Waffen an das Volk zu verteilen“.⁶

Doch diese Schritte konnten die Reagan-Administration ebensowenig erweichen wie der zeitweise Abzug von 2.000 kubanischen Entwicklungshelfern oder die Verlegung der FMLN-Vertretung nach Mexiko. „Ich denke, sie können mehr tun, als sie bisher getan haben“, kommentierte Ronald Reagan die nikaraguanische Kompromißbereitschaft.⁷

Diese Antwort werden die Sandinistas solange zu hören bekommen, wie sie nicht bereit sind, die Prinzipien der Revolution aufzugeben. Daß das nicht in Frage kommt, haben sie wiederholt betont: „Wir sind gewillt, über alles zu ver-

handeln, was verhandelbar ist“, so Innenminister Tomas Borge, „wir werden jedoch nie über eine Rückkehr zur Vergangenheit verhandeln. Die Revolution, das Recht frei zu sein und das Prinzip der Souveränität stehen nicht zur Diskussion, sondern werden vielmehr mit der Waffe in der Hand verteidigt.“⁸ Die Verhandlungen haben bisher, anstatt die Sandinistas zu grundsätzlichen Konzessionen zu zwingen – wie es die USA beabsichtigen –, eher zu einer Festigung des internationalen Ansehens der nikaraguanischen Revolution geführt. Trotz der US-Boykottpolitik, der sich mittlerweile die Bundesregierung angeschlossen hat (siehe Aktueller Kommentar), erhielt Nicaragua 1983 über 500 Mio Dollar an Krediten.

Da die USA die Umsetzung der Vorschläge der Contadora-Gruppe verhindern müssen, und da sie Nicaragua nicht zur Preisgabe der Revolution zwingen können, treiben sie die Vorbereitungen für eine militärische Lösung in Mittelamerika weiter voran.

Die Invasoren halten sich bereit

Nach Beendigung der Manöver der US-Truppen in Honduras im März d.J. sollen neue Manöver unter der Bezeichnung „Big Pine III“ im Juni d.J. beginnen. Ein vertraulicher Bericht des US-Kongresses vom November 1983 stellte fest, daß das Oberkommando Süd der US-Streitkräfte in Panama sich auf einen Krieg in Mittelamerika vorbereitet. Unter anderem wird darin festgestellt, daß Verhandlungen mit Honduras über einen US-Stützpunkt im Werte von 160 Mio Dollar im Gange sind. Pläne für den Einsatz der US-Soldaten in Mittelamerika und die Evakuierung der US-Amerikaner aus Nicaragua seien in Vorbereitung. Außerdem verweist der Bericht auf Informationen, daß Panama und Kostarika bereit seien, einen militärischen Angriff von El Salvador, Honduras und Guatemala gegen Nicaragua zu unterstützen.⁹

Bereits auf ihrem Treffen vom 22. und 23.10.1983 hatten die CONDECA-Staaten (Honduras, El Salvador, Guatemala und Panama als Beobachter) darüber beraten, welche „legalen Instrumente“ es „den Sicherheits- und anderen bewaffneten Kräften Panamas und denen anderer lateinamerikanischer Staaten erlauben würden, an einer Aktion zur Befreiung Nicaraguas teilzunehmen“.¹⁰

Ende November 1983 enthüllte der Rat für Angelegenheiten der Hemisphäre (COHA, eine private US-Organisation, die auf lateinamerikanische Fragen spezialisiert ist) einen Plan des Pentagon und des Außenministeriums, der Angriff der „Contras“ und der honduranischen Armee gegen Nicaragua vorsieht. Bei Ge-

genwehr der Nikaraguaner würde laut diesem sog. Pegasus-Plan die CONDECA dann die USA zu Hilfe rufen.¹¹

Die „Contras“ hatten bereits vorher mehrmals angekündigt, sie würden einen Teil nikaraguanischen Territoriums besetzen, eine Gegenregierung bilden und dann die CONDECA um Hilfe bitten. Diese Pläne sind in der Zwischenzeit abgewandelt worden, weil Guatemala und Kostarika wieder widerspenstiger geworden sind und sich die Situation in El Salvador durch den Vormarsch der FMLN erheblich zugespitzt hat.

El Salvador oder Nicaragua?

Es ist fraglich, ob das Regime durch eine Erhöhung der Militärhilfe auf 374 Mio Dollar für 1984 und 1985 und eine Aufstockung der salvadorianischen Armee von 33.000 auf 50.000 Mann, wie es eine Studie des Pentagon vom November 1983 fordert,¹² noch gehalten werden kann. Die militärischen Erfolge der FMLN seit Jahresbeginn, wie die Einnahme der Armee-Garnison in El Paraiso und die Sprengung der Cuscatlanbrücke bewiesen, eher das Gegenteil.

Da die USA sich keine zweite Revolution in ihrem „Hinterhof“ leisten können, bestimmt wahrscheinlich die Entwicklung in El Salvador, wo die US-Invasion zuerst erfolgen wird.

Bei Nicaragua können die USA noch abwarten und versuchen, sich eine günstige Gelegenheit zu verschaffen. Die Grenada-Invasion hat der Regierung Reagan gezeigt, daß sie den internationalen Protest in Grenzen halten und Zustimmung zuhause erreichen kann, wenn es ihr gelingt, das Opfer als Angreifer oder Sicherheitsrisiko hinzustellen.

Die Zustimmung in den USA wird aber spätestens dann schwinden, sollten sie in Nicaragua oder in El Salvador in einen jahrelangen Guerillakrieg verwickelt werden, auf den sich bereits jetzt die FMLN und die Sandinistas vorbereiten. Ob dies die Reagan-Administration letztlich abzuschrecken vermag, ist mehr als zweifelhaft. Ihr ist schließlich schon ein Kuba zuviel.

Anmerkungen:

- 1) Newsweek, New York, 23.1.1984
- 2) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 16.1.1984
- 3) Le Monde (LM), Paris, 13.1.1984
- 4) Siehe: Latin America Weekly Report, London, 20.1.1984
- 5) Informationsdienst El Salvador, Nr. 163/18.11.1983
- 6) Barricada Internacional, Managua, 12.12.1983
- 7) IHT, 26.12.1983
- 8) Barricada Internacional, 5.12.1983
- 9) Vgl. LM, 19.1.1984
- 10) New York Times, New York, 11.11.1983
- 11) Siehe: Granma Weekly Review, Havanna, 4.12.1983
- 12) Vgl. LM, 19.1.1984

Mariana Rodriguez

Interventionsbasis Honduras

Über die Rolle von Honduras in den Invasionsplänen der USA gegen Nicaragua und die Befreiungsbewegung El Salvadors unterhielt sich das AIB mit Mariana Rodriguez, Repräsentantin der Revolutionären Volksstreitkräfte Lorenzo-Zelaya (FPR). Die FPR, eine honduranische politisch-militärische Organisation, wurde 1980 gegründet.

AIB: Aus welchen Gründen hat Ihre Erachtens die Reagan-Administration Honduras zu ihrer Interventionsbasis gegen die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika gemacht?

M. RODRIGUEZ: Dafür, daß Honduras als konterrevolutionäre Basis in der Region aus-

Erklärung zu bewerten?

M. RODRIGUEZ: Sie ist ein Ausdruck der nordamerikanischen Strategie für die mittelamerikanische Region und die Karibik. Die Intervention gegen Nicaragua ist Teil der interventionistischen und kriegerischen Pläne der Reagan-Administration.

Damit hängt auch ein Brief zusammen, den Suazo Cordova (Präsident von Honduras; d. Red.) am 16. Juli 1983 an Ronald Reagan geschrieben hat. Darin bat er ihn um 400 Mio Dollar, da die bestehenden wirtschaftlichen Probleme der Subversion nützen würden. Das bedeutet, daß man zu einem Verkauf von Honduras zu einem sehr niedrigen Preis gewillt ist.

Die honduranische Armee ist nur ein Anhängsel der US-Armee. Sie wurde von den USA geschaffen, sie wird von ihnen ausgebaut und modernisiert. Wir können deshalb weder von einer eigenständigen Regierung und noch viel weniger von einer eigenständigen Armee sprechen.

In Honduras ist die Armee zur Zeit so stark, daß sie drei Kriegsfronten eröffnen kann.

Die erste Front ist gegen das eigene honduranische Volk gerichtet. Diese Kriegsfront ist der Präventivkrieg, der darin besteht, jeden Gegner des jetzigen Regimes zu vernichten. Die zweite Front richtet sich gegen die sandinistische Volksrevolution. Die dritte Kriegsfront richtet sich gegen die Positionen der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) in El Salvador.

Das gemeinsame Vorgehen der honduranischen und salvadorianischen Armee gegen die Bevölkerung von Chalatenango und Morazan in El Salvador ist eine Tatsache.



Honduranische Truppen im Manöver „Pig Pine II“

gewählt wurde, gab es drei Gründe. Der erste war die strategische Bedeutung von Honduras, da es an Guatemala, El Salvador und Nicaragua grenzt.

Das zweite Motiv war, daß die honduranische Bourgeoisie nie auf eine Regierung mit einem eigenständigen Programm Wert gelegt hat. Sie hat sich stets den Wünschen des nordamerikanischen Imperiums unterworfen.

Drittens wurde Honduras ausgewählt, weil es augenblicklich nicht über eine revolutionäre und Volksbewegung verfügt, die sich auf dem Entwicklungsstand wie jene in El Salvador, in Guatemala und natürlich in Nicaragua befindet.

Um diese Militärbasis in Honduras einzurichten mußte man einen Präventivkrieg führen, der in der Eliminierung jeglicher inneren Opposition gegen diese Aggressionspolitik besteht.

AIB: Die honduranische Regierung hat vorgeschlagen, Honduras ähnlich wie Puerto Rico an die USA anzugliedern und ständig US-Truppen zu stationieren. Wie ist diese

Am 27. November 1983 bat Suazo Cordova die Reagan-Administration, Honduras zu einer weiteren Kolonie der USA zu machen. Drei Tage später wurde das von ihm selbst dementiert.

Ein von US-Marines besetztes Land

Aber wir wissen, daß Honduras ein von den US-Marines besetztes Land ist und daß es die Rolle einer konterrevolutionären Basis spielt.

AIB: Meinen Sie, daß mit einer Invasion der US-Truppen und der honduranischen Armee in El Salvador und in Nicaragua zu rechnen ist?

M. RODRIGUEZ: Die Intervention gegen Nicaragua von honduranischem Gebiet aus findet seit dem Sieg der sandinistischen Revolution (Juli 1979; d. Red.) statt. Die konterrevolutionären somozistischen Banden werden direkt vom CIA und logistisch und personell von der honduranischen Armee unterstützt.

Krieg der Armee an drei Fronten

Man muß davon ausgehen, daß der Tag nicht weit ist, an dem eine massive Invasion der US-Armee von honduranischem Territorium aus gegen das heldenhafte Volk Sandinos stattfindet. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß die USA nicht die gleiche Situation wie in Grenada vorfinden werden. Sie werden auf ein bewaffnetes Volk treffen, auf ein Volk, das bereit ist, seine Revolution zu verteidigen. Den Zeitpunkt dieser Invasion kann man nicht genau bestimmen.

Aber in Honduras besteht eine vollständige Infrastruktur für den Krieg, um ihn heute, morgen oder in drei Monaten beginnen zu können.

AIB: Weshalb hat Honduras, trotz seiner Invasionsvorbereitungen dem Friedensplan der Contadora-Gruppe zugestimmt?

M. RODRIGUEZ: Die Politik der honduranischen Regierung hängt mit der Wahl Suazo Cordovas zum Präsidenten zusammen. Um diesen Herrn zum Präsidenten zu machen, lief in Honduras und in der Region eine große Propagandakampagne unter der Losung der Internationalisierung des Friedens. Deswegen gab sich die honduranische Regierung auf internationaler Ebene als eine zivile Regierung aus, die die Menschenrechte respektiert und die den Frieden bewahren wollte. Wir wissen genau, daß dies nicht den Tatsachen entspricht.

Deshalb sind die Diskussionen, die von Honduras bei den Contadora-Treffen geführt werden, die gleichen wie die El Salvadors. Und beide sind direkt von den USA beeinflusst.

Die Verhandlungsbemühungen der Contadora-Gruppe können praktisch als gescheitert betrachtet werden aufgrund der Positionen, die die USA der Contadora-Gruppe aufgedrängt haben. Wir wollen und müssen festhalten, daß die größte Anstrengung für einen Frieden in der Region von der Contadora-Gruppe ausgegangen ist. Aber es war nur ein Versuch, denn nichts wurde jemals konkretisiert.



Empfang der Brigadisten auf dem Flughafen in Managua durch E. Cardenal (l.); die gepflückten Kaffeebohnen werden zum trocknen ausgebreitet

Paul Schmitter Brigadisten in Nicaragua

162 Männer und Frauen aus unterschiedlichen Berufen, Anhänger der Friedens- und Solidaritätsbewegung, Gewerkschafter sind am 20.12.1983 als erste bundesdeutsche Arbeitsbrigade, die sich den Namen „Todos juntos venceremos“ (Alle gemeinsam werden wir siegen) gab, nach Nicaragua geflogen.

Ihr Ziel: Als Teil der internationalen Arbeitsbrigaden bei der für Nicaragua lebenswichtigen Kaffeernte zu helfen, einen aktiven, konkreten Beitrag in der Solidarität mit dem nikaraguanischen Volk zu leisten, einen demonstrativen Protest gegen eine vom US-Imperialismus gesteuerte Politik der Aggression, Intervention und des Wirtschaftsboykotts auszudrücken. Schon bei der Aufstellung und vor dem Abflug der Brigade hat es an Störversuchen von Rechts nicht gefehlt.¹

J. Wheelock: „Nicaragua ist auch Euer Vaterland!“

Die Bedeutung der internationalen Brigaden, die im wesentlichen eine politisch-moralische ist, rückte auch in den Mittelpunkt der Reden, Presseberichte und Gespräche mit nikaraguanischen Arbeitern, Campesinos, Schülern und Studenten, mit denen wir den Alltag der Kaffeernte teilen.

Empfangen und begrüßt wurde unsere Brigade von Kulturminister Ernesto Cardenal, der in seiner Begrüßungsrede neben der politischen Bedeutung der Brigade die Tatsache betonte, daß, nach

einer jahrhundertelangen Ausbeutung der nikaraguanischen Arbeiter und Bauern, zum ersten Mal in der Geschichte Nicaraguas Westeuropäer nikaraguanischen Arbeitern und Bauern helfen würden.

Die internationalen Brigaden aus westeuropäischen, mittel- und lateinamerikanischen Ländern, Kanada und den USA sowie die in Nicaragua lebenden und arbeitenden Ausländer, die erst mit dem Eintreffen der bundesdeutschen Brigade vollzählig waren, trafen sich am Nachmittag des Ankunftstages vor der offiziellen Begrüßung der internationalen Brigaden durch Jaime Wheelock Roman, Mitglied der nationalen Leitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) und Agrarreformminister.

Wheelock verurteilte in seiner Rede die Politik des US-Imperialismus in Mittelamerika und der Karibik und zeigte die Entwicklung und die Erfolge der sandinistischen Revolution auf. Er würdigte die internationalen Brigaden und schloß mit dem Satz, der auch unsere Erfahrung in Nicaragua zusammenfaßt: „Willkommen in Nicaragua, unserem Vaterland, das durch unsere gemeinsamen Ideale auch Euer Vaterland ist.“

Für die Solidaritätsgruppen der Bundesrepublik übergab Lutz Kliche vom Informationsbüro Nicaragua im Anschluß daran einen Scheck über 100.000 US-Dollar.

Die bundesdeutsche Brigade arbeitete, wie die Brigaden aus anderen Ländern, in Gruppen zu 25-35 Personen auf

UPEs, kleineren Produktionseinheiten innerhalb der staatlichen Kooperativen (Empresas), in den Provinzen Jinotega, Esteli und Matagalpa, zumeist in der Kaffeernte.²

Ich nehme bei der Gruppe Münster/Wuppertal an der Kaffeernte teil. Die Gruppe arbeitet auf der UPE „La Lima“ der Empresa „Chale Haslan“, etwa 7 km von San Ramon, in der Nähe der Provinzhauptstadt Matagalpa.

Sie arbeitet dort nicht nur mit den Arbeitern der UPE, die dort mit ihren Familien zusammen leben, sondern auch mit 148 Schülern und Studenten aus Managua. Sie sind dem zentralen Aufruf der Sandinistischen Jugend 19. Juli gefolgt, und arbeiten während ihrer zweimonatigen Ferien unter dem Motto: „Y ahora que? A cortar café!“ (Und was jetzt? Zum Kaffeernten!) auf der UPE „La Lima“.

Die Beteiligung der Jugend im nationalen Maßstab ist die größte seit der Alphabetisierungskampagne 1980. Die Schüler/-innen und Studenten/-innen beeindruckten uns durch ihre Offenheit, Freundlichkeit, Wißbegierigkeit, durch ihren Einsatz bei der Arbeit und danach, wo sie für die Arbeiter und Campesinos eine Nach-Alphabetisierung einrichten. Für uns richteten sie Spanischkurse ein. Sie sind es auch, die mit den Arbeitern der UPE zusammen den bewaffneten Schutz der UPE und unsere Sicherheit gewährleisten, bei Tag und Nacht.

Ungewohnt für uns sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf „La Lima“. Wir wohnen in einem Steinhaus mit einem einzigen großen Raum, der der gesamten Gruppe Platz bietet.

Dieser Raum wird bei der Kaffeernte Schlafraum, Treffpunkt von Gruppensitzungen und – bei schlechtem Wetter – Aufenthaltsraum zugleich sein. Zum Waschen stehen uns allen zwei Waschgelegenheiten mit fließendem Wasser (ei-



ne davon funktionierten wir zu einer Duschgelegenheit um) in der Nähe des Hauses zur Verfügung. Das fließende Wasser und das elektrische Licht in den Häusern sind erste Errungenschaften der Revolution auf La Lima. Die Toiletten, drei Latrinen, sind ein Stückchen weiter.

Bei der 1 1/2 Minuten entfernten Küche, die das für uns ungewohnte Standardgericht: Tortillas (Maismehlkuchen), rote Bohnen und Reis zu allen Mahlzeiten kocht, essen wir morgens und abends. Dazu gibt es gesüßten Kaffee, während es mittags, wo wir in den Kaffeeplantagen essen, Piñata, ein süßes Ananas-Maismehlgetränk gibt. Für Abwechslung sorgen ab und zu etwas Fleisch und Kohl.

Verteidigung und Produktion!

Die Klimaumstellung (tagsüber ist es windig und bewölkt, etwa 21° C, während die Kälte nachts eine Isomatte und einen warmen Schlafsack absolut erforderlich machen) und das ungewohnte Essen sorgen anfangs für Verstopfungen oder Durchfall. Das Wasser wird, da es für uns nicht ohne weiteres verträglich ist, mit Micropur aufbereitet. Eine Infektion, der Grippe vergleichbar, die von Fieber begleitet ist, und uns nach und nach alle erwischt, verschwindet nach 3 Tagen wieder.

In unserer ersten Gruppensitzung beschließen wir, uns während der Nacht an der Vigilancia (Wache der Arbeiter, Schüler und Studenten) zu beteiligen, allerdings unbewaffnet und auf den Bereich des Hofes, zwischen den Wohngebäuden und Materialschuppen, beschränkt.

Die Arbeitszeiten und -bedingungen unterscheiden sich auf den einzelnen UPEs. Sie liegen aber in der Regel bei

mindestens 6 Stunden täglich, bei 5 Arbeitstagen. Auf „La Lima“ arbeiten wir wegen der drohenden Überreife der Kaffeebohnen und dem Fehlen von Hermanos (Brüdern) und Hermanas (Schwestern) 5 1/2 Tage.

Es fehlen diejenigen Hermanos und Hermanas, die ihren Arbeitsplatz für 3 Monate verlassen, um in den Reservebataillonen die Grenzen zu sichern und das Volk gegen bewaffnete Überfälle der „Contras“ zu verteidigen. Nach diesen 3 Monaten kehren sie an ihren Arbeitsplatz zurück; andere Hermanos und Hermanas treten an ihre Stelle.

Die Verteidigung Nikaraguas läßt sich nicht nur auf den militärischen Aspekt (Sicherung oder Grenzen und Kampf gegen die „Contras“) reduzieren. Ebenso eingeschlossen ist der zivile Aspekt (Steigerung der Produktion, was den Schutz und die Sicherung von Produktion und Wohnbereich durch die Sandinistischen Verteidigungskomitees – CDS beinhaltet). Dieser Zusammenhang zweier grundlegender Ziele, von Produktion und Verteidigung, wurde von den Nikaraguanern und uns bei der Kaffeernte ernst genommen.

Die Kunst des Pflückens

Der Arbeitsalltag beginnt morgens um 4 Uhr mit dem Wecken, Waschen, Frühstück und dem Versammeln um 5.30 Uhr, bei dem wir sowohl über die am Vortage erreichte Produktion, als auch über die aktuelle politische Situation informiert werden. Danach erfolgt der Abmarsch zu den Kaffeeplantagen, wo wir bis zur Mittagspause um 12 Uhr arbeiten. Die Arbeit wird um 13 Uhr noch bis 4 Uhr fortgesetzt.

Die mehr oder weniger vollen Kaffeesäcke tragen wir auf den Schultern bis zu den Sammelstellen, wo er in Latas (Blechkanister mit 20 l Inhalt), der Maßeinheit für den Kaffee, umgefüllt und dann wieder in Kaffeesäcke geschüttet wird. Im Vergleich zu den von uns und den nikaraguanischen Schülern und Studenten in Abhängigkeit von der Plantage geschafften 2-3 Latas am Tag schafft ein Kaffeepflücker 6-8 Latas am Tag.

Um 4.30 Uhr treten wir den Rückweg zur UPE an. Bis zum Abendessen um 5.30 Uhr steht Duschen auf dem Programm, außerdem das Waschen von dreckiger Kleidung, die teilweise auch noch bis zum Wochenende warten muß. Der Rückweg von der Küche muß schon mit der Taschenlampe angetreten werden.

Die Kaffeeplantagen liegen in der bergigen Provinz Matagalpa an Berghängen, was das Pflücken der Kaffeebohnen an Regentagen besonders schwierig werden

läßt. Der aufgeweichte Boden bietet selbst festen Schuhen mit starkem Profil keinen Halt mehr, der Transport der Kaffeesäcke auf den Schultern auf den glitschigen Trampelpfaden zu den Sammelstellen kann zu einer Rutschpartie werden.

Die Kaffeestauden bzw. -bäume haben je nach Alter eine Höhe von 1,60 bis 2,70 m. Die höher hängenden Äste werden mit einem garabato (Ast oder Stock mit einem Haken am oberen Ende) heruntergebogen, mit einer Hand festgehalten und mit der anderen, freien Hand abgeerntet.

Beim Pflücken der mehr als zur Hälfte roten und auch noch der schwarzen Kaffeebohnen haben wir vor dem Bauch ein Körbchen hängen, in das die gepflückten Kaffeebohnen hineinkommen. Das volle Körbchen wird dann in den mitgeführten Kaffeesack geschüttet.

Die Abende sind bestimmt von Diskussionen unter uns, wie wir die gemachten Erfahrungen verwerten wollen, wie wir unsere Arbeit in der Bundesrepublik verbessern können, Diskussionen mit den Schülern und Studenten über die politische Situation, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Für einen Teil von uns steht auch noch der Spanischkurs auf dem Programm.

Weihnachten und Sylvester haben wir gemeinsam gefeiert, waren Anlaß für erste Kontakte und Gespräche zwischen Nikaraguanern und uns. Den von uns erarbeiteten Betrag stellen wir – wie die nikaraguanischen Schüler und Studenten als auch die Familien, die während ihrer Freizeit am Wochenende freiwillig in den Kaffeeplantagen arbeiten – einem Fonds zur Ausrüstung und Versorgung der Reservebataillone zur Verfügung.

Die Brigade „Todos juntos venceremos“ wird am 27. Februar d.J. wieder in der Bundesrepublik sein. Vorher nimmt sie an einem 10tägigen politisch-kulturellen Programm teil, dessen Höhepunkt die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Todes Sandinos (siehe Rückblick; d. Red.) sein werden. Die nächste Brigade, die in Nicaragua bei der Baumwollernte helfen wird, fliegt am 27. Februar d.J. mit der nach Managua zurückkehrenden Maschine.

Anmerkungen:

- 1) Artikel der Frankfurter Allgemeinen, vorübergehendes Startverbot für die Aeroflot-Maschine von Luxemburg aus, ein provokierter Polizeieinsatz vor der Abfahrt nach Luxemburg am Kaiserplatz in Bonn.
- 2) Die in Jinotega und Esteli arbeitenden Brigaden wurden wegen des Einmarsches von über 2.000 „Contras“ nach dem Weihnachtstag am 28. Dezember 1983 aus Sicherheitsgründen von dort evakuiert. Sie nehmen seitdem an der Kaffeernte in der Provinz Matagalpa teil.

Roger Burbach

Lehren der Grenada-Invasion für Mittelamerika

Noch ist es schwer, die politischen Auswirkungen, die die US-Invasion in Grenada für Nicaragua und Mittelamerika hat, genau zu bewerten. Im allgemeinen gibt es zwei gegensätzliche Deutungen.

Die erste, die hauptsächlich von Tom Wicker von der New York Times vertreten wurde, besagt, daß die Intervention in Grenada sicherlich die Möglichkeit einer Intervention in Mittelamerika verringere. Sie basiert auf der negativen internationalen Reaktion und der gleichzeitig verhältnismäßig „schwachen“ Unterstützung der Bevölkerung der USA (nach einer Untersuchung der New York Times/CBS lag sie bei 51%). Dies habe der Reagan-Administration bewiesen, daß sie kein Mandat hat, Mittelamerika zu besetzen, wo die USA mit einem teuren und langen Krieg rechnen müßten.

Die zweite Deutung, die in Linkskreisen und in Mittelamerika vorherrscht, ist die, daß die Intervention in Grenada bewiesen habe, daß die Reagan-Administration dazu entschlossen ist, militärische Mittel einzusetzen, um den revolutionären Bewegungen und Regierungen der Dritten Welt beizukommen.

Reagans „Höhenflug“

Welche dieser beiden Deutungen ist richtig? Erstens halten die Faktoren die Wicker nennt, um die Möglichkeit einer Intervention herunterzuspielen, keiner genauen Analyse stand. Das Votum von 108:9 in den Vereinten Nationen gibt die tiefe Unzufriedenheit der Weltöffentlichkeit wieder. Sie wird aber wenig Einfluß auf die zukünftige Politik der Reagan-Administration haben. Reagan selbst erklärte, das Votum der UNO habe „sein Frühstück nicht gestört“.

Es wird auch behauptet, daß die Reaktion der Europäischen Gemeinschaft (EG), und besonders Englands, die Reagan-Administration davon (von einer Invasion Mittelamerikas; d. Red.) abhalten könne, vor allem deshalb, weil die USA die Unterstützung der westeuropäischen Regierungen brauchen, um ihre Raketen aufzustellen. Das US-Außenministerium hat erklärt, die europäischen Regierungen gäben zwar öffentliche Erklärungen gegen die Invasion ab, würden aber in privaten Gesprächen mit US-Vertretern zugeben, daß die USA keine andere Alternative hatten.

Die von der New York Times zitierte Untersuchung ist die ungünstigste für Reagan. Andere sprechen ihm eine Unterstützung von über 80% zu. Das gibt natürlich die politische Euphorie wieder, die im allgemeinen auf eine internationale Krise folgt oder wenn ein Präsident in der Welt Flagge zeigt.

Mit der Zeit könnte sich die Unterstützung des Volkes für die US-Invasion verringern, besonders wenn die Marines für längere Zeit das Land besetzen und höhere Verluste erleiden sollten. Auf jeden Fall hat die Reaktion der Bevölkerung kaum Bedeutung. Entscheidend ist, wie die Reagan-Administration selbst die Reaktion der Bevölkerung interpretiert, und es besteht kein Zweifel darüber, daß sich die Administration auf einem „Höhenflug“ befindet.



Patrouille der US-Besitzer auf Grenada

Sie denkt, daß sie die Unterstützung für eine Mission erreicht hat, deren Ziel es war, den kubanisch-sowjetischen Einfluß im karibischen Raum aufzuhalten.

Angesichts der Entschlossenheit der Regierung, dem „Vietnamsyndrom“ (Kriegsmüdigkeit nach dem US-Vietnamkrieg, 1964-73; d. Red.) ein Ende zu setzen, muß man die Invasion in Grenada als einen entscheidenden Schritt im Rahmen ihrer Bemühungen, die Bevölkerung der USA auf neue „antikommunistische“ Interventionen vorzubereiten, ansehen. Die Reagan-Administration hat im Kongreß an Boden gewonnen, besonders durch ihre Fähigkeit, öffentliche „Shows“ abzuziehen: z.B. der Zuspruch der „geretteten“ Medizinstudenten; die Veröffentlichung von Waffenlieferungsverträgen zwischen Bishops Regierung und Kuba, der Sowjetunion und Nordkorea (siehe ausführlich: AIB 1/1984, S. 20 ff.; d. Red.).

Die Regierung hat die anfängliche Opposition ins Gegenteil verkehrt. Die Mehrheit der Kongreßmitglieder der Demokratischen Partei – und sogar die liberale Presse inbegriffen – erklärt heute, die Invasion sei gerechtfertigt gewesen. Nur eine kleine Gruppe schwarzer Kongreßmitglieder – die sich um die Gruppe des Black Caucus sammeln – bleibt weiterhin bei ihrer kritischen Haltung.

Auch wenn das nicht gleichbedeutend damit ist, daß der Kongreß auch eine Invasion in Mittelamerika zu unterstützen bereit wäre, könnte dies die Reagan-Administration zu der Annahme verleiten, daß sie die öffentliche Meinung so weit manipulieren kann, daß der Kongreß sich gezwungen sehe, Militäroperationen in Mittelamerika zu unterstützen.

Kürzliche Wechsel innerhalb der Reagan-Administration kennzeichnen die Invasion in Grenada und die zukünftige Richtung von Reagans Außenpolitik. Der wichtigste ist zweifellos die Ersetzung von William Clark durch Robert McFarlane als Sicherheitsberater. Außenminister George Shultz und die „pragmatischen Konservativen“ sehen sich gestärkt. Während die „Ideologen“ der extremen Rechten durch die Nichtwahl ihrer Kandidatin, Jeane Kirkpatrick, einen harten Schlag erlitten.

Die kürzlich von der Reagan-Administration getroffenen Entscheidungen in Bezug auf den Libanon und Grenada, die einer harten Linie entsprechen, zeigen aber, daß es in der Praxis

kaum konkrete Unterschiede zwischen den „Ideologen“ und den „Pragmatikern“ gibt. In Wirklichkeit verfolgt Shultz jetzt eine Politik, die der von Alexander Haig, den er ablöste, sehr ähnlich ist. 1981 hat McFarlane, ein alter Mitarbeiter Haigs, sogar an der Ausarbeitung „militärischer Optionen“ gegen Nicaragua mitgewirkt.

Die Reagan-Administration trifft nicht die geringste Maßnahme, um die Konsolidierung der harten Linie der „Pragmatiker“ zu verbergen oder die Möglichkeit einer Invasion herunterzuspielen. Außenminister Caspar Weinberger hat erklärt, daß die Intervention in Nicaragua „nicht offen ist, nicht geschlossen ist, nicht entschlossen ist“.

Die offenen und heimlichen militärischen Maßnahmen der USA in der Region führen zu einer großangelegten Intervention der USA. Nichts deutet daraufhin, daß der unerklärte Krieg nachlassen wird.

Ende Oktober 1983 legte Nicaragua den USA drei Friedensvorschläge vor, in denen es sich dazu verpflichtet, jede Unterstützung der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) in El Salvador einzustellen, falls die USA dafür ihre Unterstützung der „Contras“ einstellen.

Auf diese Weise ging Nicaragua in die Offensive und führte die USA auf das Feld ihrer eigenen Logik, d.h. auf die Formel des „Symmetrieprinzips“, das sie heranziehen, um ihre Unterstützung der „Contras“ zu rechtfertigen. Dieses Prinzip legitimiert die Unterstützung der „Contras“ als Antwort auf die angebliche Hilfe Nicaraguas für die Guerilla in El Salvador.

Die Vorschläge Nicaraguas wurden vom US-Außenministerium in weniger als 24 Stunden zurückgewiesen. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Ziele der USA viel weiter reichen, als nur die Waffenlieferungen zu unterbinden. Die USA sind entschlossen, das sandinistische Regime zu stürzen oder es dazu zu zwingen, in der Innenpolitik eine Reihe von Zugeständnissen zu machen, die seine nationale Souveränität beeinträchtigen.

Diese Bedingungen würden Nicaragua in die Knechtschaft der USA führen. Nicaragua kann diese Bedingungen nicht annehmen. Und in der Tat hat die Regierung offen erklärt, daß sie

lieber einen Krieg in Kauf nimmt als zuzulassen, daß ein anderes Land das Wesen des nikaraguanischen politischen Systems bestimmt.

Die militärische Eskalation der „Contras“, an der der CIA direkt beteiligt ist, ist noch entscheidender als die diplomatische Sackgasse. In den letzten Monaten griffen sie die wichtigsten Seehäfen und den Flughafen in Managua an. An der Nordgrenze hat der Krieg zugenommen.

Die sandinistische Regierung bereitet sich darauf vor, ihre wirtschaftliche Infrastruktur vor spektakulären Angriffen zu schützen, denn bald steht die Kaffee- und Baumwollernte an. In Honduras nimmt die Kriegsstimmung weiter zu. Die Regierung und der tatsächliche Machthaber, General Gustavo Alvarez, haben ihre antisandinistische Kampagne verstärkt, indem sie dem sandinistischen Heer vorwerfen, systematische Grenzverletzungen zu betreiben.

Alvarez sucht schon seit langem nach einer Gelegenheit, um einen Krieg gegen Nicaragua einzuleiten. Einmal mußte er schon von hohen US-Offizieren davon abgehalten werden.

In El Salvador verstärkt die immer mißlichere Lage der Streitkräfte beträchtlich die Möglichkeit eines regionalen Krieges. Die letzte Offensive der FMLN zersplittert das Heer, das sich gezwungen sieht, von einem Ende des Landes zum anderen zu rennen in dem Versuch, die Guerilla aufzuhalten.

Die US-Berater geben zu, daß das Heer wieder die Initiative verloren hat. Sie sind über seine mangelnde Wirksamkeit und seine Unfähigkeit besorgt. Außerdem wird für die USA die Lage durch die heftigen inneren Kämpfe der politischen Parteien der Rechten in El Salvador enorm kompliziert.

Kriegsstimmung in Honduras

Die Verschlechterung der Lage eröffnet zwei Alternativen: 1) daß die USA in El Salvador direkt intervenieren, um einen Sturz der Regierung zu verhindern; 2) daß die Reagan-Administration sich dafür entscheidet, Nicaragua „fertigzumachen“, um die Lage in El Salvador leichter unter Kontrolle zu bringen.

Die USA geben immer Nicaragua die Schuld an den militärischen Niederlagen des salvadorianischen Heeres. Als Antwort darauf erhöhen sie die Militärhilfe und leiten neue Maßnahmen gegen Nicaragua ein.

Es ist offensichtlich, daß die Region am Rande eines Krieges steht. Man weiß nur noch nicht, wo er ausbrechen wird: El Salvador oder Nicaragua. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Administration es selbst noch nicht beschlossen hat.

Vermutlich werden die Dringlichkeit und das Ausmaß der Krise in El Salvador die Notwendigkeit mit sich bringen, die US-Truppen zuerst dorthin zu schicken, um die Situation zu stabilisieren.

Die kürzliche Enthüllung, daß die CONDECA-Länder (Ende 1983 reaktiviertes Militärbündnis von Honduras, El Salvador und Guatemala; d. Red.), einschließlich Panama, gemeinsame Militäraktionen gegen El Salvador und/oder Nicaragua einleiten könnten, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß ein regionaler Krieg beginnen könnte. Wenn er einmal ausgebrochen ist, wird das Ausmaß der US-Beteiligung von der militärischen Wirksamkeit der CONDECA-Bündnispartner abhängen.

Wenn sich ihre Niederlage abzeichnet, ist es fast sicher, daß die Bodentruppen der USA in den Konflikt eingreifen werden.

Es gibt sehr wenige Faktoren, die diese Dynamik aufhalten können. Intern weiß man, daß

das Pentagon sich sehr dagegen sträubt, in einen Landkrieg hineingezogen zu werden: Es kritisierte die Invasion in Grenada und stellte die „Friedensstreitkräfte“ der USA im Libanon ernsthaft in Frage. Aber das hat die Reagan-Administration in keinem der beiden Fälle von ihrem Vorsatz abgebracht.

In Mittelamerika ist das Pentagon schon auf einen Krieg vorbereitet.

Eine beträchtliche Anzahl von Truppen sind schon unter dem Vorwand der „Militärmanöver“ vor Ort. Es sind Luftbasen und Hafenanlagen gebaut worden, die von den US-Truppen benutzt werden können. In Panama haben dem Südkommando noch nie so mächtige See- und Landstreitkräfte und eine so hohe Befehlsgewalt zur Verfügung gestanden.

Reagan brauchte nur zu behaupten, daß die nationale Sicherheit der USA bedroht wird, um zu erreichen, daß das Pentagon diese Streitkräfte einsetzt, um zu verhindern, daß Nicaragua oder El Salvador zu „sowjetischen Stützpunkten“ werden.

Es gibt vielleicht nur einen militärischen Faktor, der diesen Interventionswillen in Mittelamerika bremsen könnte: eine Ausweitung des Konfliktes im Nahen Osten. Der Bürgerkrieg im Libanon einerseits und der Krieg Irak-Iran andererseits, könnten sich ausweiten und die Administration zwingen, sich dort stärker zu engagieren. Das Pentagon würde behaupten, daß es noch nicht in der Lage ist, gleichzeitig zwei gewichtige Kriege an so entfernten Orten der Welt zu führen.

Die kürzliche Mobilisierung guatemalteckischer und honduranischer Truppen in der Nähe der Grenze zu El Salvador kann zu der Annahme führen, daß beide Länder gegen Positionen der FMLN in El Salvador unter dem Mantel des CONDECA-Paktes vorgehen könnten.

Diese Möglichkeit ist nicht frei von Widersprüchen. Die US-amerikanischen Militärberater wissen, daß das honduranische Heer hohe Verluste erleiden würde und daß die guatemalteckischen Truppen fast gänzlich damit beschäftigt sind, die eigene Guerilla niederzuhalten. Man darf auch nicht vergessen, daß die historische Abneigung zwischen salvadorianischen und honduranischen Militärs einerseits und Guatemalteken andererseits, eine gemeinsame Invasion sehr schwierig machen würde.

Atempause für wie lange?

Die Mobilisierung dieser Truppen würde sich eher aus der Notwendigkeit ergeben, die Schlagkraft der CONDECA zu erproben, indem man die Gelegenheit der Militärmanöver der USA in Honduras wahrnimmt, oder vielleicht die FMLN unter Druck zu setzen, damit sie ihre Offensive beendet. So könnte man sie zwingen, ihre das ganze Land erfassenden Aktivitäten einzustellen und ihre Kräfte zu sammeln, um der Invasion zu begegnen.

Das würde dem salvadorianischen Heer eine Atempause gewähren. Es würde auch den USA und Honduras etwas mehr Zeit geben, um sich auf den Krieg mit Nicaragua vorzubereiten.

Informierte Quellen in Washington versichern in der Tat, daß die USA den Krieg in Mittelamerika etwas aufschieben müssen, um zuerst die Aufstellung der Pershing-Raketen in Westeuropa zu beenden.

Man kann nicht vorhersagen, welche politische Reaktion eine US-Invasion in Mittelamerika in Europa hervorrufen würde. Sie könnte sich jeder Kontrolle entziehen. Einige Länder könnten ihre bezüglich der Raketen eingegangenen Verpflichtungen aufkündigen, besonders jetzt, da die Reaktion der Bevölkerung stark und gewaltig ist.

(Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 9/November-Dezember 1983, S. 2-4)

Die Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden, um eine lebenswerte Zukunft, um Bildung und Arbeit stellen gerade an demokratische Pädagogen hohe Anforderungen.

Um rascher auf neue Fragen reagieren zu können und dem wachsenden Bedürfnis nach fundierten Analysen und theoretischer Diskussion besser zu entsprechen, erscheint die Demokratische Erziehung ab Januar 1984 monatlich.

In jedem Heft:

Magazin:

Berichte und Analysen aus der Pädagogen-Friedensbewegung und der Gewerkschaftsarbeit, zur Sparpolitik vom Kindergarten bis zur Volkshochschule, über Bildungspolitik von unten und „oben“.

Erziehungspraxis:

Die „aktuelle Stunde“, Berichte aus der Schulpraxis, der Kleinkindererziehung und der außerschulischen Jugendarbeit.

Strategie:

Bildungspolitische Analysen, Diskussionsbeiträge zur Strategie der demokratischen Kräfte.

Theorie:

Die fortgeschrittensten Ansätze aus Pädagogik, Psychologie und Persönlichkeitslehre, bildungsökonomische Analysen.

Geschichte der Pädagogik und des Bildungswesens.

Internationales

und

Rezensionen

und

Dokumente und Materialien

Einzelpreis im Abo:
3,50 DM, für
Arbeitslose, Studenten
etc.: 3 — DM.

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

Probehft
bestellen!

Schicken Sie mir ein kostenloses
Probehft der neuen Demokratischen
Erziehung!

Name:

Straße:

Ort:



Gefangener Kubaner vor dem Abtransport aus dem okkupierten Grenada; Kubas Ministerpräsident Fidel Castro

Fidel Castro Zeit für neue Einsichten in Washington

FRAGE: Werden sich die Beziehungen zwischen Kuba und den USA jemals auf einer normaleren Ebene bewegen? Einige Beobachter beharren darauf, daß Sie zu revolutionär seien, um akzeptabel zu sein.

F. CASTRO: Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Kuba und den USA sind so vernunftwidrig, so absurd, daß ich mich verpflichtet fühle, ein gewisses „historisches“ Vertrauen dahingehend zu haben, daß sie sich geradezu auf eine normalere Ebene hin bewegen müssen.

Aber für die Herrschenden der USA ist die Zeit gekommen zu begreifen, daß das Lateinamerika, das sie jahrzehntlang als ihren „natürlichen Hinterhof“ angesehen haben – wo sie die Regierungen einsetzten und stürzten, wo sie Befehle gaben, und wo US-Botschafter Entscheidungen trafen, die von den Präsidenten der Republiken hätten getroffen werden sollen –, nicht mehr existiert.

Reagans Besessenheit

Es ist für die USA höchste Zeit einzusehen, daß der Sozialismus in einem beträchtlichen Teil der Welt ein unveränderliches Faktum ist, daß er nicht beseitigt werden kann, weder durch Krieg noch durch wirtschaftlichen oder militärischen Druck.

In den kommenden Jahren, und mögli-

cherweise vor dem Jahr 2000, wird Kuba nicht das einzige lateinamerikanische Land sein, das den Sozialismus als ein Regierungssystem gewählt hat, auch wenn andere vielleicht nicht dem irrtümlich so bezeichneten „kubanischen Modell“ folgen – welches wir in keiner Weise als allgemeingültig bestimmen wollen. Es wird auch nichtsozialistische Regierungen geben, die entschlossen sind, die wirtschaftliche Vorherrschaft der Transnationalen abzuwenden.

Die Vereinigten Staaten werden sich allen diesen Dingen anpassen müssen, ob sie es wollen oder nicht. (...)

FRAGE: Ist jegliche Form eines Dialogs mit der Reagan-Administration ausgeschlossen?

F. CASTRO: Eine ideologische oder philosophische Aussöhnung zwischen der gegenwärtigen US-Administration und uns – oder auch mit möglichen Alternativen dieser Administration in den nächsten Jahren – ist ausgeschlossen.

Aber die Tatsache, daß wir in Kuba weiterhin Sozialisten und die USA weiterhin das wichtigste Zentrum des Weltkapitalismus bleiben werden, muß nicht bedeuten, daß es nicht wichtige Gebiete gibt, auf denen beide Länder und Regierungen konstruktiv zusammenarbeiten könnten.

Gerade jetzt, wenn die Reagan-Administration ihre ideologische Besessenheit aufgeben und dem Aufruf der Contado-

ra-Gruppe (Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela; d. Red.) Beachtung schenken würde und sich ernsthaft entschloesse, eine Verhandlungslösung der Probleme, an denen Mittelamerika gegenwärtig krankt, zu fördern, wäre es für Kuba und die USA zusammen mit anderen Ländern der Region möglich, die Grundlage für den Frieden und für demokratische Strukturveränderungen zu legen, die Mittelamerika so nötig braucht. Wir haben niemals einen Dialog mit der Reagan-Administration abgelehnt.

Aber solange Herr Reagan weiterhin denkt, daß das, was in Mittelamerika passiert, das Ergebnis böswilliger Inszenierungen seitens der Sowjetunion oder Kubas ist, solange er nicht wahrhaben will, daß es soziale Erschütterungen in Mittelamerika seit 50 Jahren gegeben hat – zu einer Zeit, in der die sowjetische Revolution ums Überleben kämpfte und es die kubanische Revolution noch nicht einmal gab – solange gibt es keine Hoffnung auf einen Dialog.

FRAGE: Präsident Reagan behauptet ständig, daß es Ihr Ziel sei, die Revolution und den Kommunismus in die ganze Hemisphäre zu exportieren.

F. CASTRO: Ich glaube nicht, daß die Revolution ein Exportartikel ist.

Ich verhehle nicht, daß das revolutionäre Kuba seine tatkräftige Solidarität anderen lateinamerikanischen Revolutionären in Ländern angeboten hat, in denen,

wie im Falle von Nicaragua unter Somoza, jede demokratische Aktion und jede Form des Protests außer dem bewaffneten Kampf durch brutalen Terror unmöglich waren. Es ist nur zu gut bekannt, daß es nicht allein Kuba war, das im Kampf gegen Somoza geholfen hat, daß andere Regierungen auch mitarbeiteten – auch wenn sie nicht genannt wurden.

Ich verhehle auch nicht die Tatsache, daß wir, als eine große Gruppe lateinamerikanischer Länder auf Veranlassung und unter der Leitung Washingtons versuchte, Kuba nicht nur politisch zu isolieren, sondern es wirtschaftlich blockierte und konterrevolutionäre Aktionen unterstützen half (Sabotage, bewaffnete Infiltration und Attentatsversuche), um so zu versuchen die Revolution zu vernichten, (wir) in einem Schritt berechtigter Verteidigung antworteten, indem wir all denen halfen, die während dieser Jahre solche Regierungen bekämpfen wollten.

Es waren nicht wir, die die Subversion begannen, sie waren es.

In Wirklichkeit können weder wir die Revolution exportieren, noch können die USA sie verhindern. Reagan benutzt dieses Argument geschickt, um das Volk der USA zu erschrecken, indem er einen primitiven Antikommunismus entfacht.

Diese Argumente machen es Reagan möglich, eine Politik der offenen Intervention zu führen, so wie die eine brutal durchgeführte gegen Grenada, eine kleine Insel mit einer Bevölkerung von 100.000 Menschen.

Die Grenada-Invasion war...

FRAGE: Was ging eigentlich genau in Grenada vor?

F. CASTRO: Die Ereignisse in Grenada zeigten, daß die grenadinischen bewaffneten Kräfte, die gerade organisiert worden waren, der Größe einer kleinen Insel angemessen waren.

Der Insel drohte ständig eine Invasion durch konterrevolutionäre, vom CIA geschützte Elemente, von Miami aus. Auch die USA richteten ständig Drohungen gegen die Insel mit der Andeutung, sie könnten auch andere Länder in der Karibik für die Invasion benutzen.

Was die Besucher (der Waffen-„Ausstellung“ der Reagan-Administration) sahen, waren eine begrenzte Menge moderner Waffen, die zu besitzen Grenada als souveränes Land das volle Recht hatte, und unzählige altmodische und unbrauchbare Waffen.

Was den Flughafen betrifft, so wurde nach der Invasion nachgewiesen, daß die Grenadiner ihn schon lange vor der Bishop-Regierung bauen wollten. Es

wurde ebenfalls nachgewiesen, daß die technische Seite unter der Aufsicht einer sehr bekannten britischen Firma stand, deren Vertreter klar feststellte, daß es dort kein wie auch immer geartetes Bauteil gab, das als militärische Anlage betrachtet werden könnte. (...)

Vor der Grenada-Invasion hatten wir durch den Tod von Bishop einen sehr teuren und wertvollen Freund verloren. Damit war der revolutionäre Prozeß praktisch ausgeschaltet. Die USA haben mit der Invasion der Insel einen Leichnam getötet und ein riesiges Verbrechen gegen die Souveränität und gegen die Sehnsüchte nach Freiheit und Fortschritt der Völker der Karibik und Lateinamerikas begangen.

Durch die Invasion Grenadas hat (Präsident Reagan) Lateinamerika gezeigt, daß er die Nichteinmischung nicht respektiert und daß er entschlossen ist, weiterhin den „großen Knüppel“ der alten Zeiten zu benutzen.

Unser Standpunkt hinsichtlich der neuen Regierung (in Grenada) war wohlbekannt. Die Beziehungen zwischen uns und der Coard-Gruppe waren sehr schlecht. Sehr wahrscheinlich hätten wir in naher Zukunft den Bau des Flughafens abgeschlossen und uns aus dem Land zurückgezogen.

...ein feiger und lächerlicher Akt

Vielleicht hätten wir Ärzte dort gelassen, als eine humanitäre Geste. Aber wir hätten unsere Zusammenarbeit vermindert. Unsere Einschätzung war, daß sich die Coard-Gruppe nicht würde halten können, nachdem sie Bishop getötet hatte. Die Revolution hatte Selbstmord begangen.

Aber das rechtfertigt nicht die Invasion. (US-)Amerikanische Bürger auf der Insel waren keiner Gefahr ausgesetzt. Die Extremistengruppe besuchte sie und gab ihnen Garantien.

Und wir wußten, daß sie in keiner Gefahr waren. Wir informierten sogar die US-Regierung dahingehend 72 Stunden vor der Invasion. Die gesamte Theorie, durch die Reagan versuchte, die Invasion zu rechtfertigen, ist falsch. Sie ist eine komplette Lüge vom Scheitel bis zur Sohle... Es war eine billige, politische, opportunistische Operation, um aus der Tragödie innerhalb des Landes Nutzen zu ziehen. Es gab auch noch andere Faktoren. Reagan erinnerte an das Schicksal der Geiseln im Iran. Das amerikanische Volk war durch diese Erfahrung gedemütigt worden. Da war der Tod von 230 US-Marineinfanteristen im Libanon am Wochenende zuvor. Da war die Niederlage in Vietnam. Reagan schlachtete all das aus, um den Amerikanern die Invasion

von Grenada als einen großen Sieg vorzuführen.

Das ist gefährlich. Das ist eine verantwortungslose Politik, die zum Krieg führen kann und zu neuen abenteuerlichen Aktivitäten in El Salvador, gegen Nicaragua und Kuba. (...)

FRAGE: Die Reagan-Administration sagt, daß die Invasion in Grenada ein schwerer Schlag für Kubas Ansehen und seine Vorhaben in der Hemisphäre gewesen sei.

F. CASTRO: Unsere Theorie ist die, daß die Grenada-Invasion ein Schlag für die USA war. Es war ein feiger und lächerlicher Akt.

Die Invasion brachte keinen Ruhm für die USA. Sie trug nur dazu bei, den Kampfgeist von Nicaragua, Kuba und den Revolutionären in El Salvador zu vervielfachen.

„Heiliger Krieg“ in Mittelamerika?

FRAGE: Wie steht es mit den Beziehungen Ihrer Regierung zu Nicaragua?

F. CASTRO: Wir geben ihnen moralische Unterstützung, und wir haben niemals bestritten, daß wir Militärberater in Nicaragua haben. Ich möchte den aggressiven Plänen der US-Administration nicht durch die Nennung von Zahlen helfen. Deshalb werde ich Waffenlieferungen nach Nicaragua nicht diskutieren.

Nicaragua ist ein unabhängiges Land. Es hat ein Recht darauf, Waffen zu verlangen. Und jedes unabhängige Land hat ein Recht, sie ihnen zu liefern.

FRAGE: Hat sich die Aussicht auf eine US-Invasion Nicaraguas in den Monaten nach Grenada verringert?

F. CASTRO: Einige Analytiker sagen voraus, daß Reagan, der seine Wahl-„Chancen“ zu sog. „geringen Kosten“ verbessert hat – den Kosten von nicht mehr und nicht weniger als 20 auf Grenada getöteten US-Amerikanern – mit diesem Wahlauftrieb zufrieden sein wird und keine neuen Abenteuer versuchen wird.

Aber es wäre naiv, sich selbst zu beschränken auf eine „vernünftige“ Einschätzung der Aussichten im Lichte der Vernunft, die Reagan und seinen eingefleischten Antikommunismus bewegt, einen „heiligen Krieg“ in Mittelamerika zu führen.

Reagan stellt Bedingungen und gibt keine Garantien. Er hilft, präpariert und ermuntert Honduras in dessen drohender Haltung gegen Nicaragua und fährt fort, den Somoza-Konterrevolutionären und den ARDE-Gruppen („Contras“ unter Robelo und Eden Pastora; d. Red.) im Süden alle Unterstützung zu geben, die sie für ihre Aktionen an beiden Grenzen brauchen.

Zur gleichen Zeit setzt er die Vorbereitung gemeinsamer Operationen mit Honduras und anderen mittelamerikanischen Ländern in der Nähe von Nikaragua fort. All dies bringt eine Gefahr mit sich, die zu ignorieren naiv wäre.

FRAGE: Ist ein noch größeres US-Engagement in El Salvador absehbar?

F. CASTRO: Hinsichtlich El Salvadors ist es offensichtlich, daß Reagan versucht, die Armee zu unterstützen und sie von den Tausenden von Toten freizusprechen, die die Armee unter dem salvadorianischen Volk verursacht hat.

Es sieht nicht so aus, als ob Reagan begriffe, daß er wenig Zeit hat, Verhandlungen mit den Guerillakräften in die Wege zu leiten, denn der Sieg der revolutionären Kämpfer wird mit jedem Tag deutlicher sichtbar, und der Zusammenbruch des Militärs kann sich in einer Art und Weise vollziehen, daß jegliche Verhandlung unnötig und sinnlos würde.

Zum Abzug aus Nikaragua bereit

FRAGE: Unter welchen Bedingungen würden Sie bereit sein, Ihre Berater aus Mittelamerika abzuziehen?

F. CASTRO: Wenn es eine Übereinkunft oder eine Regelung in Mittelamerika gibt – entweder durch den Contadora-Prozeß oder durch Gespräche zwischen den verschiedenen betroffenen Ländern.

Wir können nicht einseitig unsere Berater aus Nikaragua abziehen. Das ist eine Entscheidung Nikaraguas.

Die Nikaraguaner haben gesagt, daß sie bereit seien, den Kauf aller Waffen einzufrieren, daß sie bereit seien, alle Berater abzuziehen, wenn die USA ihre Berater aus Mittelamerika abzögen und alle Waffenlieferungen nach Mittelamerika aufhören würden.

Die US-Administration akzeptiert das nicht, da sie an einer solchen Politik nicht interessiert ist. Die US-Administration ist an einer Lösung nicht interessiert. Sie ist interessiert an einer Politik der Intervention und der Gewalt.

FRAGE: Worin besteht die Gefahr für Kuba?

F. CASTRO: Reagan droht uns in der Regel mit Blockaden und militärischen Aggressionen. Natürlich wäre das unvernünftig und eine Verletzung aller Gesetze. Aber Reagan hat bewiesen, daß er sich wenig aus Vernunft und Gesetzen macht.

Wir ziehen das Verhandeln der Konfrontation vor, aber wir wiederholen, daß keine Konfrontationsdrohung uns zum Rückzug bewegen wird.

Jeder, der versucht, bei uns einzumarschieren, wird nicht nur auf moderne, starke und gutorganisierte revolutionäre Streitkräfte stoßen, sondern wird auch den Widerstand von Millionen organi-

sierter, ausgebildeter und bewaffneter Bürger vorfinden.

Die USA würden Millionen Soldaten benötigen – die sie nicht haben –, nur um Kuba zu besetzen. Und am Ende würden die einmarschierten Truppen sich geschlagen zurückziehen müssen. (...)

FRAGE: Angenommen, die USA sagen zu Ihnen: Laßt uns einen Handel machen. Wir werden die Blockade aufheben, wir werden volle diplomatische Beziehungen herstellen, wir werden alle wirtschaftlichen und technischen Verbindungen mit Kuba eröffnen.

Aber als Gegenleistung werden Sie aufhören müssen, die Regierungen von Nikaragua, Angola und revolutionäre Bewegungen wie die SWAPO (Befreiungsbewegung Namibias; d. Red.) zu unterstützen. Was wird Ihre Antwort sein?

F. CASTRO: Sie würden einen Preis fordern, der zu hoch ist für unsere Ehre und unsere Prinzipien, im Austausch für materielle Vorteile, an denen wir nicht übermäßig interessiert sind.

Aber selbst wenn wir an diesen Vorteilen interessiert wären, würden wir nicht einwilligen. Wir könnten einen solchen Preis niemals bezahlen. (...)

Kuba ist wahrhaft eigenständig

FRAGE: Die Reagan-Administration beharrt darauf, daß Sie eine Marionette und ein Strohmann der Sowjetunion seien. Worin besteht genau Ihre Beziehung zur Sowjetunion?

F. CASTRO: Unsere Revolution ist eine wahrhaft eigenständige.

Aber es war ein Glück für uns, daß es die Sowjetunion gab. Wir wären nicht fähig gewesen zu überleben, wenn wir keinen Absatzmarkt für unseren Zucker gefunden hätten (siehe AIB 1/1983, S. 12ff.; d. Red.), wenn wir keinen Zugang zur Versorgung unseres Landes mit Brennstoff und Öl gehabt hätten, wenn wir keinen Zugang zur Versorgung mit Waffen gehabt hätten, die wir zur Verteidigung gegen die Invasionsgefahr, wie in der Schweinebucht (CIA-Invasion 1961; d. Red.), gegen Mordkomplotte und Sabotage brauchten.

Die Erklärungen Reagans machen mich nicht betroffen, er ist ein totaler Lügner. Es ist eine traditionelle Anschuldigung. Wir haben keinen wie auch immer gearteten Marionettenkomplex. Die Sowjets haben in Kuba nicht ein einziges Besitztum.

Es gibt gegenseitige Beziehungen und Einflüsse, aber sie sind so unabhängig von uns wie wir von ihnen unabhängig sind.

FRAGE: Es gibt Berichte, nach denen Ihre Revolution am Rande des Zusammenbruchs steht und daß Ihrer Führerschaft möglicherweise ein Ende bereitet

wird.

F. CASTRO: Wenn die kubanische Bevölkerung sich nicht tief mit ihrer Revolution identifiziert hätte, hätten wir überwältigt werden können, da die mächtigen USA alle möglichen Formen der Aggression gegen die kubanische Revolution angewendet haben.

Es ist unser Volk, das durchhält. Das ist kein blindes, unkritisches Festhalten. Im Gegenteil, wenn Sie durch die Straßen gehen und die Kubaner sprechen hören, ohne daß sie bemerken, daß Sie kein Kubaner sind, werden Sie feststellen, daß sie sehr eindeutig sind, wenn sie über Dinge sprechen, die sie falsch finden.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß noch viel getan werden muß. Aber wir kommen vorwärts. Am Anfang waren Ideen alles, was wir hatten. Jetzt haben wir auch noch Erfahrung.

Zum ersten Mal sind die Kubaner Herren ihres eigenen Landes. Niemand kann sie herabwürdigen, weil sie schwarz sind, oder sie diskriminieren, weil sie Frauen sind. Ihre gesellschaftliche Stellung wird nicht durch ihr Einkommen bestimmt. Unsere Wirtschaft ist mit einer jährlichen Durchschnittsrate von 4,7% während der letzten 25 Jahre gewachsen, eine der höchsten Wachstumsraten des Kontinents trotz der US-Blockade. Und in Lateinamerika sind wir das zweite Land im Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungsmitteln. Auf den Gebieten Gesundheit, Erziehung, Kultur und Sport sind wir auf Platz 1 der Dritte-Welt-Länder und besser als viele Industrieländer.

Das ist nicht meine, sondern eine Volksrevolution

Es wird Sie überraschen, wenn ich Ihnen sage, daß es unter Berücksichtigung der Gesamtbevölkerungszahl in den USA mehr Analphabeten und Halbanalphabeten gibt als in Kuba.

FRAGE: Was passiert mit Fidels Revolution, wenn Fidel geht?

F. CASTRO: Das ist eine merkwürdige Meinung im Ausland, daß das meine Revolution sei und daß sie mit mir sterben wird, sobald ich einmal sterbe.

Lassen Sie mich Ihnen sagen: Ob Fidel da ist oder ob Fidel stirbt, diese Revolution wird weitergehen, weil es die Revolution des Volkes von Kuba ist.

Es gibt hier eine kollektive Führung. Wir sind hier ein geeintes Volk, und wir haben Tausende von Kadern mit einem hohen Wissensniveau und mit Erfahrung im gemeinsamen Arbeiten in der gleichen Richtung, auf das gleiche Ziel hin.

Das ist nicht Fidels Revolution, das ist eine Volksrevolution. Und ich Sorge mich nicht um die Zukunft.

(Quelle: Newsweek, New York, 9.1.1984, S. 27-30)

Jürgen Ostrowsky

Der unablässige Aggressionsdruck

Was reaktionäre Putschmanöver, der Vernichtungsfeldzug der FNLA- und UNITA-Truppen gegen die angolische Volksbefreiungsbewegung MPLA und eine südafrikanische Invasion 1974-76 nicht fertig brachten, nämlich Angola nach 14 Jahren antikolonialen Befreiungskampf in ein neokoloniales Anhängsel zu verwandeln, das soll mittelfristig ein Zermürbungskrieg zuwege bringen, der seinesgleichen sucht.

Seit 1981 sind periodische Überfälle der südafrikanischen Armee und Luftwaffe an der Tagesordnung. Seitdem hält die ständige Drohung mit Militäraktionen die Volksrepublik Angola (VRA) in Atem. Seitdem haben südafrikanische Truppen 50.000 qkm im Süden des Landes besetzt.

Zermürbungskrieg Südafrikas

Der „unerklärte“ Krieg Südafrikas, der seit der mit kubanischer Hilfe zurückgeschlagenen Invasion von 1975 andauert, forderte seit 1981 über 10.000 Menschenleben. Den materiellen Schaden bezifferte Angolas Außenminister Paulo Jorge auf rund 8 Mrd US-Dollar.

Der systematische Ruin Angolas soll das strategische Ziel Südafrikas einlösen: den Sturz der Regierung der revolutionären MPLA-Partei der Arbeit, ihre Ersetzung durch ein neokoloniales Regime

(vorzugsweise des Chefs der von Südafrika wieder aufgemöbelten UNITA, Jonas Savimbi); und von der damit angestrebten Schaffung eines wohlgesinnten Pufferstaates verspricht man sich schließlich eine Lösung der Namibia-Frage nach Pretorias Vorstellungen durchziehen zu können. Die offiziellen Zielsetzungen der wiederholten Überfälle – „begrenzte“ Schläge gegen angebliche Basen der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO – reduzieren sich so auf durchsichtige Vorwände.

Auch beim letzten Angriff Südafrikas im Dezember 1983 handelte es sich in erster Linie um einen Feldzug, der zivile Ziele traf: Ortschaften, Industrieanlagen, die Erzminen von Cassinga, Verkehrsverbindungen und schließlich Flüchtlingslager. Und was von Südafrikas Behauptungen zu halten ist, demonstrierte ein scheinheiliges Truppenentflechtungsangebot Pretorias an die VRA am 15.12.1983: Seit dem 6. Dezember jedoch war – so die Frankfurter Allgemeine – die Offensive „im vollen Gang gewesen“.

Südafrikas Überfälle sind auf großflächige und nachhaltige Zerstörungen angelegt. Die Ergänzung dieser Strategie bildet der von der UNITA verbreitete Terror in weiten Landesteilen.

Die Sprengung wichtiger Einrichtungen wie Eisenbahnlinien, Morde an MPLA-Kadern, Entführungen von technischen Beratern bilden das Handwerk der

UNITA – überwiegend Verbrechen (etwa die Ermordung mehrerer Geistlicher), die „ansonsten“ das westliche Weltgewissen in Wallungen zu setzen pflegen. Aber die UNITA ist eine „antikommunistische Widerstandsorganisation“, deren Bedeutung und Einfluß im übrigen bewußt maßlos übertrieben wird.

UNITA-Anschläge verunsichern

Savimbis „Herrschaft“ über angeblich die Hälfte Angolas beschränkt sich auf sein südafrikanisches Lehen in jenen 50.000 besetzten Quadratkilometern sowie auf einen begrenzten Erfolg beim Schüren von Stammesgegensätzen im südlichen Angola gegen den Norden des Landes. Daß die UNITA gleichwohl in den meisten Landesteilen ihre Aktionen durchführen konnte, verwundert nicht angesichts der Größe, dünnen Besiedlungen und Unerschlossenheit Angolas.

Hinzu kommt die Bindung der Hauptkraft der Volksbefreiungskräfte (FAPLA) durch die Südafrikaner. Als indessen die MPLA im Herbst 1983 eine umfangreiche Gegenoffensive gegen die UNITA-Schlupfwinkel durchführte, waren viele von diesen schnell beseitigt.

Die Hauptwirkung der UNITA besteht freilich darin, daß sie beiträgt zur Verunsicherung der Bevölkerung, zur Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit in weiten Gebieten und damit zur Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme des Landes. Das Niveau der Aggression bis zu welchem Südafrika und die UNITA bislang gingen, reicht aus, um viele Entwicklungsansätze zu unterbinden und erfolgreiche Bemühungen zunichte zu machen. „Der Zustand des Krieges und der Unsicherheit ist das Haupthindernis für die Entwicklung“, resümiert Angolas Planungsminister Lopo do Nascimento.¹

Die wirtschaftlichen Rückschläge und das Fehlen von Fachkräften initiieren einen verheerenden Kreislauf, an dessen Ende qualitative Verschlechterungen stehen.

Der Kaffeeanbau liefert ein Beispiel. 1975 war Angola viertgrößter Kaffeeproduzent der Welt. 500.000 ha erbrach-



Südafrikanischer Schützenpanzer in Angola



Opfer von Luftangriffen in Humbe

ten über 200.000 t (Export-)Kaffee. Zusätzlich zu allen negativen Auswirkungen der Kriege von 1974/75 haben Kadermangel und Bedrohung, schließlich eine langanhaltende Dürre, dazu geführt, daß die Produktion nur mehr auf 30.000 ha stattfindet und 1982 nur noch 1/10 der früheren Menge erbrachte.²

VRA-Dringlichkeitsprogramm

Der Rückgang der Exporterlöse verschlechtert die Möglichkeiten des Landes, wichtige Investitionsgüter zu importieren, zumal die Finanzen der VR Angola dadurch extrem angespannt sind, daß 50% des Etats in die Verteidigung gesteckt werden müssen. Der Preisverfall auf dem Weltmarkt für Kaffee, aber auch für Erdöl und zeitweilig Diamanten, macht diesen noch zum Verbündeten der südafrikanischen Destabilisierungsstrategie.

Der Kadermangel – verschärft dadurch, daß Ende 1982 die Wehrpflicht einge-

führt werden mußte – zieht auch Bereiche in Mitleidenschaft, in denen die Volksrepublik große Anstrengungen unternehmen wollte: Erziehung und Gesundheitswesen. Den kubanischen Experten kommt infolgedessen umso größere Bedeutung zu.

Dies verdeutlicht, warum Südafrika die kubanischen Freiwilligen – Militär wie Zivilpersonen – durch das absurde Junktim mit einer Namibia-Lösung (siehe Gespräch mit Tjongarero; d. Red.) aus dem Land haben will. Nicht nur die militärische Entblößung Angolas wäre die Folge, auch Errungenschaften der Revolution gerieten in noch größere Gefahr. Das Ziel, die Revolution von den Massen zu isolieren, denen sie so nichts mehr zu geben vermöchte, rückte in den Augen Pretorias näher.

Bislang ging die Rechnung nicht auf. Das angolische Volk, vor allem jener Teil, der den Befreiungskrieg seit 1961 miterlebt hat, weiß, welcher Zukunft es sich gegenübersehen, gelänge Pretorias Plan.

Die MPLA-Führung setzte Anfang 1983

mit einem 12-Punkte-Dringlichkeitsprogramm auf die Mobilisierung des Volkswiderstandes an allen Fronten. Es beinhaltet die Konzentration aller Kräfte und Mittel auf solche Bereiche, die für die Sicherung der revolutionären Errungenschaften und die weitere Entwicklung wichtig sind.

So verheerend die Auswirkungen der Intervention Südafrikas für das angolische Volk auch sind, es vermochte nicht, die SWAPO zu vernichten, die in Namibia ihre Basis hat, und nicht, wo Südafrikas Propaganda sie hinversetzt. Und die UNITA erlitt empfindliche Niederlagen. Zudem ist eine international akzeptierte Namibia-Lösung nach Südafrikas Geschmack ferner denn je.

Dies hat Südafrika bewogen, bei seinem letzten Angriff eine gefährliche Eskalation zu riskieren, die direkte Konfrontation mit kubanischen und angolischen Einheiten. Der Krieg nahm eine neue Qualität an.

Für Pretoria war das Ergebnis weniger ruhmreich als seine Kommuniqués glauben machen wollen. Nirgendwo gelang es seinen Truppen, die Verteidiger zu überrennen, die eigenen Verluste waren empfindlich. Bei Luftangriffen blieben eine Anzahl moderner Jagdflugzeuge auf der Strecke.

„Unheimliche Dimension“ der Dezemberaggression

Schärfer als zuvor war auch die internationale Verurteilung. Im UN-Sicherheitsrat enthielten sich die USA lediglich der Stimme, als eine Resolutionsvorlage den bedingungslosen Abzug Südafrikas forderte. Zudem scheint die Regierung Reagan von der Junktim-Forderung abzurücken. Die auf keinerlei Rücksichten bedachte Politik Pretorias stört auch die Überlegungen der westlichen Regierungen, in den Nachbarstaaten Südafrikas Einfluß zu behalten. Die Furcht geht um, Südafrika treibe diese „in die Arme Moskaus“.

Kommentatoren in Südafrika beschreiben die Eskalation des Krieges gegen die VR Angola als „neue, unheimliche Dimension“.³ Man kann es auch eine erneute Begegnung des Rassenregimes mit dem Internationalismus nennen. Die Sowjetunion hat zudem Südafrika eine unmißverständliche Warnung vor weiteren Schritten zukommen lassen, die auf die Vernichtung der angolischen Revolution abzielen.

Anmerkungen:

- 1) Afrique Asie. Special, Paris, Nr. 310/5.12.1983, S. XXVII
- 2) Marktinformation Angola. Wirtschaftliche Entwicklung 1982/83, Hrsg. Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, Oktober 1983, S.1
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.1.1984



Parade der UNITA: „1983 Jahr der antikubanischen Produktion“

Interview mit Daniel Tjongarero

Die SWAPO hält nichts von der Bonner „Entwicklungshilfe“



AIB: Die SWAPO veröffentlichte eine Erklärung, in der die Absicht der bundesdeutschen Regierung, Projekte in Namibia finanziell zu unterstützen, scharf verurteilt wurde. Wie begründen Sie die Ablehnung derartiger Projekte?

D. TJONGARERO: Jegliche Art von „Entwicklungshilfe“, die Namibia vor seiner Unabhängigkeit erhält, kann nur als Versuch angesehen werden, der widerrechtlichen Besetzung Namibias durch Südafrika Glaubwürdigkeit und Anerkennung zu verleihen, sowie als Legitimierung seines ethnischen Bantustansystems und seines Marionettenregimes in Namibia.

„Entwicklungshilfe“ kann es nur zwischen souveränen Staaten geben.

Seit der verheerenden Dürre in Namibia 1982/83 – während der die derzeitige Kolonialverwaltung so gut wie nichts tat, um die Leiden der Menschen (insbesondere der schwarzen Landbevölkerung in Namibia) und der Tiere zu lindern und während der die Hilfe gegen die katastrophalen Folgen der Dürre von der Unterstützung dieser Administration oder einer ihrer 11 ethnischen Verwaltungen abhängig gemacht wurde – hat das Besatzungsregime in Namibia die internationale Gemeinschaft dringend ersucht, der leidenden Bevölkerung Namibias zu helfen. Dabei war allerdings keineswegs ein Interesse für Namibia das Motiv.

Die Hilfsgüter sollten über Windhoek weitergeleitet werden. Dies war ein eindeutiger Versuch, die illegale Besetzung

Vom 12.12.1983 bis Anfang Januar d.J. hielt die bislang größte Offensive südafrikanischer Truppen gegen Angola von namibischem Boden aus an. Ihr erklärtes Ziel lautete auf „Zerschlagung“ (so Südafrikas Armeechef Gleeson) der dortigen Lager bzw. Basen der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO). Die Invasoren kamen der Forderung des UN-Sicherheitsrates, Südafrika müsse bedingungslos und unverzüglich aus Angola abziehen, erst mit Verzögerung nach. Ausgeschlagen wurde von Pretoria der Vorschlag von SWAPO-Präsident Sam Nujoma, der UN-Generalsekretär solle offiziell einen Waffenstillstand zwischen Südafrika und der SWAPO durch direkte Gespräche vermitteln. Anfang Januar d.J. beschloß die UN-Vollversammlung Maßnahmen zur Beendigung der kolonialen Abhängigkeit Namibias, wobei sich die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik u.a. der Stimme enthielten.

Daniel Tjongarero, stellvertretender nationaler Vorsitzender der SWAPO mit Sitz in Windhoek, äußerte sich im Gespräch mit dem AIB zur Namibiapolitik Bonns und zum Stand einer Namibialösung.

Namibias durch internationale Unterstützungsmaßnahmen, insbesondere seitens der BRD, aufzuwerten.

Ein zweiter Grund für diesen „Umweg“ besteht darin, daß damit gewisse Vorbehalte gegenüber den sog. ethnischen Legislativorganen abgeschwächt werden sollten, um sie mit einem Mantel der Respektabilität und Glaubwürdigkeit zu umgeben. Auch soll dadurch die Unterschlagung von Geldern, die von der Thirion-Kommission (benannt nach dem Leiter der Untersuchungskommission, die von den Besatzungsbehörden eingesetzt wurde; d. Red) im September/Oktober 1983 enthüllt wurde, vertuscht werden.

Falschspiel der „Kontaktgruppe“

Aufgrund dieser und anderer Faktoren hat das Volk von Namibia diese sog. „Zwischen“-Entwicklungshilfe kategorisch abgelehnt, die de facto einen Versuch darstellt, neue Lösungen in Bezug auf Namibia zur Sprache zu bringen, während die Verwirklichung der UN-Resolution 435 von 1978 sogar in den Ländern ganz hinten auf der Tagesordnung steht, die lieber sogleich Nutznießer der Entwicklung Namibias sein möchten, als zuerst seine Unabhängigkeit voranzutreiben.

AIB: Sieht die SWAPO hinter den jetzt vorgeschlagenen Projekten eine Änderung der bundesdeutschen Namibiapolitik?



Bewohner des SWAPO-Flüchtlingslagers Kwanza-Sul und Cahamas nach den Bombenabgriffen

D. TJONGARERO: In gewisser Hinsicht scheint diese „neue“ Politik von der früheren Regierung abzuweichen. Dies gilt dahingehend, daß es damals seitens der BRD keine offene Unterstützung der konterrevolutionären, gegen eine wirkliche Unabhängigkeit gerichteten Kräfte gab.

Aber es ist natürlich klar, daß diese Kräfte von den konservativen politischen Stiftungen und „Millionären“ verdeckte Unterstützung erhalten haben. So kann man zum Beispiel interessehalber

fragen, woher die Schulungseinrichtungen für „Beamte“, die in den späten 70er Jahren in Otjiwarongo entstanden sind, kommen.

Von daher ist es wohl gerechtfertigt, einen Wandel in der bundesdeutschen Politik zu verneinen, denn der einzige Unterschied besteht darin, daß das, was bis vor kurzem von Kreisen, die nicht der Regierung angehörten, als Hilfe zur Destabilisierung der Unterstützung für die SWAPO in Namibia zur Verfügung gestellt wurde, jetzt in „Entwicklungshilfe“ für sog. Projekte umgewandelt wird. Und es steht außer Zweifel, daß dies einen weiteren Versuch darstellt, die schwarze Mittelklasse zu stärken – als Puffer gegenüber den Interessen der weißen Minderheit.

AIB: Welche Auswirkungen hat diese Politik auf die westliche „Kontaktgruppe“ (USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die BRD, gegr. 1977)? Es gab ja bereits Spaltungen in dieser „Kontaktgruppe“ durch den französischen Widerstand gegen eine „Verknüpfung“ des Abzugs kubanischer Truppen aus Angola mit der Unabhängigkeit Namibias. Und Anfang Dezember 1983 erklärte Frankreich seinen Austritt aus der Gruppe...

D. TJONGARERO: Die Auswirkungen dieser Politik auf die „Kontaktgruppe“ kann man als minimal bezeichnen.

Zunächst einmal kann man kaum von einer „Kontaktgruppe“ sprechen, da die anderen vier Mitglieder der Gruppe ihre Verantwortlichkeit Chester Crocker (Unterstaatssekretär der USA; d. Red.) übertragen haben, der heute als – man kann fast sagen alleiniger – Unterhändler der „Kontaktgruppe“ auftritt.

In Wirklichkeit hat die Gruppe schon längst in jeder Hinsicht aufgehört zu

existieren.

Man kann heute nur mehr von der Resolution 435 und insbesondere von dem südafrikanisch-amerikanischen Konzept des „Junktims“ sprechen, das den Verhandlungsprozeß auf den Stand von 1977 zurückgeworfen hat (zum Scheitern der Namibia-Initiative Angolas 1982/83 siehe: AIB 5/1983, S. 10 ff.; d. Red.). Diese beiden Länder haben die „Verknüpfung“ des Abzugs der Kubaner aus Angola mit der Unabhängigkeit Namibias in dem Bewußtsein gefordert, daß sie für die SWAPO ein unüberwindbares Hindernis darstellt, da sie mit der Volksrepublik Angola, einem Gastland der SWAPO, nicht über Fragen, die ein souveränes Land betreffen, verhandeln kann.

Es scheint jedoch, daß nach der Abtretung ihrer Verantwortlichkeit an Crocker die anderen Mitglieder der Fünfergruppe (außer Frankreich) durch ihr Schweigen diesem „Junktims“ ihren Segen gegeben haben und hinter ihm stehen, auch wenn sie es damit rechtfertigen, „daß es wenigstens dazu beitragen wird, das Namibiaproblem zu lösen“.

Die Möglichkeit einer Verwirklichung der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates liegt heute in viel weiterer Ferne als man 1978 dachte, da ihr alle Konfliktparteien zustimmten. Der Bericht des UN-Generalsekretärs Perez de Cuellar und sein Besuch in Namibia haben uns ihrer Durchsetzung keinen Schritt näher gebracht.

AIB: Während die Verhandlungen durch das besagte „Junktims“ blockiert waren, brach die Marionettenadministration im Land selbst zusammen. Sehen Sie da einen direkten Zusammenhang?

D. TJONGARERO: Zwischen dem „Junktims“ und der „Auflösung“ der Marionettenregierung zu Beginn des Jahres 1983 muß es einen silbernen Faden gegeben haben.

Das „Junktims“ verlangt von der SWAPO weder Zustimmung noch Zugeständnisse, so daß es – zeitlich gesehen – ein unbestimmtes Hindernis ist. Die Marionettenregierung wurde aufgelöst, weil ihr Herr und Meister Südafrika nicht davon überzeugt war, daß sie eine Wahl entsprechend der Resolution 435 gewinnen könnte.

Deshalb mußte eine neue Front gebildet werden, die sowohl diejenigen, die die politischen Fäden in der Hand hatten, als auch eine Anhängerschaft überzeugen konnte.

Vom „Staatsrat“ zur Vielparteienkonferenz

Der „Staatsrat“ sollte diese besondere Rolle erfüllen, während er gleichzeitig Maßnahmen für eine „Interims“lösung vorbereitete, eine neue Verfassung ausarbeitete und andere „Übergangs“vorbereitungen traf.

Für einige war dieser „Staatsrat“ unannehmbar, weil ihre politische Glaubwürdigkeit durch eine Kollaboration Schaden nehmen könnte. Andere, insbesondere die Marionetten, versprachen sich von einer Ablehnung mehr Glaubwürdigkeit und Respektabilität für sich selbst. Und wieder andere waren dagegen, weil sie grundsätzlich nicht kollaborierten und weil sie nicht gewillt waren, einer Anti-SWAPO-Front beizutreten, deren Schaffung der eigentliche Zweck des Versuchs war, einen „Staatsrat“ zu installieren.

Ein neuer Versuch mußte gemacht werden, wie schon in der Kolonialgeschichte: die Vielparteienkonferenz.

AIB: Eröffnet diese Ablehnung Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit anderen Kräften im Land?

D. TJONGARERO: Ursprünglich von der SWANU, vielleicht sehr naiv und arglos, geplant, wird die Vielparteienkonferenz heute indirekt von Kräften beherrscht, die gegen Entkolonisierung und gegen die Befreiung Namibias auftreten.

Dies verursacht einige Verwirrung unter den wahren Nationalisten. Es ist eine der Hauptaufgaben der SWAPO, mit Einfühlung, Hingabe und Überzeugung zu einer Neugruppierung beizutragen.

Die Zusammenarbeit unter den schwarzen Nationalisten erhält eine neue Dimension in der Förderung der nationalen Einheit unter der Führung der SWAPO. Und dies ist etwas, was dem gesamten südafrikanischen Apparat in Namibia schlaflose Nächte bereitet.



Namibische Farmer mit totem und hungerndem Vieh

Walid Burhani

Arafats Aussöhnung mit Ägypten

Unmittelbar nach der Evakuierung Yasir Arafats und seiner 4.000 Getreuen am 20. Dezember 1983 aus Tripoli geriet die Palästinensische Befreiungsbewegung (PLO) erneut in eine Zerreißprobe.

Im „Schwarzen November“, der Schlacht um die nordlibanesischen Stadt Tripoli, hatten die palästinensischen Rebellen unter Abu Moussa die bislang schwerste innere Krise der PLO heraufbeschworen. Nun sorgte der PLO-Vorsitzende Arafat selbst für den Konfliktstoff, als er sich im Alleingang der Aussöhnung mit Ägypten verschrieb.

Bei ihrer Begegnung am 22. Dezember 1983 in Kairo kamen Y. Arafat und Ägyptens Präsident Hosni Mubarak überein, „die Konsultationen zwischen der ägyptischen und palästinensischen Seite mit Blick auf die Verwirklichung eines umfassenden und gerechten Friedens in der Region fortzusetzen“.¹

Mäßigung der PLO

Der PLO-Vorsitzende begründete dieses Zusammengehen damit, daß „Ägypten das wahrhafte Bollwerk des Palästinensischen Volkes und seines Kampfes um die Rückerlangung Palästinas“ sei. „Das Wichtigste ist für mich“, so fuhr er im Beisein Mubaraks fort, „daß dieser Besuch die Einheit der Araber fördern wird.“ Präsident Mubarak revanchierte sich, indem er Arafat als „einen gemäßigten Führer der Palästinenser“ würdigte.²

Die Kontaktaufnahme zwischen Arafat und dem Mubarak-Regime war insgeheim schon im Herbst 1982 angelauten. Mitte Januar 1983 hatte der PLO-Vorsitzende im Gespräch mit der ägyptischen Wochenzeitung *Al-Ahram* Iktisadi Ägypten die Handreichung angeboten und betont, er verlange von Kairo weder eine Aufkündigung der Separatfriedensvereinbarungen von Camp David (vom September 1978 unter Beteiligung der USA) noch eine Distanzierung davon.³ Ägyptens Außenminister Butros Ghali sprach im Mai 1983 davon, daß die Beziehungen seiner Regierung zur PLO „wiederhergestellt worden seien und jetzt normal sind. Wir stehen in Kontakt mit den Führern der PLO, und fahren fort, sie zu beraten. Unser erster Ratsschlag besteht darin, die Gespräche mit der jordanischen Administration fortzu-



Kairoer Begegnung H. Mubaraks (r.) und Y. Arafats

setzen, so daß wir mit der Anwendung der sog. Reagan-Initiative beginnen können.“

Er bezeichnete den Reagan-Plan (Wortlaut in: AIB 11-12/1982, S.6) vom September 1982, der eine jordanisch-palästinensische Konföderation auf der Grundlage des Camp-David-Prozesses vorsah, als das beste Rahmenwerk für einen Nahost-Frieden.⁴

Ende 1982 hatte die ägyptische Regierung in einem 7-Punkte-Nahostplan dementsprechend ein „Autonomierecht der Palästinenser“ gefordert.⁵ Sie unterstützte nachdrücklich die Dialog-Bemühungen um eine gemeinsame Position PLO-Jordanien, die allerdings im März/April 1983 wegen des Widerstands innerhalb der PLO⁶ erst einmal auf Eis gelegt werden mußten – und mit ihnen der Reagan-Plan.

Die von Arafat anvisierte Annäherung an Ägypten wurde indessen durch verschiedene Faktoren gefördert: die Zuspitzung des Konflikts der Fatah-Mehrheit mit Syrien und Libyen; die Verschlechterung der Beziehungen Ägypten-Israel; Kairos Ablehnung der israelischen Libanon-Intervention; die „maximale Unterstützung für PLO-Chef Arafat“ (H. Mubarak)⁷ und für seine loyalen PLO-Einheiten bei der Verteidigungsschlacht von Tripoli im November 1983 gegen die palästinensischen Rebellen.

Angesichts der aktuellen Krise der PLO rechnet sich das Mubarak-Regime offenbar größere Chancen aus, sein erklärtes Ziel zu verwirklichen, nämlich – so B. Ghali – „eine Umwandlung der PLO durchzusetzen, die Position der Gemä-

ßigten zu stärken.“⁸ Eine Folge Tripolis war Ägyptens nunmehriges Eintreten dafür, die „gemäßigten“ Kräfte der PLO in die Separatverhandlungen mit einzubeziehen.

Indem sich Ägypten so als Mittler zwischen Washington und PLO-„Gemäßigten“ empfahl, spekulierte es darauf, mit der Hilfestellung der PLO und Saudi Arabiens die Wiederaufnahme in die Arabische Liga anbahnen zu können. In der Tat stehen die Chancen nicht schlecht, nachdem die Islamische Konferenz von Casablanca Mitte Januar d.J. bereits entschied, Ägypten die Rückkehr in ihre Reihen zu gestatten.

Im Jahr 1979 war Ägypten unter Präsident Sadat aus der Arabischen Liga ausgeschlossen, boykottiert und seither von der PLO bekämpft worden. Denn sein Separatfriedensschluß mit Israel im März 1979 hatte eine umfassende Nahost-Verhandlungslösung unter Teilnahme der PLO und Syriens verunmöglicht. Und er hatte dem Gespann USA-Israel freie Hand für die Ausweitung seines militärischen Zugriffs auf den Libanon und die Region verschafft.

Die PLO geriet unterdessen durch ihre militärischen Niederlagen, inneren Auseinandersetzungen und den Konflikt mit Syrien gegen Ende 1983 in ihre bislang wohl schwerste Krise.

Mit seinem Alleingang nach Kairo hat Yasser Arafat einmal die Kluft zum Frontstaat Syrien vertieft und die Aussichten auf eine „amerikanische Lösung“ des Nahostkonflikts vergrößert. Kein Wunder, daß man in Washington dem Kairoer Treffen Beifall zollte, wohingegen Israels Regierung Shamir Gift

und Galle spieh.

Die in Gang gebrachte Rehabilitierung Ägyptens, ohne ihm vorher den Bruch mit Camp David abzuringen, erleichtert es den konservativen arabischen Regimes Jordanien, Saudi Arabien usw. unauffälliger in Richtung Reagan-Plan einzuschwenken. Und das heißt, substantielle Abstriche an der arabischen Plattform von Fes zu machen, in der man im September 1982 einen eigenständigen Palästinenserstaat unter Führung der PLO gefordert hatte.⁹

Von daher geht es bei der Initiative Arafats nicht nur um dessen selbstherrliches Vorgehen gegenüber den Leitungsorganen der PLO und ihrer größten Organisation Al Fatah, die er zuvor nicht einmal konsultiert hatte. Es geht um den Verstoß des PLO-Vorsitzenden gegen die Beschlüsse der 16. Palästinensischen Nationalratstagung vom Februar 1983 in Algier, und damit um den Bruch mit der politischen Linie, die das höchste PLO-Gremium im demokratischen Entscheidungsprozeß festgelegt und der gewählten Führung aufgetragen hatte.

Im Kern haben wir es heute damit zu tun, daß der rechte Fatah-Flügel, „gemäßigte“ Bürgermeister der okkupierten Gebiete wie Freij (Bethlehem) oder Schawa (Gaza) und zentristische Fatah-Kräfte um Yassir Arafat, entmutigt durch den Verlust der militärischen Bastion Libanon, den diplomatisch-politischen Kampf verabsolutieren. Die Befürwortung auch des bewaffneten Widerstands im okkupierten Westjordan- und Gazagebiet seitens der PLO—„Gemäßigten“ blieb ein Lippenbekenntnis.

Fakt ist, daß sie eine noch engere Anlehnung an das proamerikanische Lager um Saudi Arabien, Jordanien und Ägypten betreiben. Gemeinsam mit diesen sind die „Gemäßigten“ dabei, Grundpositionen des Fes-Planes gegen Elemente des Reagan-Planes einzutauschen, unter zunehmender Preisgabe der antiimperialistischen Ausrichtung des palästinensischen Befreiungskampfes.

So gesehen, ging Yassir Arafat mit seiner Annäherung an Ägypten, das weiter zu Camp David steht und von Washington extrem abhängig ist (jährliche Militär- und Wirtschaftshilfe von über 1 Mrd Dollar), hohe Risiken ein: Die gegen Syriens Zugriff zäh verteidigte Eigenständigkeit der PLO droht nun gegen eine saudisch-ägyptische Vormundschaft eingetauscht, Arafat zum Gefangenen einer neuerlichen „amerikanischen (Separat-) Lösung“ festgemacht zu werden.

Nicht zuletzt wird damit die Gefahr der weiteren Aufspaltung oder des Zerbrechens der PLO heraufbeschworen. Natürlich ist dies kein Automatismus. Yassir Arafats Ägyptenvisite stieß in den Reihen der palästinensischen Befreiungsbewegung auf breite Ablehnung.

Abgesehen von den prosyrischen Rebellen-Gruppierungen (Fatah-Dissidenten um Abu Moussa, Ahmad Jibrils Volksfront — Generalkommando, Samir Ghochas prolibysche Kämpferische Volksfront und die baathistische Saika) verurteilten ihn auch die Mehrheit der loyalen Fatah, die Linksgruppierungen, die Bürgermeister der Westbank (ausgenommen Freij) sowie der unabhängige Nationalrats-Präsident Khaled al-Fahoum als Verstoß gegen die Beschlüsse der PLO-Organen.

Die palästinensische Linke (Georges Habbaschs Volksfront-PFLP, Najef Hawatmehs Demokratische Front — DFLP, die Kommunistische Partei — PCP und die Befreiungsfront — PLF) forderten darüber hinaus in einer gemeinsamen Erklärung vom 25.12.1983 persönliche Konsequenzen aus dem Ägyptenbesuch und die Stärkung der Einheit der PLO.

Eine Delegation der drei ersteren Organisationen forderte Anfang Januar d.J. in Verhandlungen mit dem Zentralkomitee der Fatah, Y. Arafat müsse, da er „den Weg der Kapitulation“ eingeschlagen habe, von seinen Funktionen entbunden werden.¹¹

Kompromiß mit der Linken?

In Entschließungen ihres Zentralkomitees und Revolutionsrates vom Januar d.J. distanzierte sich die Fatah zwar vom Ägypten-Besuch ihres Vorsitzenden, aber von Arafats Ablösung oder einer Ablehnung seines neuen Kurses war nicht die Rede.

Gewiß unterstrich die Führung der Fatah das Festhalten an den Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrats von Algier und des Gipfels von Fes, welche auch als Basis für die Wiedereröffnung des Dialogs mit Jordanien zu dienen hätten. Andererseits wird eine Aussöhnung mit Syrien und Libyen verneint, soll der Annäherungsprozeß an Ägypten fortgeführt und der Fes-Plan mit einem ägyptisch-französischen Vorschlag vom Juli 1982 vermengt werden. Letzterer hatte Bezug auf die UN-Resolution 242/1967 genommen und für das palästinensische „Selbstbestimmungsrecht“, die gegenseitige Anerkennung der Betroffenen und für die Verhandlungsbeteiligung der PLO plädiert.¹²

Doch eben hier begibt sich die Fatah in Widerspruch zu Algier und Fes sowie zu den Positionen der Linken.

In deren gemeinsamem Programm zur Überwindung der PLO-Krise vom Oktober 1983 wird beispielsweise in der Wiederherstellung der Bündnisbeziehungen PLO-Syrien die Voraussetzung zur Abwehr imperialistisch-israelischer Lösungsversuche (Reagan-Plan u.ä.) ge-

sehen und jede Verwässerung des Friedensplans von Fes verneint. Die Aufgabe eben dieser Grundpositionen aber ist im proägyptischen Kurs der Fatah angelegt.

Es handelt sich wohl auch nicht um einen Zufall, daß sich die Fatah-Führung gegenwärtig zu den Forderungen der Linken nach demokratischen Reformen der inneren Struktur der PLO in Schweigen hüllt.

Von daher bleibt es zweifelhaft, ob im Vorfeld des 17. Palästinensischen Nationalrats (er steht nach dem 15. Februar 1984 voraussichtlich in Algier an) eine Kompromißformel zwischen Al Fatah und den Linksorganisationen zustande kommen wird. Während sich die Fatah-Führung einig darin ist, daß für die Rebellen wegen ihres militärischen Vorgehens in Tripoli kein Platz mehr in den Reihen der PLO ist, gibt es hinsichtlich des Umgangs mit der Linken offenbar unterschiedliche Auffassungen.

Dem hinter Abu Iyad stehenden Fatah-Flügel jedenfalls scheint die Einigung mit der „vernünftigen Linken“ unverzichtbar. Aus seiner Sicht „repräsentieren die Volksfront, die Demokratische Front und die Kommunistische Partei einen aner kennenswerten Sektor von Meinungen, der Anhänger bis in die Reihen der Fatah hinein hat“.

Khaled el-Hassan, rechter Exponent im Fatah-Zentralkomitee, hielt es hingegen für tragisch, „wenn die PLO-Linken uns weiterhin ihre Regeln vorschreiben würden“.¹³ Yassir Arafat meint ganz ähnlich: „...mit oder ohne sie (die Linken; d. Red.) haben wir die Mehrheit innerhalb des Palästinensischen Nationalrats, obwohl wir es eigentlich vorziehen würden, daß sie dort teilnehmen. Anders gesagt, mit der Fatah, den Unabhängigen und der Arabischen Befreiungsfront (ALF, proirakische Gruppierung; d. Red.) wird die PLO überleben und siegen.“¹⁴

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Le Monde (LM), Paris, 25./26.12.1983
- 2) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 23.12.1983
- 3) Arab News, Jidda, 18.1.1983
- 4) Ebenda, 25.3.1983
- 5) Wortlaut in: Saudi Gazette, Jidda, 26.11.1982
- 6) Siehe im Einzelnen: AIB 1/1984, S. 5ff.
- 7) Egyptian Gazette, Kairo, 7.11.1983
- 8) Ghali-Interview mit der Jerusalem Post, Jerusalem, 21.-27.11.1982
- 9) Wortlaut des Fes-Plans in: AIB 11-12/1982, S. 8
- 10) Siehe: AIB 4/1983, S. 28-31
- 11) Nach: Al-Hurriya, Damaskus, 1.1.1984, S. 12/13 und LM, 7.1.1984
- 12) Vgl. Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 1/6.1.1984 und 2/13.1.1984, je S. 1ff.; sowie Bericht von E. Rouleau in: LM, 20.1.1984
- 13) Ebenda
- 14) Afrique Asie, Paris, Nr. 313/16.1.1984, S. 19

Lothar A. Heinrich

Die Hungerrevolte



Straßenszene in Tunis

Das Szenarium zeigt seit Jahren nur geringe Abweichungen auf: Länder der sog. Dritten Welt mit einem relativ hohen sozialökonomischen Entwicklungsstand, deren noch aus der Kolonialzeit ererbte Außenorientierung auf den kapitalistischen Weltmarkt von einer seit der Unabhängigkeit herrschenden einheimischen Bourgeoisie verfestigt worden ist, werden Hauptopfer der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Anlaß Preisexplosion

Sie werden so gezwungen, sich dem Diktat der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IMF) zu unterwerfen. Diese beiden Institutionen, die die Interessen – zumindest die kurzfristigen – der kapitalistischen Metropolen gegenüber der kapitalistischen Peripherie verteidigen, zwingen den in Zahlungsbilanzschwierigkeiten befindlichen Ländern eine Politik der „wahren Preise“ und der noch verstärkten Außenabhängigkeit auf. Und deren Lasten müssen stets voll von der werktätigen Bevölkerung und der Masse der arbeitslosen oder unterbeschäftigten Armen getragen werden.

Wie im Januar 1977 in Ägypten oder im Juni 1981 in Marokko – um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen – haben die am 1.1.1984 in Kraft getretenen drastischen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel diesmal in Tunesien zur sozialen Explosion geführt.

Die Regierung unter Ministerpräsident Mohammed Mzali hatte Preiserhöhungen zwischen 70 und 108% für Gries, Teigwaren und vor allem Brot verfügt. Waren die staatlich subventionierten Brotpreise auch seit 15 Jahren stabil geblieben, so waren die neuen Preise dennoch für breiteste Kreise der Bevölkerung nicht zu verkraften, da gerade diese Produkte für sie den überwiegenden Teil ihrer Ernährung ausmachen.

Der Ablauf der Ereignisse läßt einige Rückschlüsse auf die soziale und politische Situation des Landes zu. Die Unruhen begannen schon am 29.12.1983 im Süden des Landes, als sich die Bevölkerung verschiedener Oasen der Region des Chott el-Djerid erhob.

Von dort dehnten sie sich auf die in der gleichen Region gelegenen Bergbaustädte Gafsa und Kasserine aus, danach auf die Hafenstädte Gabés und Sfax, auf

Kairouan, das religiöse Zentrum des Landes.

Dann griffen sie auf die Hauptstadt Tunis, die im höher entwickelten Norden liegenden Städte El Kef und Bizerta über, und schließlich sogar auf den Heimatort Präsident Bourguibas, Monastir, Hauptort der Küstenregion, des „Sahel“, aus dem ein wesentlicher Teil der herrschenden Klasse des Landes stammt.

Es scheint, daß die Revolte zwei Hauptphasen durchlaufen hat. In den Oasen des Südens war sie offenbar zunächst spontan und unorganisiert und wurde vom Regime nicht besonders ernst genommen. Durch den Widerhall, den sie jedoch sehr schnell in den Bergbaustädten Kasserine und Gafsa fand, gewann sie eine neue Qualität.

Widerstandszentrum Gafsa

Gerade Gafsa ist ein traditionelles Zentrum des Widerstandes zunächst gegen die französischen Kolonialherren und sodann gegen deren Erben, die tunesische Kompradorbourgeoisie, der es im Laufe der Jahre immer mehr gelungen war, die antikoniale nationalistische Einheitspartei des Landes, die später euphemistisch in Sozialistische Destour Partei (PSD) umgetaufte Neo-Destour Partei zu kontrollieren.

In Gafsa ist das politische und gewerkschaftliche Bewußtsein überdurchschnittlich hoch. Diese – ob zwar abgelegene – Region ist stärker urbanisiert als der Durchschnitt des Landes. Durch den besonders hohen Anteil von Lohnabhängigen ist sie auch besonders sensibel für die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Gleichzeitig ist die Region der Oasen durch ihre kulturelle Tradition gegenüber den auch aus anderen arabischen Ländern kommenden politischen und ideologischen Einflüssen des Arabismus besonders offen. Die Region von Gafsa hat die meisten Richter, Gelehrten und Dichter – so den Nationaldichter Aboul Qassim al-Chabbi – hervorgebracht.

Dem damit einhergehenden Gefühl kultureller Überlegenheit steht seit langem die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Vernachlässigung und politischen Unterrepräsentiertheit gegenüber. Eine wirkliche Entwicklung des Hinterlandes und insbesondere dieser Region scheiterte bislang an der Politik der Abhängigkeit, die von einer Bourgeoisie durchgeführt wird, die nur nach den am schnellsten rentablen Investitionen im parasitären Bereich oder in den Bereichen sucht, die auf die Ergänzung ausländischer Kapitalinteressen zugeschnitten sind.

Der Klassencharakter des tunesischen Staates und die Herkunft seiner Repräsentanten haben daher gewisse Städte im „Sahel“ gefördert, die als Relais-Stationen



Nach Rücknahme der Preiserhöhungen: Jubel am Denkmal Bourguibas in Tunis

nen zwischen dem tunesischen und dem internationalen Markt fungieren. Diese Faktoren haben Gafsa schon immer zu einem Zentrum des Widerstandes gemacht, zuletzt als im Januar 1980 eine aus Libyen kommende Gruppe bewaffneter Oppositioneller die Stadt zum Fokus für eine Revolution gegen das Regime machen wollte. Dieser Versuch, der bei der örtlichen Bevölkerung breite Unterstützung fand, forderte rund 300 Menschenleben. Fast 2 Jahre zuvor hatte es beim gewerkschaftlichen Generalstreik vom 26.1.1978 rund 400 Tote und 1.000 Verletzte gegeben.

Eingreifen Bourguibas in den...

Von dieser besonders sensiblen Region aus dehnte sich nun im Januar 1984 der Aufstand schnell auf die Städte an der Küste und im Norden aus. Er gewann die Unterstützung von Studenten und Schülern, und vor allem auch die der oft als Ergebnis der Landflucht dorthin vertriebenen verarmten Massen der Elendsviertel an den Rändern der Großstädte – insbesondere von Tunis.

Gerade hier gewann die Revolte durch die Einwirkung verschiedenster politischer Kräfte einen neuen Charakter. Die gerade hier häufigen Plünderungen und

Angriffe auf Symbole des von der tunesischen Bourgeoisie zur Schau gestellten westlichen Lebensstils sind einerseits spontaner Ausdruck der sozialen Basis dieser Bewegung in den Städte des Nordens.

Parolen wie „Es gibt nur einen Gott“ und „Bourguiba ist der Feind Gottes“ lassen darauf schließen, daß die in Tunesien seit längerem sehr aktiven reaktionären islamisch-fundamentalistischen Gruppierungen sich die Gelegenheit nicht haben entgehen lassen. Diese Gruppierungen haben ja, wie das iranische und andere Beispiele zeigen, einen wesentlichen Teil ihrer Basis in deklassierten Schichten.

Neben ihnen haben sich auch andere Gruppierungen zu recht oder zu unrecht als verantwortlich für die Revolte erklärt, so etwa die Bewegung der Nationalen Tunesischen Opposition (MONT), eine Organisation, die die Tradition von Salah Ben Youssef hochhält, dem 1961 auf Bourguibas Anordnung hin ermordeten radikal-nationalistischen Konkurrenten des Präsidenten innerhalb der Neo-Destour.

Demgegenüber waren sowohl der inzwischen durch die Wüßhätigkeit der PSD von einer Spaltung bedrohte Gewerkschaftsbund UGTT wie auch die legalisti-

sche Opposition, von der liberalen Bewegung Demokratischer Sozialisten (MDS) bis hin zur Kommunistischen Partei des Landes nur Zaungäste dieses Klassenkampfes. Das galt jedoch offenbar nicht für die PSD selber.

Am 6. Januar d.J. griff Präsident Bourguiba persönlich ein und kündigte die sofortige Rücknahme der Maßnahmen seiner Regierung an. Es kam zum Jubel derer, deren Revolte zuvor von Polizei und Armee blutig niedergeschlagen worden war.

Ihre lautstarken Lobpreisungen des Präsidenten, der doch in Wirklichkeit die Hauptkraft hinter allen von seinen Gnaden existierenden bisherigen Ministerpräsidenten und Regierungen ist, stand dabei in deutlichem Gegensatz zu immer wieder auftauchenden Parolen gegen Ministerpräsidenten Mzali, der auch der designierte Nachfolger des Präsidenten ist.

...Machtkampf der Neo-Destour

Art und Zeitpunkt, in denen die Parolen gegen Mzali vorgetragen wurden, vor allem aber die ostentative Zurückhaltung der Innenminister Driss Guiga unterstellten Ordnungskräfte, deuten daraufhin, daß die Brotpreisfrage von gegnerischen Fraktionen des Regimes für den Kampf um die Nachfolge des Präsidenten instrumentalisiert wurde.

Mohammed Mzali hatte trotz des Widerstandes aus den Reihen seines Kabinetts die sprunghafte Preiserhöhung durchgesetzt und – so die Zeitschrift *Afrique Asie* – möglicherweise gehofft, daß die Opfer ihm zuliebe stillhalten würden, um damit ihm als Repräsentant der liberalen Fraktion im innerparteilichen Machtkampf den Rücken zu stärken.

Hingegen scheinen seine Gegner, geschart um Innenminister Guiga, die Revolte unter der Hand gefördert zu haben, um Mzali zu stürzen. Diesen Eindruck jedenfalls muß Präsident Bourguiba gehabt haben, als er statt des glücklosen Mzali Innenminister Guiga absetzte.

Die Instrumentalisierung der Opfer der tunesischen Kompradorenbourgeoisie durch deren verschiedene Fraktionen hat jedoch wieder einmal deutlich gemacht, daß es im Land keine politische Kraft gibt, die die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten ideologisch und organisatorisch nutzbringend kanalisieren kann.

So scheint das tunesische Volk weiterhin dazu verurteilt zu sein, die blutigen Erfahrungen von 1978, 1980 und 1983 solange in der einen oder anderen Form aufs Neue machen zu müssen, wie ihre objektiven Grundlagen bestehen bleiben.

Register AIB 1983

Das vorliegende Register umfaßt alle Veröffentlichungen des Jahres 1983, einschließlich der AIB-Aktuell (AA), Kurzinformationen (KI), Infodienst-Meldungen (ID), Kommentare (KO), Rückblicke (RU), Buch- und Filmrezensionen. Es ist untergliedert in ein

- Länderregister, das Artikel aufführt, die ausschließlich ein Land behandeln; in ein
- Regionenregister, das Beiträge enthält, deren Inhalt über ein Land hinausgeht; Beiträge, die gleichzeitig wesentliche Aspekte zu einer Region und zu einem Land enthalten, finden sich sowohl unter dem Länder- als auch unter dem Regionenstichwort;
- Stichwortregister, das neben Artikeln, die ausschließlich das Stichwortthema zum Inhalt haben, auch Länder- und Regionenbeiträge, die wesentliche Informationen zu einem Stichwort enthalten, berücksichtigt.

Hinter den Einzelbeiträgen ist vor dem Schrägstrich die Heftnummer, dahinter die Seitenzahl angegeben.

Länder

Afghanistan

Bemühungen um eine politische Lösung (KI)	1/55
Verhandlungen mit Pakistan (KI)	2/41
W. Brönnner, Tendenzwende zugunsten der Regierung Karmal	4/19
Gespräch mit Abdul Ghafar Lakanwal, Die Agrarreform geht weiter	4/21
K. Ege, Die Regierung macht Boden gut	7-8/45
K. Ege, Die Intervention von außen	11-12/55

Äthiopien

Maßnahmen gegen die Hungerkatastrophe (KI)	6/46
Gründung des Informationskreises Äthiopien (ID)	7-8/73
V. Maier/H.J. Schlechter, Die Kampagne gegen den Hunger	9/13
Hunger-Hilfe konkret	9/14

Angola

M.A. Rodriguez, Verlauf der angolanisch-südafrikanischen Gespräche	5/12
Überfälle von UNITA und südafrikanischer Armee (KI)	10/49

Argentinien

Generalstreik und Demonstrationen gegen die Diktatur (KI)	1/52
Massendemonstration für Demokratisierung (KI)	2/43
P. Hiedl, Der „Marsch für die Demokratie“	3/28
Generalstreik und Festlegung des Wahltermins (KI)	5/67
Militär erklärt Verschwundene für tot (KI)	6/46
Finanzkrise (KI)	11-12/70

Bahrain

N. Baraki, Das Khalifa-Regime in Bedrängnis	1/39
Bahrain-Daten	1/40

Bangladesh

Zulassung politischer Parteien (KI)	5/66
-------------------------------------	------

Bolivien

Wirtschaftlicher Notstandsplan (KI)	1/53
Spaltung der Regierungskoalition (KI)	3/46

COB fordert Regierungsbeteiligung und Änderung der Wirtschaftspolitik (KI)	10/50
--	-------

Brasilien

P. Garcia, Kongreßwahlen im Schatten der Militärs	1/15
Streiks gegen Wirtschaftspolitik (KI)	9/54
J. Kühnert, Im Angesicht des Staatsbankrotts	11-12/49

Chile

Verstärkung der Widerstandsaktionen (KI)	2/43
Verhaftungswelle und Gründung eines Oppositionsbündnisses (KI)	4/46
Solidaritätsaktionen (ID)	5/65
Gründung der Demokratischen Allianz (KI)	5/67
K. Maurer, Aufbruch im 10. Jahr nach dem Putsch	7-8/56
Sonderheft 2/83: Chile - Pinochet am Ende?	9/17
K. Maurer, Die Angst vor den Barrikaden in Herminda de la Victoria	9/19
Chile-Daten	9/20
Gründungserklärung der Gewerkschaftsallianz CNT	9/21



Sichtweisen der chilenischen Linken	9/24	Die FMLN durchkreuzt den „Plan Conara“	11-12/41	Linke (KI)	3/46
Gespräch mit M. Navarrete, Das Verschwundenenproblem ist nicht passé	9/31	Film und Lesetips (ID)	11-12/69	N. Biver, Die iranische Revolution auf dem Rückmarsch	4/32
G. Stuby, Das Symbol Chile und wir	9/32			Gespräch mit Haidar F., Repressalien gegen die Linke schaden der Revolution	4/33
Das Verhältnis BRD-Chile	9/34	Französische Kolonien		Bijan B., Den Vormarsch der Rechten aufhalten	4/34
H.O. Vetter, Das Lehrstück Chile	9/36	Wahlsieg der Linken (KI)	4/47	Repressionskampagne gegen Tudeh-Mitglieder (KI)	6/47
Abschlußerklärung des Münsteraner Chile-Kongresses	9/38			Der Sturz Mossadeghs vor 30 Jahren (RU)	7-8/71
Internationales Ferienlager Salvador		Ghana		Solidaritäts-Aktionen (ID)	7-8/73
Allende	9/39	A. Conchiglia, Belastungsprobe für Rawlings	4/36	Kämpfe gegen Kurden (KI)	7-8/75
Aktions- und Materialspiegel	9/40			Krieg gegen Irak verschärft sich (KI)	11-12/70
Solidaritätsveranstaltung „Chile kämpft – Nicaragua lebt“ (ID)	10/48	Grenada			
4. Nationaler Protesttag und Bildung eines Linksbündnisses (KI)	10/50	Solidaritätsprojekte (ID)	1/52	Israel	
K. Maurer, Der lange Atem der Protestbewegung	11-12/42	Erklärung der Regierung Grenadas, Reagans faktische Kriegserklärung	5/ 6	Protest gegen Israel-Botschafter (ID)	2/40
Helsinkiatung der Internationalen Chile-Kommission, Abschlußerklärung zur Menschenrechtslage in Chile	11-12/44	US-Intervention (ID)	5/65	I. Klich, Israel – Waffengehilfe der USA in Mittelamerika	3/20
		Solidaritätsmaterialien (ID)	6/45	Kommissionsbericht über Massenmord in Sabra und Shatila (KI)	3/46
China		Reagans Feuerprobe auf Grenada (AA)	11-12/ 3	K.D. Fischer, Neue Erkenntnisse über Israels Kriegsverbrechen im Libanon. 2. Sitzung der internationalen Untersuchungskommission	5/14
R. Ward, Die revanchistische Allianz China-USA (2)	1/21			Schlußfolgerungen der Genfer Tagung	5/15
Verabschiedung einer neuen Verfassung	2/42	Guatemala		I. Lübben-Pistofidis, 35 Jahre Israel – im Zeichen der Eroberungen	5/53
R. Ward, Neue Trends in Chinas Außenpolitik	3/31	Massaker an Indios (KI)	1/53	I. Lübben-Pistofidis, Israels Friedensbewegung – Antwort auf den Libanonkrieg	7-8/35
Die Afrikatournee des Zhao Ziyang	3/31	D. Mies, Rios Montts „ehrenwerte“ Vernichtung der „Subversiven“	2/30		
R. Ward, Grenzen der außenpolitischen Korrekturen Chinas (1)	5/59	US-Hilfen für Aufstandsbe kämpfung	2/31	Kamerun	
R. Ward, Grenzen der außenpolitischen Korrekturen Chinas (2)	6/15	Verurteilung durch das Tribunal der Völker (KI)	3/46	Rücktritt von Präsident Ahidjo (KI)	1/54
20 Jahre „Polemik über die Generallinie“ (RU)	6/42	Strategisches Dorf in Xejalbinte, Eine Region wird zum Gefängnis	4/35		
Militärische Provokationen gegen Vietnam (KI)	6/47	Militärputsch gegen Rios Montt (KI)	9/54	Kampuchea	
R. Ward, Grenzen der außenpolitischen Korrekturen Chinas (3)	7-8/52	P. Rosales, Das Gorilla-Karussell	10/36	Sihanouk verliert an Einfluß (KI)	1/42
Orientierungspunkte des 6. Nationalen Volkskongresses	7-8/54			Offensive gegen Pol-Pot-Truppen (KI)	5/66
Verstärkte Zusammenarbeit mit den USA (KI)	11-12/70	Guinea-Bissau		Das Dilemma Sihanouks (KI)	7-8/74
		Der Mord an Amilcar Cabral (RU)	1/50		
Ekuador				Kapverden	
Generalstreik gegen Wirtschaftspolitik (KI)	1/53	Honduras		Parteitag der PAICGV (KI)	9/53
		Gemeinsame Erklärung der Linken (KI)	5/67		
El Salvador		Antwort der honduranischen Linken auf die Invasion gegen Nicaragua	6/ 9	Kolumbien	
Gespräch mit Jorge M., Die FMLN erkämpft Positionsvorteile	1/ 8	N. Biver, US-Kampftruppen richten sich in Honduras ein	11-12/ 8	P. Garcia, Die Guerilleros bleiben kampfbereit	2/34
Dialogvorschlag der FMLN/FDR	1/10			P. Garcia, Präsident Betancour im Kreuzfeuer	11-12/52
Besetzung von CDU-Büros (ID)	1/52	Indien			
Niederlagen der Armee (KI)	2/42	A. Krajczek, Mahatma Gandhis Ideale – noch immer unerfüllt	4/12	Korea	
W. Brönnner, Die FMLN auf dem Vormarsch	3/14	Indien-Daten	4/14	Freilassung von Kim Dae Jung (KI)	2/42
Reportage über Guazapa	3/16	US-Balkanisierungsplan gegen Indien	4/15	R.H. Yong, Das Chon-Regime wird hochgerüstet	3/35
Salvadorianische Flüchtlinge	3/19	A. Makhijani, Indira Gandhis freiwillige Schuldenfalle	4/17	Stationierung von US-Atomwaffen (KI)	7-8/74
Tod von Commandante Ana Maria und Marianella Garcia Villas (KI)	5/67	Mahatma Gandhi im Film	1/42		
Letztes Interview mit Commandante Ana Maria	6/10	Unterstützung der USA für Separatisten (KI)	9/54	Kuba	
Commandante Marcial, Die Initiative liegt bei der FMLN	6/11			T. Meier, Ist Kubas Wirtschaft bankrott?	1/12
Der tragische Tod der Commandantes Ana Maria und Marcial	6/13	Irak		Buchtips (ID)	1/52
Interview mit Oscar Armando Acevedo	7-8/64	Einsatz der türkischen Armee gegen Kurden (KI)	7-8/75	Symposium „Kuba in den 80er Jahren“	7-8/70
Auf Distanz zursalvadorianischen FMLN/FDR? (KO)	7-8/76	Lieferung von französischen Kampfflugzeugen (KI)	11-12/70		
Interview mit Commandante Maria Antonia, Die FMLN schuf sich Vorteile (1)	9/ 8			Lesotho	
Interview mit Commandante Maria Antonia (2)	10/40	Iran		Brief aus Lesotho, Im „Kreuzfeuer umgekommen...“	2/ 7
Interview mit Commandante Maria Antonia (3)	11-12/40	Wahl einer „Expertenversammlung“ (KI)	2/41		
		Reformstopp und Repression gegen			

L. Ferreira, Lesotho – Königreich von Pretorias Gnaden? 2/ 8

Libanon

Verstärkte US-Präsenz und Widerstand gegen israelische Besatzer (KI) 1/55
 M. Helminen, Das ausgeklügelte Zerstörungswerk der Israelis 2/26
 Kommissionsbericht über Massenmord in Sabra und Shatila (KI) 3/46
 Filme (ID) 4/44
 Festigung der israelischen Präsenz (KI) 4/46
 W. Brönner, Das Diktat von Khalde Libanesisch-israelisches Abkommen vom 17.5.1983 7-8/30
 Memorandum der libanesischen Opposition zum Abkommen 7-8/33
 Gründung der Nationalen Rettungsfront (KI) 9/53
 Neues Aufflammen der Kämpfe (KI) 10/49
 W. Burhani, Die Marines greifen ein – wird der Libanon Protektorat? 11-12/11
 I. Lübben-Pistofidis, Aussichten einer nationalen Versöhnung im Libanon? 11-12/14
 Gründungscharta der Nationalen Rettungsfront 11-12/17
 Treffen der Libanon-Palästina-Komitees (ID) 11-12/69

Libyen

Militärische Provokationen der USA (KI) 4/46

Madagaskar

Präsidentchaftswahlen (KI) 1/54
 J. Ostrowsky, Die madagassische Revolution nach einem Jahrzehnt 7-8/25
 Madagaskar-Daten 7-8/26

Malawi

Gerichtsverfahren gegen Führer der Opposition (KI) 6/46

Malediven

G. Diederichs, Mehr als ein Touristenparadies 7-8/28
 Malediven-Daten 7-8/29

Mauritius

Regierungswechsel nach Spaltung der MMM (KI) 5/67
 Wahlsieg der Rechtsparteien (KI) 10/44

Mexiko

J. Weber, Verschuldung im Großformat 6/35

Moçambique

R. Falk, Innerer Wandel im Zeichen äußeren Drucks. Zur Diskussion um „Befreiungsbewegungen an der Macht“ (1) 2/18
 R. Falk, Innerer Wandel im Zeichen äußeren Drucks (2) 3/37
 Broschüre (ID) 4/45
 4. Parteitag der FRELIMO (KI) 6/46

Mongolei

Das Erbe Suche Bators (RU) 2/38

Namibia

Afrikanische G. Bushs (KI) 1/54
 Rücktritt des Ministerrates (KI) 3/47
 H. Mayer, Angolas Namibia-Initiative ist gescheitert 5/10
 S. Nujoma, Kein Durchbruch in Sicht 5/11
 M.A. Rodriguez, Verlauf der angolanisch-südafrikanischen Gespräche 5/12
 Orientierung der 2. Zentralkomitee-Tagung der SWAPO 7-8/22
 BRD-Delegation in Namibia (KI) 10/49

Nigeria

Massenexodus (KI) 3/47
 A. Conchiglia, Belastungsprobe für Rawlings 4/36
 B. Moije, Wahlen als Augenschere 11-12/60

Nikaragua

N. Biver, Von der stillen zur offenen Invasion 1/ 4
 Friedensinitiative Mexikos und Venezuelas 1/ 6
 T. Borge, Unser Volk ist einsatzbereit 2/33
 N. Biver, „No pasaran.“ Sie kommen nicht durch! 3/ 4
 Tagung der Nichtpaktgebundenen vom Januar 1983, Deklaration von Managua 3/ 6
 R. Dunbar Ortiz, Der Fall der Miskitos 3/ 9
 W. Brönner, Reagans Kriegführung bloßgestellt 5/ 4
 Enthüllungen des Exagenten Hector Francés und zweier gefangener Contras 5/ 8
 Nikaragua-Aktionen (ID) 5/65
 Mit Nikaragua den Frieden verteidigen! (AA) 6/ 3
 W. Brönner, Auf eine und mehr Invasionen eine Antwort: „Frieden“! 6/ 4
 Kontinentale Friedenskonferenz vom 21.-23. April 1983, Deklaration von Managua 6/ 6
 Erklärung der Besetzer der BRD-Botschaft 6/ 8
 Antwort der honduranischen Linken auf Invasion gegen Nikaragua 6/ 9
 N. Biver, „...dann werden wir unsere Streitkräfte schicken“ (B. Goldwater) 7-8/60
 Nikaragua-Aktivitäten (ID) 7-8/73
 Buchtips zu Mittelamerika 7-8/73
 N. Biver, Der Aufmarsch der USA 9/ 4
 10-Punkte-Vorschlag der Contadora 9/ 6
 Nikaraguas Verhandlungsangebot 9/ 7
 Nikaragua-Aktionen (ID) 9/52
 Materialien zu Nikaragua (ID) 10/48
 DGB-Spende (ID) 10/48
 4. Konferenz der Außenminister der Contadora-Staaten (KI) 10/50
 N. Biver, Die US-Kampftruppen richten sich in Honduras ein 11-12/ 8
 T. Borge, Wir entwickeln unsere Verteidigung 11-12/10

Obervolta

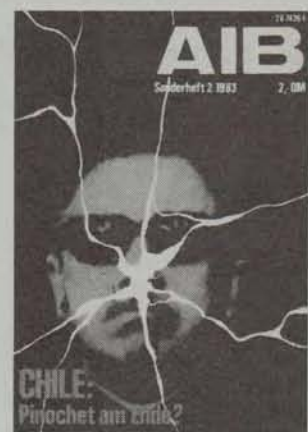
Sturz der Regierung Zerbo (KI) 1/54
 Rückkehr zur Zivilregierung (KI) 7-8/75
 N. Boukari, Sankara kehrt zurück 9/10
 Positionen der linken Militärs 9/11
 Obervolta-Daten 9/12
 Interview mit T. Sankara, Das Volk soll und kann uns kontrollieren 11-12/58

AIB-Sonderhefte



Bundesrepublik und 3. Welt

1/83: BRD und 3. Welt



CHILE: Pinochet am Kritik?

2/83: Chile



Generalprobe Grenada

1/84: Generalprobe Grenada

Mit folgenden Beiträgen:
 Grenada und die Bundesregierung ● Operation Grenada – Reagans Generalprobe ● Weg und Krise der grenadinischen Revolution ● Exklusiv-Interview mit Dessima Williams (New Jewel) ● Stimmen zur Grenada-Invasion: Fidel Castro, Tomás Borge, FMLN-Generalkommando ● Deklaration der Grenada-Weltkonferenz von Mexiko ● Aktions- und Materialspiegel
 Umfang: 24-36 Seiten, Preis je 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto; ab 10 Ex. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken).

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen? Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- **das AIB bereits selbst abonniert hat,**
- **einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und**
- **der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.**



Rius
HALLO NICARAGUA
Sach-Comic
143 S., Weltkreis 1983

R. Dhunjibhoy/K. L. Hübener (Hg.)
Unterwanderung.
Die Destabilisierungsstrategie der USA
von Angola bis Nicaragua
190 S., Peter Hammer 1983

**Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1**

**Achtung:
Bestellkarte in der
Heftmitte benutzen!**

Unser aktuelles Buchgeschenk

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1



Bestellliste

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
—	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
—	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
—	Graphikmappe, Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
—	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
—	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
—	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-EI Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
—	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
—	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
—	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
—	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Absender:



Bitte
freimachen

POSTKARTE

Four vertical lines for the recipient's address on the postcard.

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“
mit 15 Plakaten aus dem freien
Nicaragua, DIN A3, alle Plakate
mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadoriani-
schen Künstlers Rafael Cabrera,
5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Ge-
dichten von Neruda, Cardenal,
Vega, DIN A4 Überformat, s/w,
Stück 10,— DM, ab 10 Ex. 8,— DM



Anhänger ASK-Taube aus Silber,
Stück 14,— DM



Ohrhänger ASK-Taube aus Silber,
an Kettchen mit Stecker,
Paar 27,50 DM

Anhänger ASK-Taube aus Ton,
braun oder blau, Stück 5,— DM

Ost-Timor		Luftangriff auf ANC (KI)	1/54	Tschad-Konflikt auf dem 10. Französisch-Afrikanischen Gipfel (KI)	11-12/70
Treffen von Vertretern der FRETILIN mit indonesischer Delegation (KI)	9/54	IMF-Kredite (KI)	1/54		
P. Garcia, Die Wiedergeburt der FRETILIN	10/44	L. Schmitz, Südafrikas Krieg gegen den ANC	2/ 4	Türkei	
		ANC-Stellungnahme zum Anschlag auf das Atomkraftwerk Koeberg	2/ 6	R. Geffken, Die neue Verfassung der Junta	1/42
		Brief aus Lesotho, Im „Kreuzfeuer umgekommen...“	2/ 7	„Hilfe für die Demokraten in der Türkei“ (ID)	2/40
Pakistan		L. Ferreira, Lesotho – Königreich von Pretorias Gnaden?	2/ 8	Türkei-Tribunal (ID)	5/51
Frauenfeindliche Gesetzgebung (KI)	5/66	Y. Dadoo, Krise des Apartheidsystems – Ansporn für die Befreiungskämpfer	2/10	7. FIDEF-Kongreß (ID)	5/65
Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ (KI)	10/49	Südafrikas Wirtschaft in der Krise	2/11	A. Dilan, Nazim Hikmet – Symbol des Widerstands und Internationalismus	6/40
Protestaktionen der MRD (KI)	11-12/71	Solidaritätsprojekt Morogoro	2/12	Türkei-Tribunal (ID)	6/45
		A.S. Minty, Gefahren der militärisch-atomaren Aufrüstung Südafrikas	2/15	Neues Parteiengesetz (KI)	6/47
Palästina		Aktionen für Südafrika (ID)	2/40	Militäroperation gegen Kurden (KI)	7-8/75
W. Burhani, Klarer PLO-Kurs in Alger	4/28	Südafrika-Postkarten und -Ausstellung (ID)	2/40	A. Krajczek, „Freie Wahlen“ der Evren-Junta	9/16
16. Tagung des Palästinensischen Nationalrats, Politische Erklärung	4/30	Südafrika-Aktionskunst (ID)	3/45	Politische Gefangene im Hungerstreik	9/41
W. Burhani, Die Marines greifen ein	11-12/11	AAB-Urteil (ID)	4/44	Buchtips (ID)	9/52
Palästina-Solidarität (ID)	11-12/69	Unterschriftenkampagne gegen Todesurteile (ID)	4/45	60 Jahre türkische Republik (RU)	10/46
		Südafrika-Boykott	5/50	Asylbewerber anerkannt (ID)	11-12/69
		Südafrika-Broschüren (ID)	5/65		
		J. Ostrowsky, Die Militarisierung Südafrikas	6/19	Uruguay	
Paraguay		O. Tambo, Die Aufgaben des ANC 1983	6/27	A. Gonzales, Volksvotum für eine echte Demokratisierung	1/18
Wahlspektakel (KI)	3/47	Bilanz der südafrikanischen Guerilla	6/29	Uruguay-Solidarität	1/19
BRD-Stroessner-Förderer (KI)	9/52	J. Slovo, Den Volkskrieg entwickeln	6/30	Massenkundgebung in Montevideo (KI)	7-8/74
		Pretorias Bemühungen um Bau und Lieferung eines zweiten Atomreaktors durch Frankreich (KI)	6/46	Einschränkungen der Parteienaktivitäten (KI)	9/54
Peru		Pretorias Einsatz von Drogen, Giftgas und „Rassenwaffen“	7-8/19	Erster Nationaler Protesttag (KI)	10/50
Generalstreik (KI)	4/46	R. Flynn, „Vergeltungsschläge“ Südafrikas	7-8/23	A. Gonzales, Das Volk geht auf die Straße	11-12/46
Ausnahmezustand (KI)	7-8/74	Die Hinrichtung der Moroka 3	7-8/24		
		Widerstand der schwarzen Bevölkerung gegen geplante Verfassungsänderung (KI)	9/53	Vietnam	
Philippinen		M. Lapsley, Wie legitim ist der Befreiungskrieg?	10/10	Von wegen chemische Kriegführung (KO)	3/48
R. Werning, Massenwiderstand gegen Marcos' „Normalisierung“	7-8/48	J. Ostrowsky, Widerstand auf breiter Front	10/22	Grenzkonflikt mit China (KI)	6/47
Programm der Nationaldemokratischen Front (NDF)	7-8/49	Deklaration der Vereinigten Demokratischen Front	10/23	Spendenaktion Nähadelfabrik (ID)	10/48
Mitgliedsorganisationen der NDF	7-8/50	Kulturabkommen RSA-BRD kündigen! (ID)	11-12/69	G. Giesenfeld, Vietnam – Testfall der Kriegführung der USA	11-12/18
N. Biver, Der Mord an Aquino – ein Signal	10/42			Kriegsschäden des US-Vietnamkrieges	11-12/22
Auswirkungen des Todes von B. Aquino (KI)	11-12/71			K.R. Fabig, Auswirkungen des chemischen Krieges in Vietnam	11-12/24
				Vo Quy, Ökozid in Südvietnam	11-12/26
				Giftstoffgeschädigte Kriegsveteranen sagen aus	11-12/28
Puerto Rico		Surinam		Materialien zum chemischen Krieg in Vietnam	11-12/29
Reaktivierung des US-Luftwaffenstützpunkts Ramey (KI)	7-8/74	Kampf gegen die Revolutionsregierung (KI)	2/43	Saigon 1963: Das Ende des Ngo Dinh Diem (RU)	11-12/67
		H. Meinke, Abkehr von der „holländischen Demokratie“	10/30		
Saudi Arabien		Surinam-Daten	10/31		
Menschenrechte (KI)	2/41	Gespräch mit Revolutionskommandant Desi Bouterse	10/32	Westsahara	
		Gespräch mit Bildungsminister Glenn Sankatsingh	10/34	Lastwagen für Westsahraouis (ID)	1/52
Senegal				Werkschulen für POLISARIO (ID)	3/45
Wahlen (KI)	4/41			Gespräche Algerien-Marokko über Westsaharfrage (KI)	4/46
		Thailand		9-Punkte-Resolution der OAU (KI)	7-8/75
Singapur		Auflösung des Unterhauses und Neuwahlen (KI)	6/47	Marokko blockiert Referendum (KI)	9/53
Singapur – Reagans trojanisches Pferd	4/ 6				
		Tschad		Zaire	
Sri Lanka		Streit um Tschad-Vertretung für 19. OAU-Gipfel (KI)	1/54	Hilfspolizist Mobutu	10/20
Präsidentchaftswahlen (KI)	1/54	Eskalation des Konflikts (KI)	9/53		
Konflikt Singhalesen-Tamilen (KI)	9/55	N. Biver, Die Ursachen des Tschad-Konflikts	10/14	Zimbabwe	
		Tschad-Daten	10/16	Mugabes Vorgehen gegen ZAPU (KI)	4/47
Südafrika		R. Falk, Die Tschad-Intervention Frankreichs	10/18		
Postkartenaktion gegen Todesurteile (ID)	1/52	Hilfspolizist Mobutu	10/20	Zypern	
				Präsidentchaftswahlen (KI)	4/47

Regionen

Afrika/Südliches Afrika

Der Mord an Amílcar Cabral (RU)	1/51
Südafrikanischer Überfall auf Lesotho (KI)	1/54
L. Schmitz, Südafrikas Krieg gegen den ANC	2/ 4
Brief aus Lesotho, Im „Kreuzfeuer umgekommen...“	2/ 7
A.S. Minty, Gefahren der militärisch-atomaren Aufrüstung Südafrikas	2/15
H. Mayer, Angolas Namibia-Initiative ist gescheitert	5/10
S. Nujoma, Kein Durchbruch in Sicht	5/11
M.A. Rodríguez, Verlauf der angolanisch-südafrikanischen Gespräche	5/12
Die OAU – Traum von der Einheit Afrikas (RU)	5/64
Frontstaatenkonferenz in Lissabon (KI)	5/66
P. Wahl, Washington blockiert eine Krisenlösung	6/17
Pretorias Einsatz von Giftgas und „Rassenwaffen“	7–8/19
R. Flynn, „Vergeltungsschläge“ Südafrikas	7–8/23

Lateinamerika/Mittelamerika/Karibik

Friedensinitiative Mexikos und Venezuelas	1/ 6
Dialogvorschlag der FMLN/FDR	1/10
Koordinierungsgruppe für Flüchtlinge	

in Zentralamerika, 2 Mio auf der Flucht	3/18
I. Klich, Israel, Waffengehilfe der USA in Mittelamerika	3/20
Zur Paprtivsite in Mittelamerika (KO)	4/48
W. Bröner, Reagans Kriegführung bloßgestellt	5/ 4
R. Reagan, So wichtig ist uns Mittelamerika	5/ 5
Deklaration von Managua, Kontinentale Friedenskonferenz vom 21.-23.4.1983	6/ 7
N. Biver, „...dann werden wir unsere Streitkräfte schicken“ (B. Goldwater)	7–8/60
Buchtips zu Mittelamerika (ID)	7–8/73
N. Biver, Der Aufmarsch der USA	9/ 4
10-Punkte-Vorschlag der Contadora	9/ 6
Nikaraguas Verhandlungsangebot	9/ 7
Lateinamerika-Wochen in Wien	9/50
N. Biver, Die US-Kampftuppen richten sich in Honduras ein	11–12/ 8

Indochina

R. Ward, Die revanchistische Allianz China-USA (2)	1/21
Gipfelkonferenz in Vientiane (KI)	4/46
R. Ward, Grenzen der außenpolitischen Korrekturen Chinas (1)	5/59
R. Ward, Grenzen der außenpolitischen Korrekturen Chinas (3)	7–8/52
G. Giesenfeld, Vietnam – Testfall der US-Kriegführung	11–12/18

Mittlerer Osten/Indischer Ozean

W. Bröner, Krisenzentrum Persischer Golf. Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagan-Administration (2)	1/35
Aus dem Leitlinien-Dokument des Pentagon	1/37

Naher Osten/Arabischer Raum

Friedenspläne (KI)	1/54
M. Helminen, Das Zerstörungswerk der Israelis	2/26
F. Arafat, Israels Krieg gegen unser Volk	2/26
Hussein in Washington (KI)	2/41
K.D. Fischer, Neue Erkenntnisse über Israels Kriegsverbrechen im Libanon	5/14
Schlußfolgerungen der Internationalen Untersuchungskommission	5/15
L. Lübber-Pistofidis, 35 Jahre Israel – im Zeichen der Eroberungen	5/53
Gespräche Arafat-Hussein (KI)	5/66
Suche nach einer Verhandlungslösung (KI)	6/47
W. Bröner, Das Diktat von Khalde	7–8/30
Libanesisch-israelisches Abkommen vom 17.5.1983	7–8/31
Memorandum der libanesischen Opposition zum Abkommen	7–8/33
W. Burhani, Die Marines greifen ein	11–12/11

Stichworte

Arbeiterbewegung

Karl Marx und die Dritte Welt (RU)	3/43
20 Jahre „Polemik über die Generallinie (RU)“	6/42

Ausländerpolitik

Ratgeber zum Asylverfahrensgesetz (ID)	1/52
Empfehlungen der Kommission Ausländerpolitik (ID)	4/44
Der Fall Gohari (ID)	7–8/72
Der Fall Altun (KO)	10/52
UNO contra Zimmermann (ID)	11–12/69
Asylbewerber anerkannt (ID)	11–12/69

BRD-Entwicklungspolitik-Dritte Welt

Testfälle vor der Bonner Märzwahl (AA)	2/ 3
Wahlprüfsteine 1983 zur Entwicklungspolitik	3/42
Strauß bei Marcos (ID)	3/45
Bonn auf Konfrontationskurs gegen die Dritte Welt (AA)	4/ 3
Antworten auf die Wahlprüfsteine (ID)	4/45
Sonderheft 1/83: Bundesrepublik und 3. Welt	5/17
R. Falk, Bilanz der Entwicklungspolitik der sozialliberalen Koalition	5/19
Neokolonialistische Weltmacht BRD – Übersicht	5/22
R. Falk, die Dritte-Welt-Konzeption der Rechtskoalition Kohl/Genscher	5/26
Aus der Regierungserklärung vom	

13.10.1982	5/27
CDU-Grundsatzprogramm zur Entwicklungspolitik	5/27
Wörner über NATO-Aufgaben in der Dritten Welt	5/28
CDU/CSU über Rüstungsexport	5/28
Warnke über Vergabekriterien	5/29
Staatssekretär Köhler über die Neue Weltwirtschaftsordnung	5/30
Strauß über Demokratie in der Dritten Welt	5/31
CDU/CSU über China, Afghanistan und Nahost	5/38
CDU/CSU-Afrikapolitik	5/38
N. Biver, Vormarsch der bundesdeutschen Konzerne in der Dritten Welt	5/40
Das Beispiel der Pharmakonzerne	5/42
W. Geisler, Die stetige Ausweitung der BRD-Rüstungsexporte	5/45
Alternativen zur herrschenden Entwicklungspolitik	5/48
Aktions- und Materialspiegel	5/50
Symposium „Umweltgerechte Entwicklungspolitik“	6/43
Die Bonner Wende schreitet voran (AA)	9/ 3
G. Stuby, Das Symbol Chile und wir	9/32
Das Verhältnis BRD-Chile	9/34
H.O. Vetter, Das Lehrstück Chile	9/36
D. Schulze-Marmeling, Die NATO-Interventionsstrategie und der Part der BRD	9/42
Broschüre zum Rüstungsexport (ID)	9/52
Schwarzbuch Hamburg-Dritte Welt (ID)	9/52
BRD-Rüstungsexporte (ID)	10/48
BMZ-Delegation in Namibia (KI)	10/49
Kulturabkommen kündigen! (ID)	11–12/69
Helmut Kohl auf Nahost-Trip (KO)	11–12/72

Entwicklungsländer/Neue Weltwirtschaftsordnung

Apropos Seerecht (KO)	1/56
H. Mayer, Von der Reform zur Krisenkur. Zum 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission	4/38
Wichtige Vorschläge des 2. Nord-Süd-Berichts	4/39
R. Falk, UNCTAD VI und die Verschuldungskrise	6/32
P. Garcia, Informationsordnung: Das Variété der Manipulationen	9/48
R. Falk, Zur Washingtoner Tagung von IMF und Weltbank	11–12/63
Verhandlungen über Lomé III (KI)	11–12/71

Frankreich – Dritte Welt

2. Atomreaktor für Südafrika? (KI)	6/46
R. Falk, Die Tschad-Intervention Frankreichs	10/18

Internationale Organisationen und Konferenzen

IMF	
Mrd-Kredit für Südafrika (KI)	1/54
A.Makhijani, Indira Gandhis freiwillige Schuldenfalle	4/17
R. Falk, Zur Washingtoner Jahrestagung von IMF und Weltbank	11–12/63

Nichtpaktgebunde		M. Lapsley, Wie legitim ist der Befreiungskrieg? Das Beispiel Südafrika	10/10	N. Biver, Der Aufmarsch der USA in Mittelamerika	9/ 4
Vor dem Delhi-Gipfel (AA)	3/ 3	Bewaffneter Widerstand und Völkerrecht	10/12	W. Brönnner, Regionalkonflikte und Weltkriegsgefahr	10/ 4
Deklaration von Managua	3/ 6	Die FMLN/FDR zu Gewalt und Frieden	10/13	Atomkriegspläne und -drohungen in Serie	10/ 6
R. Falk, Der 7. Gipfel von Delhi	4/ 4	W. Brönnner, „Air Land Battle“. Auf zum atomar-chemischen Präventivkrieg! (1)	11-12/ 4	Zum Beispiel Korea	10/ 7
Die 101 Mitgliedsländer	4/ 5	„Air Land Battle 2000“	11-12/ 6	Reagans Feuerprobe auf Grenada (AA)	11-12/ 3
Singapur – Reagans trojanisches Pferd	4/ 6	K.R. Fabig, Auswirkungen des chemischen Krieges in Vietnam	11-12/24	W. Brönnner, „Air Land Battle“. Auf zum atomar-chemischen Präventivkrieg! (1)	11-12/ 4
Aus der Politischen Deklaration von Delhi	4/ 7	Ökozid in Südvietnam	11-12/26	„Air Land Battle 2000“	11-12/ 6
Rede Indira Gandhis	4/ 8	Giftstoffgeschädigte Kriegsveteranen sagen aus	11-12/28	N. Biver, Die US-Kampftruppen richten sich in Honduras ein	11-12/ 8
Aus der Politischen Deklaration von Delhi	4/ 7	Wettrüsten und Entwicklungsländer	11-12/30	W. Burhani, Die Marines greifen im Libanon ein	11-12/11
Rede Indira Gandhis	4/ 8	M.T. Klare, Reagan weltweites Superrüstungs-Programm	11-12/32	G. Giesenfeld, Vietnam – Testfall der US-Kriegführung	11-12/18
Appell des Delhi-Gipfels	4/10	Herbstaktionen und Dritte Welt	11-12/66	M.T. Klare, Reagans weltweites Superrüstungs-Programm	11-12/33
EAU		Kultur		Regierung Grenadas, Reagans faktische Kriegserklärung	5/ 6
Die OAU – Traum von der Einheit Afrikas (RU)	5/64	J. Weber, Nobelpreisträger G. Garcia Marquez	1/48	P. Wahl, Washington blockiert eine Krisenlösung im Südlichen Afrika	6/17
19. Gipfelkonferenz (KI)	7-8/75	J. Weber, „Yol“ – der rebellische Weg des Yilmaz Güney	3/40	Aus Reagans Aufrüstungsprogramm	7-8/ 5
OPEC		Mahatma Gandhi im Film	4/42	Ch. Paine, Die Eingreiftruppe – Eckpfeiler im Atomkriegsplan	Reagans
Einheitlicher Ölpreis in Frage gestellt (KI)	3/47	L. Schmitz, Südafrikanische Musiker im Befreiungskampf	5/61	Reagans	7-8/ 9
Einigung über Ölpreis und Förderquoten (KI)	4/47	A. Dilan, Nazim Hikmet – Symbol des Widerstands und des Internationalismus	6/40	P. Garcia, Wer plant den biologischen Krieg?	7-8/16
UNCTAD		Religion/Kirchen			
R. Falk, UNCTAD VI und die Verschuldungskrise	6/32	Zur Papstvisite in Mittelamerika (KO)		4/48	
Sonstige		Solidaritätsbewegung			
Kontinentale Friedenskonferenz vom 21.-23.4.1983 in Managua (Deklaration)	6/ 6	Infodienst (Kurzmeldungen und Hinweise zur Solidaritätsbewegung in jedem Heft)			
Erklärung der Lissaboner Solidaritätskonferenz mit den Frontstaaten	6/18	W. Brönnner, Neue Akzente auf dem 6. BUKO	1/46	A.G. Martinez, Die geheimen Kerker El Salvadors	1/51
Krieg und Frieden (Friedensbewegung)		Solidaritätsprojekt Morogoro	2/12	W. Brönnner/H.J. Nieth, Der Kampf um El Salvador	1/51
1983 – Jahr der Raketenstationierung? (AA)	1/ 3	Die Gesellschaft für bedrohte Völker und der „Eurozentrismus“ (KO)	2/44	A. Frangi, PLO und Palästina	2/39
Aus dem Leitliniendokument des Pentagon	1/37	A.I. Bresche, „Dritte Welt und Frieden“	4/40	H. Lebrecht, Die Palästinenser	2/39
A.S. Minty, Gefahren der militärisch-atomaren Aufrüstung Südafrikas	2/15	Aufruf zum Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika	5/68	A. Babing/H.D. Bräuer, Fanal am Kap	3/44
Bush-Besuch in der BRD (ID)	3/45	Auspalavert (KO)	6/48	L. Callinicos, Gold in Südafrika	3/44
Von wegen chemische Kriegführung (KO)	3/48	R. Falk, Frieden und Befreiung. Zur Diskussion auf dem 7. BUKO	7-8/67	AKAFRIK/DEAE (Hrsg.), Südafrika-Handbuch	3/44
A.I. Bresche, „Dritte Welt und Frieden“	4/40	Es ist an der Zeit! (Aufruf)	7-8/69	A. Ibrahim Dollar Brand, South African Sunshine	5/63
Thesen von K.D. Bredthauer	4/41	Auf Distanz zur salvadorianischen FMLN/FDR? (KO)	7-8/76	Manfred Mann's Earth Band, Somewhere in Africa	5/63
Weiter beitragen zum Friedensmarsch (AA)	5/ 3	Abschlußerklärung des Münsteraner Chile-Kongresses	9/38	Soweto	5/63
Mit Nikaragua den Frieden verteidigen (AA)	6/ 3	Internationales Sommerlager	9/39	D. Boris/R. Rausch (Hrsg.), Zentralamerika	7-8/72
Deklaration von Managua	6/ 6	Salvador Allende	9/50	R.L. Andino/D. Mies/R. Schmidt, Revolution in Mittelamerika	7-8/72
Keine neuen Atomraketen in unser Land! (Aufruf)	6/44	Lateinamerika-Wochen in Wien	9/50	M. Kidron/R. Segal, Hunger und Waffen	9/51
3. Aktionskonferenz (ID)	6/45	Herbstaktionen und Dritte Welt	11-12/66	H. Wulf (Hrsg.), Aufrüstung und Unterentwicklung	10/47
Die Raketenstationierung vor dem Finale (AA)	7-8/ 3	USA und Dritte Welt		F. Castro, The Economic and Social Crisis	10/47
W. Rätz/E. Thölke-Sommer, Ein einziger Kampf für weniger Gewalt. Die neuen Mittelstreckenraketen und die Dritte Welt	7-8/ 4	N. Biver, Von der stillen zur offenen Invasion	1/ 4	R. Rey, 10 Jahre Grausamkeit	11-12/68
Aus Reagans Aufrüstungsprogramm	7-8/ 5	R. Ward, Die revanchistische Allianz China-USA (2)	1/21	R. Körner, Chile. Nach 10 Jahren Pinochet	11-12/68
Ch. Paine, Die Eingreiftruppe – Eckpfeiler im Atomkriegsplan	7-8/ 9	W. Brönnner, Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagan-Administration (2)	1/35	W. Huisman, Dieser Augenblick rückt näher	11-12/68
Washingtons	7-8/ 9	Aus dem Leitliniendokument des Pentagon	1/37		
P. Garcia, Wer plant den biologischen Krieg?	7-8/16	US-Balkanisierungsplan gegen Indien	4/15		
R. Falk, Frieden und Befreiung. Zur Diskussion auf dem 7. BUKO	7-8/67	Vor 15 Jahren starb M.L. King (RU)	4/43		
Es ist an der Zeit! (Aufruf)	7-8/69	W. Brönnner, Reagans Kriegführung bloßgestellt	5/ 4		
D. Schulze-Marmeling, Die NATO-Interventionsstrategie und der Part der BRD	9/42	R. Reagan, So wichtig ist uns Mittelamerika	5/ 5		
Friedensbewegung nach Krefeld (ID)	9/52				
Die Friedensbewegung im „heißen Herbst“ (AA)	10/ 3				
W. Brönnner, Regionalkonflikte und Weltkriegsgefahr	10/ 4				
Atomkriegspläne und -drohungen in Serie	10/ 6				
A.A. Guha, Ende, Aus dem fiktiven Tagebuch des 3. Weltkrieges	10/ 9				

Rezensionen

A.G. Martinez, Die geheimen Kerker El Salvadors	1/51
W. Brönnner/H.J. Nieth, Der Kampf um El Salvador	1/51
A. Frangi, PLO und Palästina	2/39
H. Lebrecht, Die Palästinenser	2/39
A. Babing/H.D. Bräuer, Fanal am Kap	3/44
L. Callinicos, Gold in Südafrika	3/44
AKAFRIK/DEAE (Hrsg.), Südafrika-Handbuch	3/44
A. Ibrahim Dollar Brand, South African Sunshine	5/63
Manfred Mann's Earth Band, Somewhere in Africa	5/63
Soweto	5/63
D. Boris/R. Rausch (Hrsg.), Zentralamerika	7-8/72
R.L. Andino/D. Mies/R. Schmidt, Revolution in Mittelamerika	7-8/72
M. Kidron/R. Segal, Hunger und Waffen	9/51
H. Wulf (Hrsg.), Aufrüstung und Unterentwicklung	10/47
F. Castro, The Economic and Social Crisis	10/47
R. Rey, 10 Jahre Grausamkeit	11-12/68
R. Körner, Chile. Nach 10 Jahren Pinochet	11-12/68
W. Huisman, Dieser Augenblick rückt näher	11-12/68

Vergriffene Hefte

Vergriffen und nicht mehr lieferbar (Stand Dezember 1988) sind folgende AIB-Ausgaben:

Alle Hefte vor 1977
 1977: Nr. 3, 5, 6, 8, 9
 1978: Nr. 3, 7-8, 9, 10, 11-12
 1979: Nr. 1, 2, 4, 6
 1980: Nr. 2, 4
 1981: Nr. 2, 3, 9, 11-12
 1982: Nr. 5, Sonderheft 2/1982

GUATEMALA ÜBER 1 MILLION FLÜCHTLINGE IM LANDESINNERN ANHALTENDE MILITÄRISCHE REPRESSION



Nach Aussagen der Menschenrechtsorganisation Justicia y Paz sterben in Guatemala gegenwärtig mehr Menschen an Hunger und Mangelkrankungen als durch die Massaker der Regierung Rios Montt (15.000 Tote unter der Zivilbevölkerung)

UNSERE DIREKTE HILFE STÄRKT DEN WIDERSTAND DES GUATEMALTEKISCHEN VOLKES

Die Informationsstelle Guatemala e.V. als zentrale Koordination der Guatemala-Komitees in der Bundesrepublik unterstützt auf Bitten kirchlicher und politischer Organisationen in Guatemala Projekte von Selbsthilfegruppen der Flüchtlinge vor Ort. (Auf Wunsch versenden wir nähere Projektbeschreibungen und Hintergrundinformationen.)

Helfen Sie mit durch Spenden unter dem Stichwort "Nothilfeprojekt"

Informationsstelle Guatemala e.V.
Maistr. 29 8000 München 2
Tel.: 089-536625

SPENDENKONTEN

Konto-Nr. 2081 59-802 PSchA München
Konto-Nr. 6530298408 Hypobank München
(Spenden sind steuerlich absetzbar)

Lesen macht stark

HALLO NICARAGUA
RIUS
SACH-COMIC
144 SEITEN, 12,80 DM

Wolfram Bröner Horst-Eckart Gross
EL SALVADOR
die unsichtbare Front
WOLFRAM BRÖNNER
HORST-ECKART GROSS (HG.)
**EL SALVADOR – DIE
UNSICHTBARE FRONT**
AUFZEICHNUNGEN AUS EINEM
MÖRDERISCHEN KRIEG
SACHBUCH, 176 SEITEN,
ILLUSTRIERT, 9,80 DM

WOLFGANG ALBRECHT
BARBARA HOFFMANN
**KALTER WIND AM
BOSPORUS**
REISE IN EINE UNBEKANNTE
TÜRKEI
SACHBUCH, 200 SEITEN,
ILLUSTRIERT, 9,80 DM

CHE
KLAUS-PETER WOLF
HORST-ECKART GROSS
CHE – MEINE TRÄUME
KENNEN KEINE GRENZEN
DOKUMENTARISCH-
BIOGRAFISCHER ROMAN
224 SEITEN, 12,80 DM

Im Buchhandel erhältlich

Postfach 789
46 Dortmund

WELTKREIS

Nima Mina

Rückkehr zur „freien Wirtschaft“ im islamischen Gewand

Vor 5 Jahren am 11. Februar 1979 siegte im Iran der Volksaufstand gegen das Schah-Regime. Seitdem hat sich unter islamischen Vorzeichen ein Veränderungsprozeß vollzogen, der in mehreren Beiträgen bilanziert werden soll. Wir beginnen mit einer Untersuchung der Wirtschaftspolitik des iranischen Regimes. Einschätzungen zur Innenpolitik, zur Lage der Opposition und zu den Auswirkungen des Krieges gegen den Irak sollen folgen.

Am 6. Dezember 1983 begannen vor einem Teheraner Militärgericht mehrere Prozesse gegen Offiziere der iranischen Armee und einige Aktivisten der Tudeh Partei des Iran (TPI).

Unter den Angeklagten, die der Spionage für die Sowjetunion angeklagt sind, befinden sich der Oberbefehlshaber der iranischen Marine, Bahram Afzali, sowie mehrere hochrangige Offiziere der Luftwaffe. Nach einer offiziellen Erklärung des Generalrevolutionsstaatsanwaltes Tabrizi sollen im Zusammenhang mit dem Verbot der TPI vom 4. Mai 1983 insgesamt 11.000 TPI-Mitglieder und -Sympathisanten, davon die Hälfte Armeeangehörige, verhaftet worden sein.

Die Schauprozesse, die nach einer Aussage des Direktors des Teheraner Ewing-Gefängnisses mit Todesurteilen für sämtliche Sympathisanten der TPI enden können, wurden durch eine monatelange Kampagne vorbereitet. TPI-Mitglieder, die bis zu 25 Jahre in den Gefängnissen des Schah-Regimes verbracht hatten, wurden unter der Folter gezwungen, sich im iranischen Fernsehen selbst als „Spione“ und „Landesverräter“ zu bezichtigen.

Ziel dieser Unterdrückungsmaßnahmen ist jedoch nicht nur die Zerschlagung der TPI, sondern auch die Einschüchterung aller Kräfte, die sich einer weiteren Rechtsentwicklung (siehe auch: AIB 4/83, S. 32-34) entgegenstellen. Moslemische Kräfte, die auf der Einhaltung der Verfassung beharren, sich für eine Bodenreform, die Verstaatlichung des Außenhandels und Gewerkschaftsfreiheit einsetzen, werden der Tudeh-Mitgliedschaft bezichtigt, ebenfalls verhaftet oder entlassen.

Mittlerweile haben sich im gesamten

Staatsapparat die Großgrundbesitzer, die Handelsunternehmer oder ihre Vertreter durchgesetzt.

Bereits Anfang 1983 wurden beispielsweise die beiden Inhaber der größten Handelsunternehmen des Teheraner Bazars und Mitbegründer einer sog. Islamischen Eisen-Genossenschaft (Kartell der größten Unternehmer dieser Branche) neben 29 Personen vom gleichen Schlage in den Zentralrat der regierenden Islamisch-Republikanischen Partei (IRP) gewählt. Beide waren bereits im Herbst 1982 als Spitzenkandidaten der IRP in Teheran bei Zwischenwahlen ins Islamische Parlament gekommen.

Ihnen wurde im April 1983 vom progressiven Parlamentarier Foad Karimi in über 400 Fällen Mißbrauch ihres Abgeordnetenstatus zur Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe vorgeworfen. Sie wurden allerdings von der Mehrheit des Parlaments in ihrem Amt bestätigt und drohten vor der gesamten Presse und dem Rundfunk F. Karimi für seine Enthüllungen mit „existentiellen Konsequenzen“.¹

Tilgung der Bodenreformansätze

Nachdem der 1982 gewählte Wächterrät, der über die Einhaltung der Verfassung wachen soll, die Durchsetzung der Verfassungsgrundsätze zur Bodenreform endgültig verhindert hatte, waren die meisten Großgrundbesitzer ermutigt worden, wieder „heimzukehren“ und ihren „Besitz“ zurückzufordern.

Unter der Schirmherrschaft der Pasdaran (Wächter der Revolution), der Gendarmerie und der administrativen Organe der Islamischen Republik fingen sie an, die ersten Ansätze der Bodenreform

rückgängig zu machen. Selbst die zensierte iranische Presse ist gezwungen, darüber zu berichten:

„In Bodjnurd bildeten die heimgekehrten Großgrundbesitzer einen regionalen Koordinationsausschuß dessen bewaffnete Banditen in der ganzen Provinz mehrere Ernten in Brand steckten und einen Bauern öffentlich aufhängten.“²

„Täglich kommen bei Auseinandersetzungen um den Boden 20-25 Menschen ums Leben.“³

„Die Konsequenz daraus ist, daß viele Bauernfamilien die ständige Bedrohung ihres Lebens durch die Banditen nicht aushalten und in die Städte ziehen.“⁴

Dies ist jedoch auch durch die Lebensbedingungen auf dem Land bedingt, die wegen „des katastrophalen Gesundheits-, Bildungs- und Versorgungssystems unerträglich (sind), so daß viele das elende Leben in den Slums am Stadtrand Teherans vorziehen“.⁵

Die wirtschaftliche Krisensituation – 400% Inflation, 6 Mio Arbeitslose – hat jedoch auch die Lage der Arbeiter und Angestellten verschimmert.

Sämtliche unabhängige Gewerkschaften und sogar das Versammlungsrecht der Arbeiter sind, im Gegensatz zu Artikel 26 der Verfassung, verboten bzw. zurückgenommen worden. Gleichzeitig haben Unternehmerorganisationen wie die schon erwähnte „Islamische Eisengenossenschaft...“ völlige Bewegungsfreiheit.⁶ Der vor kurzem veröffentlichte Fünfjahresplan der Regierung zeigt in aller Deutlichkeit den Willen, den Iran endgültig auf den kapitalistischen Entwicklungsweg festzulegen.

Er sieht für den Privatsektor Investitionen vor, die sogar die zur Zeit des Schah-Regimes vorgenommenen übertreffen. Die Investitionen in der Landwirtschaft sollen beispielsweise zu 62% und die in der Industrie zu 49% – unter dem Schah maximal 45% – von privaten iranischen und „nichtiranischen“ Unternehmen getätigt werden.

In diesem Punkt verstößt die Regierung mit völliger Absicht gegen den Artikel 44

der eigenen Verfassung, der die „deutliche Dominanz des staatlichen Sektors in allen Bereichen der Wirtschaft“ vorschreibt. Der Parlamentsvorsitzende Haschemi Rafsandjani sagt dazu: „Der Privatsektor muß weiter aktiviert werden... Er muß im Mittelpunkt unserer Wirtschaft stehen... Die Unternehmungsfreiheit ist einer unserer vorrangigsten Grundsätze.“⁷

Rahmatollah Khosrawie, Chef der staatlichen Wohnungsbaubehörde, meint ähnlich offen: „Der Staat hat nur die Aufgabe, die Investitionsfreude des Volkes zu vergrößern... Die Erfahrung zeigt, daß das Volk der beste Unternehmer (ist) ... und daß der Staat am besten nur beobachten und unterstützen kann.“⁸ Die indirekten Steuereinnahmen der Regierung sollen verdoppelt werden. Davon sind in erster Linie die Lohnabhängigen betroffen. Dagegen wird der Privatsektor, dessen iranischer Teil in den letzten 5 Jahren – nach Aussagen des Parlamentsabgeordneten Nadi vom 9.12.1983 – einen Reingewinn von umgerechnet 150 Mrd DM gemacht hat, mit nur 6% für einen verschwindend kleinen Teil der Steuereinnahmen der Regierung aufkommen müssen. Soweit war selbst das Schah-Regime nicht gegangen.

Der Fünfjahresplan der Islamischen Republik wurde wegen seiner „Wagnisse“, die die letzten Zeichen der Revolution endgültig aus der Welt schaffen sollen, von den imperialistischen Ländern mit Begeisterung aufgenommen. Der japanische Außenminister, der sich im Juli/August 1983 im Iran aufhielt, sprach z.B. „seine persönliche Anerkennung für den Fünfjahresplan ... aus und erklärte die Bereitschaft Japans, die Ausführung des Planes und die weitere positive Entwicklung der iranischen Wirtschaft mit allen Kräften zu unterstützen“.⁹

„Öffnung zur freien Welt“

Die iranische Regierung ist folgerichtig in den letzten Monaten krampfhaft darum bemüht, ihre Außenwirtschaftsbeziehungen zu den Westmächten zu verstärken.

Die Staatschefs der USA, Westeuropas und Japans stellten auf ihrem Wirtschaftsgipfel Mitte 1983 in Williamsburg in der Außenpolitik der Islamischen Republik, die lange gegen die USA gerichtet war, eine „erfreuliche Öffnung zur freien Welt“ fest und beschlossen, das grüne Licht des Iran „entsprechend zu erwidern“.

Dazu meint Jonny Walker, stellvertretender USA-Finanzminister: „Der Iran ist mit aller Kraft dabei, sein international durch die Geisellaffäre verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.“¹⁰

Bereits im Jahr 1983 hatten offizielle



Vertreter des Iran erklärt, daß die Politik des „Weder Ost noch West“ sich nicht auf den Außenhandel beziehen würde. Allerdings wurden dabei noch Einschränkungen gemacht: „Wir halten uns nur von jenen fern, die unser Land infiltrieren und ausbeuten wollen. Wir handeln zuerst mit islamischen und nicht-paktgebundenen Ländern und für unsere eigene Selbstversorgung. Dann handeln wir mit andern, mit Ausnahme von jenen, die wir für 'verboten' erklärt haben – Israel, Südafrika und die USA.“¹¹

Die reale Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu den imperialistischen Staaten beweist jedoch, daß es mit diesen Prinzipien nicht weit her ist.

Bereits 1982 stand die weder nichtpaktgebundene noch islamische Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von 13% an den iranischen Importen an erster Stelle.¹² In den ersten 10 Monaten des Jahres 1983 stieg ihre Ausfuhr in den Iran um 143,3% auf 6,2 Mrd DM an.¹³

„Für das ganze Jahr 1983 wird ein größerer Erfolg erwartet als im besten Jahr zu Schahs Zeiten.“¹⁴ Zu den wichtigsten Aufträgen, die an bundesdeutsche Konzerne gingen, gehört die Fertigstellung von zwei Atomkraftwerken durch die KWU. Ihr Bau war nach der Revolution eingestellt worden, da sie als von geringem Nutzen für den Iran eingestuft worden waren.

Bei den Wirtschaftsbeziehungen zu den USA zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Die Exporte des Iran in die USA hatten sich in den ersten 10 Mona-

ten des Jahres 1983 mit einem Wert von 932 Mio Dollar im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verdreifacht. Die US-Regierung gestand dem Iran die Meistbegünstigungsklausel zu, so daß alle iranischen Waren mit den niedrigsten Zöllen eingeführt werden können.

Um wieder besser ins Geschäft zu kommen, hatte der Iran 419,5 Mio Dollar an die Regierung der USA überwiesen und damit die Schulden des Schah-Regimes fast vollständig getilgt.¹⁵

Kathleen Keim, Iran-Expertin im Washingtoner Außenhandelsministerium, erklärte kürzlich, daß auf Wunsch des Iran der Großteil des Handels zwischen beiden Ländern über Drittländer



abgewickelt werde. Das Volumen dieses indirekten Handels sei mindestens genauso groß wie das in den offiziellen Statistiken ausgewiesene.¹⁶

Über Drittländer werden bereits seit 1981 Waffengeschäfte mit den USA getätigt. Dazu gehört z.B. die Anschaffung von 200 Sidewinder-Luft-Luft-Raketen. Dieser Kauf wurde über das geheime Büro der iranischen Luftwaffe im Londoner Westend-Viertel Kensington geregelt. Als Zwischenhändler bei diesen Waffengeschäften sind in der Regel Israel und Südkorea tätig.¹⁷ Israel verkauft jedoch auch selbst Waffen an den Iran, die entweder aus eigenen Beständen stammen oder erbeutet wurden.

Umfangreiche Beziehungen, nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf politischer, militärischer und Geheimdienstebene, unterhält der Iran zum NATO-Mitglied Türkei und zum US-Verbündeten Pakistan.

Über die Türkei wird ein Großteil des Außenhandels mit den USA abgewickelt. Iranische Linksoptionelle, die in die Türkei geflohen sind, werden prompt an das iranische Regime ausgeliefert. Dem bankrotten pakistanischen Regime griff Teheran unter die Arme, indem es die fällige Rückzahlung eines 580 Mio Dollar Kredits aus der Schahzeit aussetzte.

Viele ausländische Konzerne, die nach der Revolution von 1979 aus dem Iran hinausgejagt worden waren, sind heute über ihre Tochtergesellschaften wieder in das Iran-Geschäft eingestiegen. Ein Beispiel hierfür ist der US-Konzern M.W. Kellogg, der über die türkische Firma ITM einen Reparatur-Auftrag für die im Krieg total zerstörte Erdgasraffinerie in Abadan bekam.¹⁸

Andere ausländische Unternehmen beteiligen sich direkt an der Ausbeutung des Iran. So erhielt die japanische Mitsui-Gruppe den Auftrag, ein petrochemisches Werk in Bandar Khomeini für 3,5

Mrd DM fertigzustellen. Obwohl ausländische Konzerne nach Artikel 81 der Verfassung keine Anteile an iranischen Unternehmen erwerben dürfen, wurde dem japanischen Unternehmen eine Beteiligung von 50% zugestanden.

Ahmad Mortazawi, Direktor der Investitionsabteilung der Planungsbehörde, gab zu, daß derzeit „180 aktive Firmen mit ausländischem Kapital im Iran“ arbeiten.¹⁹

Erdöl für Südafrika

Bei ihrer außenpolitischen Umorientierung schreckt die iranische Regierung nicht davor zurück, Wirtschaftsbeziehungen auch zu international geächteten Regimes aufzunehmen.

Obwohl der Iran offiziell am Boykott gegen das südafrikanische Apartheidregime teilnimmt und sich vor der UNO sogar als „Vertreter der entrechteten afroamerikanischen Minderheit in den USA“ aufspielt, gibt es eindeutige Belege dafür, daß er wieder Handel mit Südafrika treibt.

Das Verzeichnis der internationalen Schiffsbewegungen „Lloyd's List“ (London) veröffentlichte in letzter Zeit wiederholt Informationen über Handelschiffverkehr zwischen dem iranischen Hafen Bandar-Abas und dem südafrikanischen Hafen Durban. Die in Kalkutta erscheinende Tageszeitung The Telegraph veröffentlichte am 18.9.1983 einen Bericht über den Öltanker „Wind Enterpriser“, der 50.000 t iranisches Rohöl nach Südafrika transportierte.²⁰ Zahlreiche andere Fakten über die Außenpolitik der Islamischen Republik weisen in dieselbe Richtung. Nachdem die Regierung Ghaddafi vor kurzem die iranische Regierung vor der Verfolgung der Tudeh Partei und anderer antiimperialistischer Kräfte des Iran gewarnt hatte, versuchte Teheran die diplomatischen Beziehungen zu Libyen unter dem Vorwand der Einmischung Ghaddafis in die inneren Angelegenheiten des Landes einseitig abzubrechen.

Die Beziehungen des Iran zu seinen einstigen Verbündeten Algerien, Südjemen, Syrien, – also zu den Mitgliedern der arabischen Standhaftigkeitsfront – sind heute nur noch formaler Natur.

Ebenso ist die iranische Regierung in letzter Zeit, parallel zur Hinwendung zum imperialistischen Lager, dabei, ihre Beziehungen zu den sozialistischen Ländern auf allen Ebenen abzubrechen. Im Mai 1983 wurden 18 sowjetische Diplomaten mit dem Vorwurf, gegen das iranische Regime spioniert zu haben, des Landes verwiesen. Vor kurzem wurde das iranisch-sowjetische Transitabkommen auf einseitigen Beschluß der iranischen Regierung hin annulliert.

Während der Besetzung der US-Botschaft (1979/80) und des US-Handelsboykotts gegen den Iran konnte die Islamische Republik sich u.a. deshalb über Wasser halten, weil auf der Grundlage des Transitabkommens 90% des iranischen Imports über die Sowjetunion zur iranischen Zollstation Djolfa transportiert wurde.

Mit ihrer jetzigen Haltung bringt das iranische Regime seine Bereitschaft zum Ausdruck, sich wieder in den Rahmen des Reagan'schen „internationalen Kreuzzuges gegen den Weltkommunismus“ einzuordnen. Diesbezüglich unterscheidet sich die Wortwahl der Herrschenden in Teheran jedenfalls nicht mehr von der der Reagan-Administration. Der Teheraner Generalstaatsanwalt spricht zum Beispiel von der Sowjetunion als dem „Zentrum des Bösen, dem man den Kopf abhacken sollte“.²¹

In Anbetracht der dargelegten Fakten über die Orientierung des Iran in den internationalen Beziehungen ist es mehr als ein schlechter Witz, daß die Islamische Republik weiterhin an ihrer Leitlösung „Weder Ost noch West“ festhält. Der Vertreter des Siemens-Konzerns auf der Teheraner Messe vom September 1983 stellte dazu mit Genugtuung fest: „Man kann sie ab und zu noch als Schmuck auf irgendwelchen Mauern der iranischen Städte sehen!“

Anmerkungen:

- 1) Siehe: Keyhan und Ettela'at, Teheran, 15.4.1983
- 2) Ettela'at, 25.6.1983
- 3) Ettela'at, 20.6.1983
- 4) Keyhan, 3.9.1983
- 5) Keyhan, 6.12.1983
- 6) Erklärung der (verbotenen) Näher und Schuster-Syndikate aus dem Untergrund, 26.8.1983
- 7) Keyhan, 31.11.1983
- 8) Interview mit der iranischen Nachrichtenagentur IRNA, zit. nach: Peyk-e-Kar, Rom, 18.11.1983
- 9) Keyhan, 8.8.1983
- 10) Zit. nach: Republica, Rom, 25.8.1983
- 11) The Middle East, London, Nr. 107/September 1983, S. 14
- 12) Siehe: Bericht über die Außenhandelsbeziehungen der Islamischen Republik Iran, in der Zeitschrift der National Westminster Bank, London, Februar 1983
- 13) Vgl. Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Nr. 12/Dezember 1983
- 14) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 29.11.1983
- 15) Siehe die Kurzmeldung der Export-Import-Bank der USA in: Financial Times, London, 24.8.1983
- 16) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 26.12.1983
- 17) Siehe: FAZ, 23.11.1983; Liberation, Paris, 10.7.1983; Time, New York, 25.7.1983
- 18) Nach: The Middle East, Nr. 96/Okttober 1982, S. 10
- 19) Sobh-e-Azadegan, Teheran, 29.7.1983
- 20) Siehe: Modjahed. Zeitschrift der Volksmodjahedin des Iran, Paris, 24.11.1983
- 21) Keyhan und Ettela'at, 18.9.1983



Ivesa Lübben-Pistofidis/Alexandros Pistofidis

Die Separatrepublik und die Wurzeln des Zypernkonflikts



Eines der griechischen Flüchtlingslager (l.); Demarkationslinie bei Dherynia



Die einseitige Unabhängigkeitserklärung einer „Bananen“republik in Nordzypern fällt den verstärkten Bemühungen von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar um ein Gipfeltreffen zwischen Zyperns Präsident Spyros Kyprianou und dem türkisch-zypriotischen Führer Rauf Denktasch in den Rücken.

Es ist wohl kaum ein Zufall, daß die „Türkische Republik Nordzypern“ am 15. November 1983 nur „einige Stunden nach der Unterzeichnung eines Abkommens über eine US-Hilfe an die Türkei im Umfang von ca. 1 Mrd Dollar“¹ proklamiert wurde.

„Unbeteiligte“: Türkei, USA

Die Regierung in Ankara tat allerdings so, als hätte sie mit der Sache überhaupt nichts zu tun: „Wir haben es aus dem Rundfunk erfahren“,² beteuerte Regierungssprecher Akiman. „Dabei hätte er eine Woche zuvor aus türkischen Zeitungen erfahren können, daß Denktasch am 15. November die Sezession verkünden wollte, wäre den Zeitungen die Veröffentlichung nicht vom Militärsensor verboten worden. Aber die eigene Regierung hatte der Zensor ja sicher informiert.“³

Ankara erkannte auch unverzüglich als

erster Staat die neue „Republik“ an und wies die Entschließung des UN-Sicherheitsrates, die die Rücknahme der Unabhängigkeitserklärung fordert, vehement zurück. „Die Türkei glaubt nicht, daß diese Resolution das wichtige Stadium beeinträchtigen wird, das durch die Proklamation der Unabhängigkeit erreicht worden ist“, so noch einmal Regierungssprecher Akiman.⁴

Zudem lassen weder die militärische Abhängigkeit Nordzyperns von der Türkei (auf der Insel sind weiterhin 25.000 türkische Soldaten stationiert) noch die wirtschaftliche Abhängigkeit (die Türkei finanziert den Haushalt ihrer Marionette Denktasch zu 63%) vermuten, daß Denktasch hier im Alleingang gehandelt hat. Auch die USA wuschen ihre Hände in Unschuld und versuchten, aus diplomatischer Rücksichtnahme auf ihren griechischen NATO-Verbündeten den Anschein zu erwecken, alles ihnen mögliche zu tun, um die nordzypriotische Unabhängigkeitserklärung wieder rückgängig zu machen.

Tatsächlich spielt Zypern eine wichtige Rolle in der Nahoststrategie der USA. Schon am 9. März 1979 schrieb das Wallstreet-Journal, daß der Iran gezeigt habe, wie gefährlich es sei, sich auf „Stellvertreter“ zu verlassen. Im Nahen Osten

gäbe es keinen Ersatz für eine direkte US-Präsenz. Nichts könne die Stabilität der Ölrouden besser schützen als ein amerikanischer Flugzeugträger, fügte die Zeitung hinzu.⁵ Genau diese Rolle eines „unversenkbaren Flugzeugträgers“ ist Zypern zugeordnet.

Zwar versucht „das Pentagon ... seit drei Jahren – vermutlich sogar noch mehr – die Türkei als Sprungbrett für eventuelle militärische Operationen in der Golfregion und der arabischen Halbinsel zu verwenden“,⁶ stößt hier jedoch auch auf politische Vorbehalte seitens der türkischen Regierung.

Was 1958 noch problemlos möglich war, als Marines über den türkischen Stützpunkt Incirlik im Libanon landeten, ist heute nicht mehr so einfach. Die wirtschaftlich ruinierte Türkei ist dringend auf die Finanzspritzen aus den reichen Ölländern am Golf angewiesen und aus Rücksicht auf manche ihrer arabischen Geldgeber gezwungen hinsichtlich der US-Interventionspolitik im Nahen Osten vorsichtige Position einzunehmen.

Auf der höchsten Erhebung des Troodos-Gebirges in Südzypern gibt es bereits eine Radar-Großanlage der USA, mit der man den Luftraum großer Teile der Türkei, Syriens, des Libanon, Israels, Jordaniens, Nordägyptens und des östlichen Mittelmeers überwachen kann.

Die Position der zypriotischen Linksparteien

In der Beurteilung der Ursachen des Zypernkonfliktes gibt es innerhalb der griechisch-zypriotischen Linken keine Differenzen.

Für die kommunistische Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL, gegr. 1941, Generalsekretär E. Papaioannou), die älteste und einflußreichste Partei auf Zypern, resultiert der Konflikt aus dem Streben des US-Imperialismus, Zypern unter seine Kontrolle zu bringen und in ein Sprungbrett für Aggressionen gegen die Länder des Nahen Ostens sowie in ein Spionagezentrum gegen die Sowjetunion zu verwandeln. Die AKEL sieht die Lösung des Konfliktes im gemeinsamen und koordinierten Kampf aller progressiven Kräfte in beiden Teilen Zyperns und in Gesprächen mit der türkisch-zypriotischen Seite. So sagte die AKEL auch der neuen Initiative des UN-Generalsekretärs Perez de Cuellar bedingungslose Unterstützung zu.

1969 wurde die sozialistische Demokratische Einheitsunion des Zentrums (EDEK, Vorsitzender V. Lyssarides) gegründet, eine zum Teil gegenüber der türkisch-zypriotischen Bevölkerung sehr nationalistische Partei, die gute Beziehungen zur griechischen Regierungspartei Panhellenistische Sozialistische Bewegung (PASOK) unterhält. Die Ursachen des Zypernkonfliktes beurteilt die EDEK ähnlich wie die AKEL, lehnt aber – genauso wie die griechische Regierung und im Gegensatz zur AKEL – Gespräche mit der türkisch-zypriotischen Seite kategorisch ab, solange türkische Truppen auf Zypern stationiert sind.

Die AKEL arbeitet mit der bürgerlich-zentristischen Demokratischen Partei (DIKO, gegr. 1976) des Präsidenten Kyprianou auf der Grundlage eines Minimalprogramms zusammen. Die Zusammenarbeit richtet sich auf die Schaffung eines breiten Bündnisses aus Arbeiterklasse, Bauernschaft, Mittelschichten und der nicht an das ausländische Monopolkapital gebundenen nationalen Bourgeoisie mit dem Ziel, die nationalen Probleme ohne ausländische Einmischung zu lösen. Das Programm orientiert auf die Annäherung der griechischen und türkischen Zyprioten, auf die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens, auf die Freundschaft und Zusammenarbeit der beiden Volksgruppen. Die AKEL fordert entschieden die Nichtbenutzung der britischen Stützpunkte durch die USA und kritisierte in den letzten Wochen mehrfach Präsident Kaprianou, weil er nichts gegen die Benutzung der Basen durch Teile der US-„Friedenstruppen“ unternommen habe.

Bei den letzten Wahlen im Februar 1983 erhielt die AKEL 32,7%, die DIKO 19,5%, die EDEK 9,53% und die rechtsgerichtete Demokratische Sammlung (DISY) 33,93% der Stimmen.

Die älteste Oppositionspartei auf der türkisch-zypriotischen Seite ist die 1970 gegründete Republikanische Türkische Partei (CTP). Die CTP, die in ihren Positionen viele Gemeinsamkeiten mit der AKEL hat, ist für Denktaschs Pläne sicherlich die gefährlichste linke Partei. Ihre Hauptlosung lautet:

„Zypern für die Zyprioten.“ Sie kritisiert Denktasch wegen seines proimperialistischen Kurses und seiner Siedlungspolitik. Sie fordert die sofortige Rückkehr der türkischen Siedler in die Türkei.

Die CTP fordert eine Bundesstaatenregelung mit einer starken Zentralregierung, die vor allem außenpolitische Befugnisse haben soll. Sie lehnt eine autonome türkisch-zypriotische Wirtschaft gegenüber einer griechisch-zypriotischen Wirtschaft ab.

Die Kommunale Befreiungspartei (TKP), eine Partei links vom Zentrum, und die sozialdemokratische Volkspartei (HP), die gute Beziehungen zu Ecevisits Republikanischer Volkspartei unterhält, sind zum Teil nationalistisch und kritisieren Denktasch insbesondere wegen Korruption und Beuteökonomie.

Alle türkisch-zypriotischen Oppositionsparteien fordern den Abzug der türkischen Truppen und die politische und militärische Unabhängigkeit von der Türkei.

In den Wahlen von 1980 erhielt Denktasch trotz Wahlbetrugs und der massiven Unterstützung der Festlandtürken, die extra rechtzeitig zu den Wahlen „eingebürgert“ wurden, nur 37% der Stimmen (1976 noch 53%). Aber dank des Wahlsystems erhielt er 23 Sitze in der nordzyprischen Volksversammlung, während die Kommunale Befreiungspartei mit 31% nur 7 Sitze und die Republikanische Partei mit 20% der Stimmen nur 2 Sitze erhielt.

Die Übernahme der beiden britischen Stützpunkte Dhekelia und Episkopi durch die USA scheiterte aber bislang an der unnachgiebigen Haltung der zypriotischen Regierung. (Kyprianou: „Es wird keine US-Basen auf Zypern geben. Wir sind dagegen.“⁷) Dies gilt obgleich hin und wieder schon US-Aufklärungsflugzeuge auf den Stützpunkten zu sehen waren und diese auch mehrfach amerikanischen Kampfflugzeugen nach der Bombardierung von syrischen und drusischen Basen im Libanon als Rückzugsbasis dienten. „Da kommt die türkische Republik Nordzypern gerade recht. Sie gehört nicht zur NATO, liegt aber geopolitisch günstig vor der Krisenzone Nahost!“⁸, ca. 80 km von der syrischen und libanesischen Küste entfernt.

Es ist kein Geheimnis mehr, daß mit Hilfe der Amerikaner östlich von Nikosia, im türkisch besetzten Teil ein riesiger Militärflughafen gebaut wird. Der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium Burt hatte bei einem Besuch in Ankara im Frühjahr 1983 außerdem den Vorschlag unterbreitet, die Abtretung eines Geländes auf der nordzyprischen Karpas-Halbinsel mit der Anerkennung des nordzyprischen Teilstaates zu entlohnen.⁹

Die geostrategische Lage Zyperns im Schnittpunkt dreier Kontinente war

schon immer der Grund für fremde Interventionen gewesen.

1571 wurde Zypern von den Türken erobert. Mit den Eroberern kamen die ersten Siedler aus Anatolien, die aber friedlich mit den griechisch-orthodoxen „Ureinwohnern“ zusammenlebten. Nicht selten revoltierten beide Bevölkerungsgruppen gegen die osmanische Obrigkeit.

Kronkolonie zwischen Einheit und Teilung

1878 verpachtete das Osmanische Reich Zypern für 92.799 Pfund Sterling an Großbritannien – mehr Geld, als die Osmanen den verarmten Bauern abpressen konnten. Für die Briten war die Insel ein wichtiger strategischer Vorposten im östlichen Mittelmeer, um ihren Weg durch den Suezkanal nach Indien abzusichern.

Mit Beginn der industriellen Förderung des Erdöls (1908) in der Golfregion („Für die Nationen und für die Völker wird nunmehr ein Tropfen Erdöl ebenso wertvoll sein wie ein Tropfen Blut.“¹¹) gewann die Insel an strategischer Bedeutung.

Nach den Abkommen von Sèvres und

Lausanne (1920 und 1923) verzichtete die Türkei endgültig auf die Insel. 1925 wurde Zypern zur britischen Kronkolonie erklärt.

Um ihre Vorherrschaft auf der Insel zu sichern wandten die Briten den altbewährten Grundsatz jeder Kolonialpolitik des „Divide et Impera“ (Teile und herrsche) an. Um Griechenland während des 1. Weltkrieges zum Kriegseintritt auf seiten der Entente zu bewegen, versprach der britische Ministerpräsident L. George die Enosis (griechisch: Vereinigung, Einheit), den Anschluß Zyperns an Griechenland.

„Die ENOSIS-Ideologie, obwohl von den griechischen Zyprioten in erster Linie als Befreiung von England begriffen, verhinderte andererseits ein engeres Zusammengehörigkeitsgefühl der türkischen und griechischen Bevölkerungsgruppen.“¹² Sie schwächte damit den gemeinsamen Kampf gegen die Kolonialmacht.

Mit der Unterstützung des Enosis-Gedankens und einer einseitigen Bildungspolitik – Grundschullehrer und Schullehrer wurden beispielsweise aus Griechenland importiert – förderte die Kolonialmacht ihrerseits geschickt die Ausbreitung von Nationalismus und Chauvinismus unter den griechischen Zyprioten, festigte die Machtposition der rechten Kräfte –

Die UNO zum Zypernkonflikt



UN-Generalsekretär Waldheim (m.) bei Verhandlungen mit Präsident Kypriano (l.) und R. Denktasch

Um ihren unabhängigen politischen Kurs zu untermauern und eine politische Alternative zur interventionistischen NATO-Politik zu bieten, hat die zypriotische Regierung immer wieder versucht, die UNO, deren Mitglied Zypern seit dem 20.9.1960 ist, auf den Plan zu rufen.

Am 1. November 1974 verabschiedete die 29. UN-Vollversammlung mit 117 Stimmen – ohne Gegenstimmen und Enthaltungen – die Resolution 3212, die für die UNO noch heute rechtsgültiger Rahmen jeder möglichen Lösung des Zypernproblems darstellt. In der Resolution heißt es:

„Die Generalversammlung

1. fordert alle Staaten auf, die Hoheit, Unabhängigkeit, räumliche Unverletzlichkeit sowie Bündnisfreiheit der Republik Zypern zu achten, und alle Handlungen und Einmischungen gegen sie zu unterlassen;
2. drängt auf den schnellen Abzug aller ausländischen Streitkräfte und allen ausländischen militärischen und sonstigen Personals aus der Republik Zypern sowie auf Beendigung jeder ausländischen Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten;
3. befundet, daß das Verfassungssystem der Republik Zypern für die griechisch-zyprische und für die türkisch-zyprische Gemeinschaft gilt;
4. lobt die Kontakte und Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Gemeinschaften ... und fordert ihre Fortsetzung mit dem Ziel, unbeeinträchtigt eine beiderseitig annehmbare politische Regelung zu finden...;
5. befundet, daß alle Flüchtlinge sicher zu ihren Heimstätten zurückkehren sollten...“¹

Weder die Türkei noch ihre NATO-Partner haben sich an diese mitunterzeichneten Forderungen gehalten. Im Gegenteil, im Februar 1975 wurde der Föderative Türkische Staat in Nordzypern ausgerufen. Am 12. März 1975 bedauerte der UN-Sicherheitsrat diese einseitige Entscheidung.

Die Vereinten Nationen bekräftigten am 20. November 1975 noch einmal die Resolution 3212 und forderten „alle Parteien dringend auf, sich im Widerspruch zur Resolution 3212 stehender einseitiger Handlungen einschließlich von Änderungen der Zusammensetzung der Bevölkerung Zyperns zu enthalten.“²

Nachdem die von der UNO angeregten interkommunalen Gespräche zwischen griechischen und türkischen Zyprioten in einer Sackgasse steckengeblieben waren, legte UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, der von 1975 bis 1977 selber UN-Vertreter auf Zypern war, einen neuen Plan vor, der die Gespräche wieder ingangbringen sollte.

Dieser Plan geht von jeweils zwei möglichen Optionen in der Frage der politischen Repräsentation und der Landfrage aus:

Option 1 sieht vor, daß der Präsident griechischer und der Vizepräsident türkischer Zyprioten sein soll. Die Regierung besteht zu 60% aus griechischen und 40% aus türkischen Zyprioten. Die Legislative besteht aus zwei Häusern, dem Repräsentantenhaus und dem Senat, wobei die Sitzverteilung im Repräsentantenhaus analog der Bevölkerungsverteilung vorgenommen wird, während im Senat sowohl die griechische wie die türkische Bevölkerungsgruppe zu je 50% vertreten sind.

Option 2 sieht bei der Übernahme des Amtes des Präsidenten und des Vizepräsidenten, der gleichzeitig Premierminister ist, ein Rotationsverfahren vor. In der Regierung und im Repräsentantenhaus sind die griechischen Zyprioten zu 70% und die türkischen Zyprioten zu 30% vertreten. Der Senat besteht wiederum zu je 50% aus Vertretern der griechischen und der türkischen Bevölkerungsgruppe.

Falls die griechisch-zyprische Seite bereit wäre, in der Verfassungsfrage maximale Zugeständnisse zu machen (Option 2), sollte sich die türkisch-zyprische Seite mit 16% des Landes zufriedengeben. Falls die Türken der Option 1 in der Verfassungsfrage zustimmen sollten, würden sie die Kontrolle über 30% des Bodens behalten.³

Der Führer der türkischen Zyprioten Denktasch meldete Vorbehalte gegen die Cuellar-Initiative an, da sie in jedem Fall der türkisch-zyprischen Seite Konzessionen in der Landfrage abverlangen würde. Mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung verband er auch die Hoffnung, in zukünftigen Verhandlungen eine stärkere Ausgangsposition zu haben.

Die einseitige Unabhängigkeitserklärung einer Türkischen Republik Nordzypern ist auf einer Dringlichkeitsitzung des UN-Sicherheitsrats am 18. November 1983 für null und nichtig erklärt worden. Der Sicherheitsrat forderte die Rücknahme der Unabhängigkeitserklärung und richtete an alle Mitgliedsstaaten die Aufforderung, dem neuen Staat die Anerkennung zu verweigern.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Das Zypernproblem – Historische Übersicht und Analyse der jüngsten Entwicklungen Nikosia/Zypern 1979, S. 30
- 2) Ebenda, S. 35
- 3) Turkish Daily News, Ankara, 28.9.1983

Bourgeoisie und Kirchenführung – innerhalb der griechischen Bevölkerungsgruppe und versuchte den zunehmenden Einfluß der Kommunistischen Partei Zyperns unter den zypriotischen Arbeitern und Bauern zurückzudrängen.

Gleichzeitig spielte England der türkisch-zyprischen Minderheit gegenüber die Rolle einer Schutzmacht, die infolge einer möglichen Vereinigung Zyperns mit Griechenland eine weitere Schwächung ihrer Position befürchtete. Der Kolonialmacht gelang es dadurch, die türkisch-zyprische Führungsschicht eng an sich zu binden.

Die 1921 gegründete KP schwankte in den ersten Jahren ihres Bestehens zwischen der Forderung nach Enosis und nach einem unabhängigen Zypern. Nachdem sie sich 1941 in Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL) umbenannt hatte, legte sie jedoch das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Organisation des gemeinsamen Kampfes der griechischen und türkischen Arbeiter und Bauern gegen die Kolonialmacht, auf die Zurückdrängung des Mißtrauens zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen.

„1941 schlossen sich 60 Berufsgewerkschaften zu einem Gewerkschaftsverband, der Panzyprischen Arbeiterföderation (PEO), zusammen, in dem die AKEL eine führende Rolle einnahm“,¹³ und in dem gleichermaßen griechische wie türkische Zyprioten organisiert waren.

„Die einheitliche politische Kampforientierung gefährdete das kolonialistische Teilungs- und Herrschaftsprinzip.“¹⁴ Die Kolonialmacht reagierte mit zunehmender Unterdrückung der Linken und Schürung sowohl von griechischem wie türkischem Nationalismus.

1955 wurden die AKEL und ihre Organe, darunter auch die einzige fortschrittliche türkischsprachige Zeitung verboten.

Im gleichen Jahr nahm die 1952 von der griechisch-zyprischen Rechten gegründete Nationale Organisation der zypriotischen Kämpfer (EOKA) den bewaffneten Kampf unter der Losung Enosis auf. Die Reaktion der türkischen Seite ließ nicht lange auf sich warten. Der damalige britische Premierminister Eden vermerkte später in seinen Memoiren: „Bis 1955 war ihre Leidenschaft noch nicht entflammt, denn der Türke braucht sehr lange bis er in Zorn gerät, aber wenn, dann ist er unerbittlich.“¹⁵

Ein Jahr später gründete der heutige „Präsident“ der „Republik Nordzypern“, Rauf Denktasch, die türkisch-zyprische Terrororganisation Türkische Verteidigungsarmee (TMT). Der Forderung der griechischen Zyprioten nach Enosis folgte die Forderung der türkischen Zyprioten nach Taksim

(türkisch: Teilung, d.h. in einen türkischen und einen griechischen Teilstaat). Um die Widersprüche zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen noch mehr zu verschärfen, setzte die britische Kolonialmacht gegen die EOKA Polizeieinheiten ein, die sich aus türkischen Zyprioten zusammensetzten, was wiederum die EOKA zu Terrorakten gegen die türkisch-zypriotische Bevölkerung provozierte.

Terror und Gegenterror von EOKA und TMT übertrafen sich gegenseitig. Bezeichnenderweise gehörten zu den prominentesten Opfern der ultrarechten Terrorgruppen vor allem Vertreter der Linken und der Gewerkschaftsbewegung aus beiden Volksgruppen.

Unter dem Druck des antikolonialen Kampfes, nach dem Debakel der Suezkrise (Krieg gegen Ägypten 1956) und angesichts des Erstarkens von anti-imperialistischen, nationaldemokratischen Kräften im Nahen Osten suchte Großbritannien die direkte Herrschaft über Zypern in eine indirekte neokoloniale Abhängigkeit zu verwandeln. Zypern sollte aber den Briten wie auch den anderen NATO-Staaten weiterhin als vorgeschobener Stützpunkt erhalten bleiben.

Garantiemächten das Recht ein, gemeinsam oder einseitig zu intervenieren, um den „Status quo“ auf der Insel gegebenenfalls „wiederherzustellen“. Sie stehen damit in direktem Widerspruch zu den Grundprinzipien des Völkerrechts und der UN-Charta, die jedem Staat das Recht auf Souveränität, territoriale Integrität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten garantieren.

Da sie sich einen jederzeitigen Vorwand für eine Intervention zu sichern suchten, lag es kaum im Interesse der NATO-Staaten, den Bevölkerungskonflikt zwischen griechischen und türkischen Zyprioten friedlich beizulegen.

So wurde in Übereinstimmung mit den Verträgen von Zürich und London eine Verfassung erarbeitet, die die inneren Spannungen konservierte. Die Verfassung teilte das Volk nach ethnischen Kriterien in zwei Gemeinschaften. Der Präsident sollte ein griechischer Zypriot sein und nur von der griechischen Bevölkerungsgruppe gewählt werden.

Der Vizepräsident hingegen sollte der türkischen Bevölkerungsgruppe zugehören und nur von den türkischen Zyprioten gewählt werden. Er konnte gegen alle Beschlüsse des Ministerrats sein Veto einlegen. Und zur Verabschiedung

von Gesetzen bedurfte es der getrennten Zustimmung von jeweils mindestens 50% der 35 griechisch-zypriotischen und der 15 türkisch-zypriotischen Parlamentsabgeordneten (bei Verfassungsänderungen sogar jeweils 2/3), so daß eine Sperrminorität von 8 türkisch-zypriotischen Abgeordneten faktisch jeden Parlamentsbeschluß zu Fall bringen konnte.

Politisch bedeutete dies, daß die reaktionäre türkisch-zypriotische Oberschicht, die die türkisch-zypriotischen Institutionen bereits systematisch von allen fortschrittlichen Kräften gesäubert hatte und die – nach ihrer engen Kollaboration mit der Kolonialmacht – nun ein verlängerter Arm der NATO war, ein Interventionsrecht in allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen des Landes hatte.

Diese Trennung zwischen griechischen und türkischen Zyprioten setzte sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens fort. Und obwohl Bevölkerung und Eigentum in den meisten Orten gemischt waren – eine gute Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben – wurden überall getrennte türkische und griechische Stadtverwaltungen und Gerichte eingerichtet.



Ehemaliger Präsident Erzbischof Makarios

Im sog. Garantievertrag, der 1959 auf zwei Konferenzen in Zürich und London zwischen Großbritannien, Griechenland und der Türkei ausgehandelt wurde, sicherten sich die ehemalige Kolonialmacht und die ebenfalls der NATO angehörenden „Schutzmächte“ der beiden Bevölkerungsgruppen weitreichende Interventionsrechte.

Auf Zypern, das am 16. August 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, wurden Kontingente der griechischen und türkischen Streitkräfte stationiert, die gemeinsam mit den beiden britischen Stützpunkten auf der Insel direkt in die NATO-Strategie im östlichen Mittelmeer integriert waren.

Der Garantievertrag räumte den drei sog.

Zeitschriftenschau

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 74/1983

Weg von der Resignation ● Material & Medienbörse ● Wende beim BMZ ● Bericht über eine gelungene Aktion ● Bundestagsprotokoll, 21.11. (Ausschnitt) ● KA-Protokoll ● Erklärung, Offener Brief, Absage ● Vorstellung einer neuen BUKO Mitarbeiterin ● Termine ● Zeitschriftenschau ● Pharma-Brief ● Agro-Brief ● Frauen ● Offener Brief, Kongreßbericht ● Veredelungs- oder Veredelungswirtschaft ● ai-Mitteilung ● Buchbesprechung: Sozialarbeit in Lateinamerika ● BUKO-Kontaktadressen, u.a. ● Freire-Brief ● Spendenaufruf
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Brasilien-Nachrichten, Nr. 80/1983

Agrarstruktur und Dürre in Nordostbrasilien: Zur Agrarstruktur des brasilianischen Nordostens ● „Manche halten mich für reich, aber meine Kinder müssen arbeiten“ ● Agrarreformprogramme in Brasilien ● Bildungswesen und Agrarstruktur in Nordostbrasilien ● Dürreopfer = Opfer struktureller Gewalt ● Notizen aus der Dürre ● Die Wahrheit über die Arbeitsfronten; Interview mit Dr. Mark Münzel ● Strafen gegen Priester bestätigt ● Bardeler Hungermarsch ● Leserbrief, Bücher, Zeitschriftenschau ● Karte: Dürre im Nordosten
Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM
Bezug: Brasilien-Nachrichten, Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 4/1983

Grenada – oder: Gehört die Welt den USA? ● Mit Beiträgen über: Vorgeschichte der US-Intervention ● Augenzeugenbericht aus der Zeit nachdem Bishop unter Hausarrest gestellt worden war ● Politik Kubas gegenüber Grenada ● Briefwechsel Bishop – Reagan ● New Jewel Movement ● Weltbank zu Grenada ● US-Politik ● US-Wirtschaftsinteressen in der Karibik ● Deutsche Politiker zur Grenada-Invasion ● Pressepolitik der USA ● Wie unsere Presse die Invasion feierte
Einzelpreis 5 DM; Abo 22 DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 1/1984

Information: UNESCO ● Bonn Südafrika-Politik ● BMZ-Medienstudie ● Afrika-Berichterstattung 1976-1980 ● BMZ-Filmangebot ● Mitverantwortung der Kirchen ● UNESCO: Neue Kommunikationsordnung ● Analyse/Bericht/Kommentar: Theodor Schöber, Jetzt die richtigen Signale ● Volker Weyel, Deutsch-ugandische Beziehungen ● Raimund Schmid, „Wunderland“ Brasilien ● Rainer Epp, Aufbruch in eine neue Dimension? ● Hinweis: Bewußtseinsbildung/Rezension ● Fernsehen ● Hörfunk ● Aufsätze in Periodika ● Dokumentation: Konrad Melchers, 1884-1984 ● Schlußakte der Berliner Konferenz ● Jens L. Christensen, Gegen unsere Kolonialpolitik ● Der Völkerbund-Vertrag ● Charta der Vereinten Nationen ● OAU-Charta ● Deklaration der Staats- und Regierungschefs blockfreier Länder
Einzelpreis 3 DM; Abo 52,20 DM
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1

blätter des iz3w, Nr. 114/Dezember 1983

Nachrichten und Berichte zu: Uganda, Zimbabwe, Argentinien, Türkei ● ARMENIEN: Völkermord an den Armeniern ● ASYL: Zuhause verfolgt – bei uns zurückgewiesen ● INDONESIA: Folgen der Grünen Revolution ● SOLIDARITÄTSPROJEKT: Pflanzenschutz in Nicaragua ● LITERATUR: Bücher als Aüschrei der Ohnmächtigen ● MISEREOR-MATERIALIEN: Wie offen darf die Informationspolitik eines kirchlichen Hilfswerks sein? / „Zorn und Hoffnung“ ● REZENSIONEN
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 78 Freiburg i.B.

Peripherie, Nr. 13/1983

Frauen und Entwicklung/Macht: Siripom Skrobanek, Die transnationale Sexploitation von Thai-Frauen ● Ellen Friebe/Luzila Lazarte, Organisationsprozesse von Bäuerinnen im anderen Südpol – Möglichkeiten und Schwierigkeiten in der Arbeit mit Frauengruppen ● Ilse Lenz, Was macht die Macht mit den Frauen? Anmerkungen zum „Politischen“ in Reproduktionsverhältnissen ● Irene Löfler, Vom Frauentausch zur Liebesheirat: Die Aizo in Süd-Benin ● Cornelia Mansfeld, Eine Frau haben, einen Sessel und ein Glas Bier. Warum orientieren sich Menschen in der 3. Welt an westlichen Werten? ● Helene Lebold, Zum Mythos von der revolutionären Kämpferin: Frauen im algerischen Befreiungskampf ● Michaela v. Freyhold, Wege zu einem neuen Internationalismus. Thesen zum Verhältnis der Friedensbewegung zur Dritten Welt ● Buchbesprechungen ● Eingegangene Bücher ● Zeitschriftenschau ● Zusammenfassung in Englisch
Einzelpreis 9 DM; Abo 28 bzw. 50 DM
Bezug: FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Die Rechnung, Zypern zumindest in das logistische System der NATO einzubeziehen, schien spätestens 1961 gefährdet, als Präsident Makarios, ehemals Verfechter der Enosis-Idee und Mitbegründer der EOKA, unterstützt von der AKEL und der panzypriotischen Gewerkschaft PEO, einen unabhängigen politischen Kurs einschlug. Das brachte ihm bei den Amerikanern die Bezeichnung „Castro im Priestergewand“ ein. Ein großer Teil der griechischen Zyprioten, inklusive der nationalen Bourgeoisie, sahen ihre Unabhängigkeitsbestrebungen durch die Bestimmungen des Garantievertrages hintergangen. Zudem schien ihnen ein unabhängiges Zypern mit gutnachbarlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten vorteilhafter. Die Front der Nicht-Enosis-Anhänger wurde stärker und 1961 trat Zypern der Bewegung der Nichtpaktgebundenen bei. Zwar normalisierte sich das Zusammenleben von griechischen und türkischen Zyprioten wieder und kehrten viele der Flüchtlinge, die in den 50er Jahren vor dem Terror von EOKA und TMT geflohen waren, wieder in ihre gemischtrassigen Dörfer zurück. Doch sah sich Präsident Makarios einer zunehmenden anti-kommunistischen Kampagne von EOKA, die ihm den Verrat an der Enosis-Ideologie vorwarf und TMT, die durch eine blockunabhängige Politik ihre Privilegien gefährdet sah, ausgesetzt. 1963/64 flammten wieder – angeheizt von EOKA und TMT – Kämpfe zwischen den Bevölkerungsgruppen auf, die schließlich mit der Umsiedlung von 20.000 türkischen Zyprioten in rein türkische Enklaven endeten, die der türkische Zypriot Ali Kavazoglu, ein führendes AKEL-Mitglied, mit Konzentrationslagern verglich. Anlaß für die erneuten Kämpfe war ein Vorschlag von Makarios, die Verfassung zu ändern, da die weitgehenden Interventionsrechte der türkisch-zypriotischen, proimperialistischen Oberschicht eine unabhängige Entwicklung der Inselrepublik unmöglich machte. Die USA sahen mit den erneut aufflackernden interkommunalen Spannungen den Zeitpunkt gekommen, der staatlichen Unabhängigkeit Zypern endgültig den Todesstoß zu versetzen. Dem Vorschlag, griechische und türkische NATO-Truppen auf die Insel zu entsenden, folgte 1964 der nach dem US-Sonderbeauftragten benannte „Acheson-Plan“.

Das Problem, für die USA und Großbritannien bis dato eine NATO-Familienangelegenheit, drohte damit internationalisiert zu werden. Die alten Pläne, Zypern unter die Kontrolle des imperialistischen Bündnissystems zu bringen, gerieten in Gefahr. Nachdem sich in Griechenland am 21. April 1967 die Obristen an die Macht geputscht hatten, war ein wichtiges Hindernis zur Realisierung der amerikanischen Zypern-Pläne aus der Welt geschaffenen. Aber auf Zypern selber wuchs die Unterstützung für die blockfreie Politik Makarios, der in den Wahlen von 1968 95% der Stimmen der griechischen Zyprioten auf sich vereinigen konnte. Als sich im November 1973 auch noch ernsthafte Erfolge der interkommunalen Gespräche abzeichneten, „die eine Teilung der Insel in weite Ferne zu rücken drohten, war

linke zeitung

ist die Zeitung der Demokratischen Sozialisten ★ bringt zweimal im Monat Nachrichten, Hintergrundberichte, Diskussionsbeiträge zu aktuellen Themen ★ Engagiert sich, für Frieden und Abrüstung, für Arbeitszeitverkürzung, für mehr soziale Dienstleistungen und demokratische Rechte, für Gleichstellung der Frauen ★ unterstützt den Aufbau einer breiten linken Alternative ★ hilft aktiv bei der Schaffung einer neuen Partei: links, wo das Herz schlägt ... und kluge Köpfe nicht fehlen

linke zeitung

Deine Zeitung: Jetzt abonnieren!

- Ich bitte um Zustellung eines Probe-exemplars der lz.
- Ich abonniere die lz, die Zeitung der Demokratischen Sozialisten. Das Abonnement gilt für mindestens drei Monate und verlängert sich um den gleichen Zeitraum, falls es nicht 4 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.
- 3 Monate (6 Ausgaben) DM 25,50
- 6 Monate (12 Ausgaben) DM 51,00
- 12 Monate (24 Ausgaben) DM 102,00

Vorname/Zuname

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort/Zustellpostamt

Datum/Unterschrift

Lieferung ab

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Demokratische Sozialisten
Hohe Straße 28
6050 Offenbach

linke zeitung

369 durch die Bestimmungen des Garantievertrages hintergangen. Zudem schien ihnen ein unabhängiges Zypern mit gutnachbarlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten vorteilhafter. Die Front der Nicht-Enosis-Anhänger wurde stärker und 1961 trat Zypern der Bewegung der Nichtpaktgebundenen bei.

Zwar normalisierte sich das Zusammenleben von griechischen und türkischen Zyprioten wieder und kehrten viele der Flüchtlinge, die in den 50er Jahren vor dem Terror von EOKA und TMT geflohen waren, wieder in ihre gemischtrassigen Dörfer zurück. Doch sah sich Präsident Makarios einer zunehmenden anti-kommunistischen Kampagne von EOKA, die ihm den Verrat an der Enosis-Ideologie vorwarf und TMT, die durch eine blockunabhängige Politik ihre Privilegien gefährdet sah, ausgesetzt.

1963/64 flammten wieder – angeheizt von EOKA und TMT – Kämpfe zwischen den Bevölkerungsgruppen auf, die schließlich mit der Umsiedlung von 20.000 türkischen Zyprioten in rein türkische Enklaven endeten, die der türkische Zypriot Ali Kavazoglu, ein führendes AKEL-Mitglied, mit Konzentrationslagern verglich.

Anlaß für die erneuten Kämpfe war ein Vorschlag von Makarios, die Verfassung zu ändern, da die weitgehenden Interventionsrechte der türkisch-zypriotischen, proimperialistischen Oberschicht eine unabhängige Entwicklung der Inselrepublik unmöglich machte.

Die USA sahen mit den erneut aufflackernden interkommunalen Spannungen den Zeitpunkt gekommen, der staatlichen Unabhängigkeit Zypern endgültig den Todesstoß zu versetzen. Dem Vorschlag, griechische und türkische NATO-Truppen auf die Insel zu entsenden, folgte 1964 der nach dem US-Sonderbeauftragten benannte „Acheson-Plan“.

Acheson formulierte mit brutaler Offenheit folgende Ziele: die Auflösung der Inselrepublik durch die Vereinigung ihres größten Teils mit Griechenland, die Abtrennung eines rein türkischen Siedlungsgebietes, die Abtretung einer großen Militärbasis an die Türkei, die Neutralisierung von Makarios und die Ausschaltung der Kommunisten.

Der Plan scheiterte an dem Widerstand Makarios', unterstützt von der zypriotischen Linken, und dem „Nein“ des griechischen Regierungschefs Georgios Papandreou (PASOK), der in den Wahlen vom 3.11.1963 die 15jährige Herrschaft der griechischen Ultrarechten beenden konnte.

Makarios gelang es, „gestützt auf eine sowjetische Protesterklärung ... die Vereinten Nationen auf den Plan zu rufen und statt (der Stationierung von NATO-Einheiten) die Stationierung von UNO-Truppen durchzusetzen.“¹⁶



20. 7. 1974: Türkisches Napalmbombardement bei Famagusta

das Maß voll“.¹⁷ Zahlreiche Anschläge auf Makarios durch die reorganisierte EOKA, die sich jetzt EOKA b' (= EOKA II.) nannte, waren fehlgeschlagen.

Jetzt sollte der Plan „Operation Aphrodite“ in Kraft treten, dessen Regisseur – wie auch beim Putsch in Chile 1973 – der US-Außenpolitiker Henry Kissinger sein sollte. Kurz nach seinem Besuch in der Türkei und einen Monat, nachdem er sich zu Konsultationen mit Vertretern der griechischen Obristen-Junta getroffen hatte, putschte das auf Zypern stationierte griechische Truppenkontingent und die von griechischen Offizieren aufgebaute Nationalgarde unter dem EOKA-b'-Führer Nikos Sampson gegen Makarios.

„Die Putschisten sollten sich ein Paar Tage an der Macht halten und in dieser Zeit die Insel gründlich von Sozialisten, Kommunisten und sonstigen Feinden

des Griechentums säubern, die Endlösung des Zypern-Problems – ob doppelte Enosis oder zweigeteilte Bananenrepublik mit NATO-Basen – hätte sich dann unter Gleichgesinnten auf beiden Seiten schon finden lassen.“¹⁸ Das Entkommen Makarios' ins Ausland aber „machte die Sache komplizierter“, so ein hoher Beamter des US-Außenministeriums.¹⁹

Während Makarios noch im UN-Sicherheitsrat als Ankläger gegen die griechische Junta auftrat, wurde der zweite Teil der „Operation Aphrodite“ eingeleitet. Unter dem Vorwand, die Interessen der türkisch-zypriotischen Minderheit zu schützen gab der sozialdemokratische türkische Ministerpräsident Ecevit den Befehl zuzuschlagen. Am 20. Juli 1974 landeten 40.000 türkische Soldaten, unterstützt von Luftwaffe und Kriegsmarine auf der Insel. Cyrus Vance hatte



schon im November 1973 dem Führer der türkischen Zyprioten Denktasch gegenüber mitgeteilt, daß die USA im Falle einer neuen Zypernkrise keine Bedenken gegen eine türkische Invasion hätten. Unmittelbar nach dem Sampson-Putsch sagte die US-Regierung Ecevit die Wiederaufnahme der kurz zuvor eingestellten Militärhilfe der USA zu – ein direkter Wink mit dem Zaunpfahl.

Während in Genf noch zwischen Vertretern der beiden zypriotischen Bevölkerungsgruppen verhandelt wurde, besetzte die türkische Armee im Nordteil der Insel 40% des Territoriums und schuf vollendete Tatsachen.

Aus dem türkisch besetzten Norden wurden die dort lebenden griechischen Zyprioten systematisch vertrieben, während gezielte Terrorakte durch die faschistischen EOKA-b'-Anhänger die im Süden lebenden Türken zwang, im

Nordteil der Insel Schutz zu suchen.

Bei dieser Militäroperation verloren 5.000 Menschen ihr Leben. 2.000 griechische und fortschrittliche türkische Zyprioten sind bis heute in Gefängnissen in der Türkei verschwunden. 200.000 Zyprioten wurden zu Flüchtlingen im eigenen Land – bei einer Gesamtbevölkerung von 650.000.

1975 begann die türkische Besatzungsmacht im Nordteil Zyperns Zehntausende von Festlandstürken anzusiedeln. Damit sollte nicht nur die demographische Struktur auf der Insel zugunsten der Stärkung des türkischen Bevölkerungselements verändert, sondern auch die wachsende Opposition der linken türkischen Zyprioten gegen den separatistischen Kurs Denktaschs geschwächt werden.

Bis zu seinem Tod 1977 versuchte Makarios das Problem zu „internationalisieren“, d.h. unter Schirmherrschaft der UNO zu regeln. Er hoffte, auf der Grundlage der UN-Beschlüsse eine Lösung in direkten Gesprächen mit der türkisch-zypriotischen Seite zu finden, was aber an der unnachgiebigen Haltung Denktaschs, der bereits 1975 den Nordteil Zyperns zu einem föderativen Bundesstaat erklärt hatte, scheiterte.

Dilemma der Regierung Kyprianou

Während die griechisch-zypriotische Seite eine ungeteilte, entmilitarisierte und bündnisfreie Republik forderte, deren innere Verfassungsstruktur einer Föderation entsprechen sollte, forderte die türkisch-zypriotische Seite eine Konföderation zweier gleichberechtigter Bundesstaaten mit einer schwachen Bundesregierung. Die Teilung der Insel wäre damit ein für allemal besiegelt gewesen.

Mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung vom 15. November 1983 sollte diese Position untermauert und vor einer Neuaufnahme der interkommunalen Gespräche aufgrund der Vorschläge des UN-Generalsekretärs Perez de Cuellar nicht wieder rückgängig zu machende Fakten geschaffen werden.

Bezeichnenderweise hat Denktasch dem zypriotischen Regierungschef Kyprianou zu Beginn des neuen Jahres ein neues Gesprächsangebot unterbreitet. Als „Geste des guten Willens“ bot er die Wiedereröffnung des internationalen Flughafens von Nikosia und die Unterstellung der Hotelstadt Varoscha unter UN-Aufsicht an.

Varoscha, wohl das wichtigste Tourismuszentrum Zyperns, liegt zwar im Nordteil der Insel, wurde allerdings 1974 nicht militärisch besetzt. Auch wurden im Gegensatz zum übrigen von den Türken besetzten Teil die Besitzungen der griechischen Zyprioten nicht ent-

Zypern-Daten

Fläche Zyperns (griechisch Kypros, türkisch Kibris): 9.851 qkm, drittgrößte Insel im Mittelmeer

Bevölkerung: Von den rund 650.000 Einwohnern sind 79% Griechen, 18% Türken, 3% Armenier und andere Minderheiten

Religion: Rund 80% der Bevölkerung bekennen sich zum griechisch-orthodoxen Glauben, 18% zum Islam. Amtssprachen sind Griechisch und Türkisch

Währung: Zypern-Pfund; 1 Z-Pfund = 4,8 DM (Stand September 1983)

Politisches System: Die seit 1960 unabhängige Republik Zypern ist eine Präsidialdemokratie. Der griechisch-zypriotische Präsident wird für 5 Jahre direkt von den griechischen Zyprioten gewählt. Von ihm werden auch die Mitglieder des Kabinetts ernannt. Sein Stellvertreter muß der türkischen Bevölkerungsgruppe angehören und wird von dieser direkt gewählt.

Höchste Volksvertretung der Republik Zypern ist das Repräsentantenhaus, von dessen 50 Abgeordneten zur Zeit nur die 35 der griechisch-zypriotischen Volksgruppe mitarbeiten. In den letzten Parlamentswahlen im Februar 1983 wurde der bisherige Präsident Kyprianou mit 56,54% der Stimmen wiedergewählt.

Außenpolitik: Zypern ist Mitglied der UNO, des britischen Commonwealth, des Europarates und mit der EG assoziiert. Die Republik ist aktives Mitglied der Nichtpaktgebundenen.

Wirtschaft: Durch die türkische Invasion im Jahr 1974 wurde Zypern in zwei Wirtschaftsgebiete geteilt, zwischen denen es praktisch keine Verbindung gibt.

Der von den Türken besetzte Teil umfaßt ungefähr 40% des Territoriums, aber hier befindet sich 65% der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit 80% der Getreideproduktion, 80% der Produktion von Zitrusfrüchten, 65% der Produktion von Gemüse, Milch, Fleisch und Eiern und fast 100% der Tabakproduktion. Im nördlichen Teil befinden sich weiter 60% der Industrieanlagen und der Bodenschätze.

Der für die Wirtschaft entscheidende Fremdenverkehr konzentrierte sich vor 1974 zu 90% auf die Städte Famagusta und Kyrenia. Famagusta war mit 83% des Gesamtumschlages der größte Hafen Zyperns. Somit konzentrierten sich 70% der Gesamtproduktion Zyperns auf den heute von der Türkei besetzten Teil.

Im Besitz der griechischen Zyprioten blieben lediglich die Raffinerieanlagen bei Larnaka, die Elektrizitätswerke bei Limassol, das Weinbaugebiet am Troodos-Gebirge, das Fremdenverkehrsgebiet von Limassol und Paphos und der Flughafen von Nikosia als wichtige Wirtschaftsfaktoren.

Trotz der Teilung hat sich im südlichen Teil die Wirtschaft mit einer Wachstumsrate von jährlich 4,5% und bei Vollbeschäftigungsniveau positiv entwickelt. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt 5.000 Dollar, während es im Nordteil auf 1.100 Dollar jährlich gefallen ist. Ursachen sind vor allem der starke Wertverlust der Türkischen Lira (1 TL = 0,01 DM; Stand September 1983), die nach der Besetzung als Zahlungsmittel eingeführt wurde und die einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf die Türkei

Die Inflationsrate in Nordzypern liegt bei 25,5%. Die Türkei ist gezwungen, 63% des Haushaltes in Nordzypern zu finanzieren.

eignet, so daß das Gebiet als Faustpfand in zukünftigen Verhandlungen gilt.²⁰ Außerdem schlug Denktasch die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung des Schicksals der Verschwundenen vor.

Die zypriotische Regierung Kyprianou befindet sich in einem Dilemma. Würde sich Kyprianou auf das Verhandlungsangebot einlassen, so würde er damit seine eigene Rechtsposition, daß es nämlich keine Legitimität einer zweiten zypriotischen Regierung gibt, untergraben. Andererseits verfügt Kyprianou über keinerlei Druckmittel, die türkisch-zypriotische Seite zur Rücknahme der einseitigen Unabhängigkeit zu bewegen.

Zwar forderte Griechenlands Ministerpräsident Papandreou, immerhin einer der drei Garanten Zyperns, in Anspielung auf die Türkei, die als erster und (neben Bangladesch) bisher einziger Staat die Pseudorepublik anerkannt hat: „Es sei an der Zeit, die weithin erfolgte Verurteilung des Pseudostaates in konkrete Aktionen umzusetzen.“²¹ Aber die USA und andere NATO-Staaten haben bewiesen, daß sie zu keinen Sanktionen gegen die Türkei bereit sind. Und als Papandreou die BRD zu einem Embargo gegen die Türkei aufforderte, erhielt er die Antwort, „daß Prioritäten für die Verteidigung des Westbündnisses nicht ignoriert werden dürften“.²²

Ein militärisches Eingreifen Griechenlands zur Wahrung des Status quo, wie es aufgrund der Londoner und Züricher Verträge möglich wäre, steht für Griechenland außer jeder Diskussion. Und die USA und ihre chauvinistischen Verbündeten in der Türkei wissen genau, daß sie genügend Trumpfkarten in der Hand haben (z.B. in der Ägäisfrage), um Griechenland zur Zustimmung zu einer Lösung des Zypernproblems zu zwingen, die den NATO-Interessen entspricht. So planen die USA, das Ägäisproblem, das Zypernproblem und die Forderung nach Errichtung eines neuen NATO-Hauptquartiers in Larissa (Mittelgriechenland) als einen Themenkorb zu verhandeln.

Die Türkisierung schreitet voran

Die einzige Perspektive für eine demokratische Lösung des Zypernproblems liegt in der Entwicklung des gemeinsamen Kampfes von türkischen und griechischen Zyprioten.

Aber unverständlicherweise stimmten Denktaschs Unabhängigkeitserklärung auch die Vertreter der türkisch-zypriotischen Linken zu. Zwar erklärte der Vorsitzende der Republikanischen Türkischen Partei, Ehrem Ural, in einem Interview mit der BBC, daß dies nur ein taktischer Schritt gewesen sei.²³

Andererseits erschwert die türkisch-zypriotische Linke durch das Nachgeben gegenüber dem Nationalismus der türkisch-zypriotischen Bourgeoisie die Entwicklung einer gemeinsamen Kampfplattform aller fortschrittlichen Zyprioten zur Durchsetzung der UN-Beschlüsse und gegen die Türkisierung des Nordens. Sie gibt damit möglicherweise auch dem griechisch-zypriotischen Nationalismus neuen Auftrieb. Die Politik des Teile und Herrsche kann weitergehen.

Zudem schaufelt sich die türkisch-zypriotische Linke mit ihrem teilweisen Einschwenken auf den Denktasch-Kurs letztlich nur ihr eigenes Grab, denn dieser wird ihnen nur so lange politische Handlungsfreiräume lassen, wie er die Linke zur Festigung seiner eigenen Position braucht.

Und auch die türkische Armee wird sich in der nächsten Zukunft wohl kaum aus Zypern zurückziehen. Im Gegenteil, gerade weil Denktasch eben bei weitem nicht die unumschränkte Unterstützung der türkischen Zyprioten genießt, ist die Anwesenheit von türkischen Militärs für ihn eine Frage des politischen Überlebens.

Inzwischen arbeitet die Zeit für Denktasch. Der Prozeß der faktischen Teilung und der Prozeß der Türkisierung des Nordens schreitet voran. Die Neusiedler aus der Türkei haben inzwischen Besitzkunden für das ihnen überlassene Land, das vormals griechischen Zyprioten gehörte, erhalten. Eine Zentralbank, eine eigene Fahne, Briefmarken und neue Pässe sind für die nächsten Wochen geplant.

Anmerkungen:

- 1) U.S. News and World Report, Washington, 28.11.1983, S. 16
- 2) Der Spiegel, Nr. 47/1983, S. 135
- 3) Ebenda
- 4) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21.11.1983
- 5) Wallstreet Journal, New York, 9.3.1979
- 6) Die Zeit, 25.11.1983
- 7) Newsweek, New York, 4.7.1983
- 8) Die Zeit, 25.11.1983
- 9) TAZ, 19.5.1983
- 10) G. Clemenceau, zit. nach: J.J. Schreiber, Die totale Herausforderung, Wien/München/Zürich/New York 1980, S.2
- 11) A. Kerker, Zypern – Ein „Drama“ und seine Regisseure, Düsseldorf 1976, S. 12
- 12) S. Tombasos in: Marxistiko Dheltio, Athen, Nr. 4/1982
- 13) A. Kerker, Zypern..., a.a.O. S.14
- 14) Zit. nach: G. Zoidi/T. Adamou, I Pali tis Kyprou jia ti lefteria, Athen 1960, S. 128
- 15) N. Corsten u.a., Zypern – Der konservierte Konflikt, Bremen 1980, S. 23
- 16) N. Kadritzke/W. Wagner, Im Fadenkreuz der NATO, Berlin 1976, S. 68
- 17) Ebenda, S. 86
- 18) Zit. nach: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Friedensanalysen Band 8, Frankfurt/M. 1978, S. 62
- 19) FAZ, 3.1.1984
- 20) Risospastis, Athen, 27.11.1983
- 21) Ebenda
- 22) Ebenda, 20.11.1983

Brunei

Am 1. Januar 1984 wurde von Staatsoberhaupt Sultan Muda Hassanal Bolkiah das ehemalige britische Protektorat Brunei zum „Negara Brunei Darussalam“ – „Staat Brunei, Heimstatt des Friedens“ proklamiert.

Anstelle des Union Jack wird fortan in Bandar Seri Begawan die gelbe Flagge mit der weiß-schwarzen Diagonale wehen. Damit endete, nach 96 Jahren, die britische Kolonialherrschaft in dem südostasiatischen Sultanat Brunei.

Die Bedeutung Bruneis wird vor allem durch zwei Faktoren bestimmt. Zum einen stellt das Sultanat eine wichtige strategische Position an der Nordküste Kalimantans (Borneos) dar. Zum anderen verfügt es über große Erdöl- und Erdgasvorkommen.

Überlebenshilfe für den Sultan

So hielt Großbritannien auch, nachdem es 1963 den benachbarten Kolonien Nord-Borneo (heute Sabah) und Sarawak die Unabhängigkeit zugestehen mußte, an Brunei fest, da dort die ergiebigsten Erdölquellen Südostasiens sprudeln.

Nutznießer dieser Politik waren vor allem der britisch-niederländische Erdölkonzern Royal Dutch/Shell, der seit 1929 sämtliche Schürf- und Förderrechte für Erdöl und Erdgas in Brunei besaß, aber auch die das Land beherrschende Sultansfamilie.



Moschee in der Landeshauptstadt

Georg Diederichs

Das Ölsultanat wurde unabhängig

Zu deren Schutz ließ der britische Hochkommissar 1962 10.000 Soldaten einfliegen, um einen Volksaufstand niederzuschlagen. Der Anlaß: Der damalige Sultan und Vater des heutigen Herrschers hatte das Ergebnis der ersten Wahlen in Brunei kurzerhand annulliert. Denn mit der 1956 gegründeten Volkspartei Bruneis (1962 verboten, später wieder zugelassen), die sich zum Sammelbecken aller progressiven Kräfte entwickelt hatte, war jene politische Gruppierung siegreich aus den Wahlen hervorgegangen, die nach einer rascheren Gewährung der Unabhängigkeit des Landes strebte und die Macht der regierenden Sultansfamilie in Frage stellte.

Dieser Aufstand hatte auf die Sultansfamilie nachhaltige Wirkung ausgeübt, so daß sie den Termin für die Unabhängigkeit immer wieder hinauszögerte. Gleichzeitig begann sie mit dem Aufbau einer eigenen Armee. Sie rekrutierte sich zum größten Teil aus Gurkhas (nepalesi-

schen Söldnern), die zuvor in britischen Diensten standen.

In den letzten 5 Jahren hat Brunei für etwa 3 Mrd US-Dollar modernes Kriegsggerät gekauft, darunter Panzer, Schnellboote, Flugzeuge, Hubschrauber und Luftabwehrraketen.

Um seine Macht zu stabilisieren, machte der autokratisch regierende Sultan umfangreiche soziale Zugeständnisse an die Bevölkerung.

Ein Teil der reichlich fließenden Einkünfte aus dem Erdöl- und Erdgasgeschäft (1983: 6,1 Mrd Brunei-Dollar) kommt der medizinischen Versorgung, der Altersversorgung und der Bildung der Bevölkerung zugute. Dieses „Opfer“ fällt der Sultansfamilie nicht allzu schwer, da das Land mit 17.600 Brunei-Dollar über das höchste jährliche Pro-Kopf-Einkommen Ostasiens verfügt.

Im Weltmaßstab rangiert Brunei derzeit in der Förderung von Erdöl an 23. Stelle (1983 etwa 8,75 Mio Tonnen), von Erd-



Territorium: 5.765 qkm; 72% mit Wald bedeckt, nur etwa 4% werden landwirtschaftlich genutzt

Hauptstadt: Bandar Seri Begawan (75.000 Einwohner)

Bevölkerung: 250.000 Einwohner; 57% Malaien, 24% Chinesen, 12,7% Ibans und Dayaks (Ureinwohner), 6,3% Europäer u.a.

Religion: Islam als Staatsreligion

Währung: Brunei-Dollar (BR\$); 1 BR\$ = 1,2 DM (Stand Dezember 1983)

Geschichte:

- 1888 Britisches Protektorat
- 1941-45 Besetzung durch Japan
- 1959 Beschränkte Selbstverwaltung
- 1971 Innere Autonomie
- 1984 Volle politische Unabhängigkeit

gas an 4. Stelle in der Welt. Japanische, vor allem aber auch US-Gesellschaften sind mittlerweile in das profitable Öl- und Gasgeschäft eingestiegen, mit dem das Sultanat 98% seines Exporterlöses bestreitet.

So erwarb z.B. der US-Konzern Jasma Jackson eine Ölförderkonzession auf 30 Jahre für 40% der Fläche im Kontinentalschelf. Und mit Hilfe des japanischen Unternehmens Mitsubishi wurde gar eine der größten Erdgasverflüssigungsanlagen der Welt gebaut.

Durch die einseitige Ausrichtung auf die Erdöl- und Erdgaswirtschaft muß Brunei über 80% der Nahrungsmittel importieren, ebenso Maschinen, Baumaterialien und Konsumgüter. Die hohen Exporte aus dem Erdöl- und Erdgassektor verhelfen Brunei aber dennoch zu einem kontinuierlichen Handels- und Zahlungsbilanzüberschuß.

Für die Außenpolitik des jetzt unabhängigen Sultanats zeichnen sich die Hauptpfeiler bereits deutlich ab: Es dürfte weiterhin vorrangig enge Beziehungen zu Großbritannien und zu den Staaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN, der Thailand, Singapur, Malaysia, Indonesien und die Philippinen angehören; siehe ausführlich: AIB 11-12/1981, S. 26-30) pflegen. Seinen eigenen Beitritt zur ASEAN hat Brunei bereits wenige Tage nach Erlangung der Unabhängigkeit erklärt.



Bruneis Präsident Sultan Hassanal Bolkiah (m.)

Peter Garcia

Eine neue Informationsordnung ist unverzichtbar

Am 29.12.1983 verkündete die Regierung Reagan den Entscheid der USA, bis zum Jahresende 1984 aus der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) auszutreten, falls diese nicht umgehend ihren Kurs ändere. Dabei hatten sich Ende November 1983 auf der UNESCO-Generalkonferenz in Paris die Unterprivilegierten des Weltinformationssystems, die Staatenmehrheit der Dritten Welt und des sozialistischen Lagers, durchaus kompromißbereit gezeigt. So stellten sie ihr Verlangen nach einem Verhaltenskodex für die Massenmedien zurück. Und sie machten den Westmächten das Zugeständnis, daß die Neuordnung des von westlichen Medienkonzernen beherrschten Weltinformationssystems keine Sofortforderung, sondern als ein „in Entwicklung befindlicher und fortlaufender Prozeß“ zu behandeln sei.

Was Washington, das immerhin 1/4 des Jahresetats der UNESCO allein bestreitet, dennoch an der Pariser Konferenz nicht paßte, war deren Bekräftigung des Kernanliegens der Entwicklungsländer, ihr Beharren auf grundsätzlichen Veränderungen der internationalen Informations- und Kommunikationsstrukturen. UNESCO-Generaldirektor Amadou Mahtar M'Bow (Senegal) wurden 16,1 Mio Dollar bewilligt, mit denen er das laufende Programm für die Errichtung einer „Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung“, d.h. die Förderung alternativer Medien und die Erarbeitung einer Grundlagenstudie, fortführen kann.

1978 verabschiedet die UNESCO den McBride-Bericht. Kernpunkt des Dokuments ist die Forderung nach einer neuen weltweiten Informationsordnung: Jedes Land müsse aufhören, die Information als ein Geschäft zu betrachten. Sie soll den Charakter einer Sozialleistung erhalten, die von allen Sektoren der Gesellschaft gemeinsam zu tragen sei, um die „Erziehung der Jugend im Geist des Friedens, der Gerechtigkeit und Freiheit, sowie die ... Verteidigung der Menschenrechte und (die Förderung) des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts“ zu sichern.¹

Bis zu 90% Anteile...

Es geht jedoch nicht nur um den kommerziellen Charakter der Information. Das imperialistische Informationsmonopol und der Kulturimperialismus sind Widerspiegelungen der ungleichgewichtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den westlichen Industrienationen und den Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika, und sie dienen der Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Dritten Welt durch den Imperialis-

mus.

Verwirklicht wird die Beeinflussung der Meinungen und Emotionen in der Dritten Welt durch die Presseagenturen (hauptsächlich AP, UPI, Reuter und AFP), die Fernseh-, Radio und Filmgesellschaften (ABC, CBS News, UPI Newspictures) und die Werbeagenturen (McCann-Erickson, J. Walter Thompson und Young & Rubicam).

Alle diese Unternehmen lassen sich von Profitinteressen leiten. Die Medienkonzerne der USA – und in geringerem Maße die Großbritanniens und Frankreichs – entscheiden zu insgesamt 90%, welche Informationen in die Köpfe der Bewohner Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gelangen (ohne sozialistische Länder und Japan).²

Während die einzelnen nationalen Nachrichtenagenturen der Entwicklungsländer im Durchschnitt täglich weniger als 10.000 Wörter absetzen, sind es bei AP 17 Mio, bei UPI 11 Mio, bei AFP 3,5 Mio und bei Reuter 1,5 Mio. Von 1.000 Sendeminuten Fernsehprogramm aus den USA in die Entwicklungsländer fließt lediglich 1 Minute zurück.³

Bei der Auswahl einer Nachricht wird zuallererst an den eigenen Markt ge-

dacht, der aufgrund seiner ungleich höheren Kaufkraft den Löwenanteil der Einnahmen bringt. Z.B. kommen 90% der Einnahmen der US-Agentur AP aus den USA selbst. Der Markt Dritte Welt ist von seiner Kapazität her eine unbedeutende Größe.

Die Zeitungen der Dritten Welt haben ein Gesamtauflage, die nicht einmal 15% der Auflage aller in der Welt erscheinenden Zeitungen erreicht. 83% der Radioempfänger und 90% der Fernsehgeräte stehen in den entwickelten Ländern. Über 40 Entwicklungsländer haben keine eigene Nachrichtenagentur und 20 Länder Afrikas kein eigenes Fernsehen.⁴

Die Markterfordernisse der entwickelten westlichen Länder bestimmen den Inhalt der Nachrichten, die in die Dritte Welt fließen. Dazu der Geschäftsführer der britischen Agentur Reuter: „Wir verkaufen Nachrichten. Die Art von Reportage, wie sie die Dritte Welt sich wünschen könnte, wäre extrem teuer, und wahrscheinlich wäre niemand bereit, dafür die entsprechenden Preise zu bezahlen.“⁵

...der US-Medienkonzerne

Ein Blick auf die internationalen Seiten der thailändischen Bangkok Post im Januar 1983 zeigt folgendes Bild: Alle Nachrichten kamen von AP, UPI oder Reuter, wobei AP mit 50% an der Spitze lag, gefolgt von Reuter mit 28% und UPI mit 22%.

Dementsprechend befaßte sich die Mehrzahl der Meldungen mit Themen aus den USA, Europa und der imperialistischen Geschäftswelt: fast 70%.

Eine kleine Überschriften-Kollektion: England: Tote Frau gebärt Kind – Schwedischer E.T.-Bann bringt Fans in Rage – Sex und der sowjetische Satellit – Frau kontrollierte Marx mit Drogen (es ging um Graucho Marx).



UNESCO-Direktor M'Bow

Bei der Auswahl einer Nachricht spielen die kommerziellen Gesichtspunkte auch im imperialistischen Land selbst eine entscheidende Rolle. Der britische Zeitungsverleger Lord Thompson drückte auf einer Pressekonferenz seine Verachtung für gutgläubige Zeitungsleser durch folgenden Satz aus: „Nachrichten sind die Kindereien, mit denen man die Zwischenräume zwischen den Anzeigen füllt.“⁶

„Hardware“ und „Software“

Ebenso deutlich sind die Worte des britischen Unterhausabgeordneten und Labour-Party-Mitglieds Norman Atkinson: „Alle Zeitungen vertreten eine politische Meinung. In der Regel die des Herausgebers ... Leitartikel, politische Artikel und Berichte dienen genau dem gleichen Zweck wie Anzeigen. Beide verkaufen etwas. Wahrscheinlich ist die Politik-Reklame noch effektiver als die Waren-Reklame, da die Leser nichtsahnend sind und im allgemeinen glauben, daß Zeitungen die Wahrheit berichten... Man muß deshalb Reklame und Politik mit der gleichen Skepsis lesen ... Zeitungen widerspiegeln auch den direkten Einfluß, der aus dem Druck resultiert, den die Auftraggeber der kommerziellen Anzeigen ausüben...“⁷

Ebenso wenig sind Illusionen über die Rolle regierungskontrollierter Medien angebracht. Allein Washington gibt jährlich 2 Mrd Dollar für subversive „schwarze“ und „graue“ Propaganda aus – mehr als der jährliche Haushalt der 3 größten Nachrichtenagenturen AP, UPI und Reuters zusammengenommen! Über 800 Verlage, Agenturen, Radio- und Fernsehgesellschaften usw. stehen in der westlichen Welt im direkten Sold des CIA.⁸

Der CIA-Agent Joseph Smith z.B. finanzierte in Buenos Aires erst die internationale Redaktion des „Noticiero Argentino“ und arbeitete anschließend in Venezuela für die CIA-Agentur „Copy News Service“.⁹ Welche Art von Querverbindungen zwischen Regierungen und privaten Massenmedien bestehen, deutete 1981 auch der CIA-Chef Stansfield Turner an: „Ich hätte keine Bedenken, einen Journalisten für eine geheime Mission zu rekrutieren...“⁸

Sind die für die Dritte Welt bestimmten Nachrichten also bereits schon einmal durch den Filter der auf Profit orientierten Unternehmen, Nachrichtendienste und Regierungsstellen in den imperialistischen Ländern gegangen, so folgt die Nachlese in der Dritten Welt selbst.

Hier ist die Abhängigkeit der Verleger von den Inserenten ungleich größer. In der Mehrzahl der Entwicklungsländer deckt der Verkaufspreis einer Zeitung

nicht einmal deren Papierwert.¹⁰ Die hohen Kosten resultieren daraus, daß die Druckmaschinen und vielfach auch die Farbe und das Zeitungspapier (Mexiko 1981 z.B. 400.000 t) importiert werden müssen.

Art und Qualität der Filme, Nachrichten und Reklame werden in Übereinstimmung mit den Interessen der Inserenten und der Eigentümer der Massenmedien festgelegt. In 22 großen lateinamerikanischen Tageszeitungen stellen die transnationalen Konzerne 31% des gesamten Anzeigenvolumens, in einigen Fällen bis zu 50%. In Mexiko sind sie für 84% der Radio- und 77% der Fernsehreklamespots verantwortlich. In Brasilien ist nur einer der 10 größten Zeitungsinserenten ein nationaler Konzern.¹¹



Die Werbeagenturen leiten den Fluß der Anzeigen aus den Verwaltungen der imperialistischen Konzerne in die Medien der Dritten Welt, betreiben Marktforschung und organisieren Nachfrage und Absatz. Sie unterhalten eigene Datenbanken und finanzieren Medienprojekte. Die großen US-Werbeagenturen beherrschen diesen Markt exklusiv in 46 Ländern der Dritten Welt. Zwischen der Firma J. Walter Thompson und dem CIA besteht seit langem eine enge Zusammenarbeit.¹²

Maschinen und Einrichtungen für den Medienbereich (z.B. Fernsehsendeanlagen) werden als „Hardware“ bezeichnet. Aus den USA erfolgt kein Verkauf dieser „Hardware“ an Länder der Dritten Welt, ohne daß nicht gleichzeitig Verträge über die langfristige Lieferung von „Software“ abgeschlossen werden. „Software“ – das sind Filme, Fernsehserien, Nachrichten usw. Auch über diesen Weg mischen die transnationalen Konzerne bei der Meinungsbildung in der Dritten Welt mit.

ITT ist mit der US-Rundfunk- und Fernsehgruppe ABC (ABC Films und ABC International) kapitalmäßig verbunden und hat über das ABC Worldvision Network direkten Einfluß auf die Pro-

grammgestaltung zahlreicher Sender in der Dritten Welt.

Andere US-Rundfunk- und Fernsehgesellschaften gehören der United Brand Co. (früher United Fruit), die so ebenfalls Meinungen mitformt. Die Gruppen Rockefeller und Morgan kontrollieren mit Hilfe von sechs US-Großbanken einen wesentlichen Teil des Rundfunk- und Fernsehnetzes der USA und damit auch der Programme in vielen Ländern der Dritten Welt.¹³ Ein früherer Präsident des Medienkonzerns CBS gewährte dem CIA direkten Zugang zu der konzern-eigenen Agentur CBS News.¹⁴

Die chilenische Zeitung El Mercurio hatte bei der Verleumdung der Regierung Allende (1970-73) und bei der psychologischen Vorbereitung des Pinochet-Putsches eine Schlüsselrolle gespielt. Ihr Besitzer, ein gewisser Augustin Edwards, war gleichzeitig Vizepräsident der Pepsi-Cola. Der Präsident dieses transnationalen Konzerns, Donald Kendall, war wiederum Vorsitzender des Rates für Lateinamerika, einer Interessenvereinigung von 200 US-amerikanischen Großkonzernen mit Filialen in Lateinamerika. Am 15.9.1970 trafen sich nach einer Dokumentation des US-Senats Kissinger, Edwards und Kendale mit Präsident Nixon, um Maßnahmen gegen Allende zu beschließen.¹⁵

Auch wo die Fernsehgesellschaften und Presseorgane der Dritten Welt nicht direkt von US-Konzernen oder -Nachrichtendiensten kontrolliert werden, bleibt das Funktionieren des imperialistischen Meinungsbeeinflussungs-Mechanismus gesichert.

Im Filz der Konzernverflechtungen

In Kolumbien sind fast alle Massenmedien Eigentum der 30 reichsten Familien des Landes. Durch deren Beteiligungen an nationalen und internationalen Konzernen anderer Branchen sind die Medienkonzerne Kolumbiens in einen auf den ersten Blick undurchsichtigen kapitalmäßigen Filz verstrickt.

Die drei größten kolumbianischen Fernsehgesellschaften mit insgesamt 70% der Sendezeit sind RTI, PUNCH und CARACOL. RTI ist über die Versicherungsgruppe ASEGURADORA GRANCOLOMBIANA mit dem transnationalen Konzern MARLBORO kapitalmäßig verbunden. PUNCH hängt u.a. mit der Konzerngruppe GRAVI zusammen.

CARACOL, die auch eine Radiokette betreiben, ist in der Hand der Familie des vorherigen kolumbianischen Präsidenten López Michelsen, die wiederum 76% der Aktien des Automobilherstellers CHRYSLER COLMOTORES besitzt und an verschiedenen anderen Unternehmen und Banken beteiligt ist.



Alternative Agenturen

ALASEI – Lateinamerikanische Agentur Besonderer Nachrichtendienste.

1981 von FELAP (s.u.) gegründet. Sie hat ihren Sitz seit Oktober 1983 in Mexiko-Stadt. Inzwischen von der UNESCO mit 70.000 Dollar gefördert. Vollmitglieder sind Kuba, Bolivien, Dominikanische Republik, Ekuador, Mexiko, Nicaragua, Panama, Venezuela und Haiti.

ASIN – Aktion Nationaler Informationssysteme.

Gegründet 1979 zum Informationsaustausch zwischen 13 Regierungen Lateinamerikas und der Karibik. Veröffentlicht ein tägliches Bulletin in Spanisch und Englisch von 12-14.000 Wörtern mit Nachrichten von den 13 angeschlossenen nationalen Agenturen sowie aus dem Andenpakt und der Karibischen Gemeinschaft. Unterhält Austausch mit dem Nichtpaktgebundenen-POOL und der Föderation Arabischer Nachrichtenagenturen. Die organisatorische Durchführung liegt in der Hand des IPS.

FANA – Föderation Arabischer Nachrichtenagenturen.

Die Föderation hat ca. 130 Korrespondenten im Ausland (Irak und Algerien je 27) und verarbeitet täglich um die 200.000 Wörter Text. Bis heute haben sich ihr 18 Agenturen angeschlossen.

FELAP – Föderation Lateinamerikanischer Journalisten.

1976 gegründet. Heute sind etwa 80% aller Journalisten Lateinamerikas in der Föderation vereint. Unterstützt ASIN und gründete ALASEI. Bringt die Zeitschrift EL PERIODISMO LATINOAMERICANO heraus. Ziele laut Präsident Eleazar Díaz Rangel: „Verurteilung der Kriegspläne der Reagan-Administration und der reaktionären Politik der militaristischen und faschistischen Diktaturen der Region und ... Kampf um Entspannung in Mittelamerika und der Karibik“.

INNA – Nachrichtenagentur der Islamischen Nationen.

Diese Agentur wird von mehr als 40 Ländern getragen.

IPS – Interpress-Dienst.

1964 als Journalistengenossenschaft gegründet. Dem Dienst sind Journalisten aus mehr als 70 Ländern angeschlossen. Die Meldungen in Arabisch, Deutsch, Englisch, Portugiesisch und Spanisch werden von über 60 Ländern gekauft. Der Dienst hat das sechstgrößte Fernschreibernetz der Welt und arbeitet nach dem Kostendeckungsprinzip. Er koordiniert ASIN und legt besonderes Gewicht auf Wirtschaftsinformationen aus der Dritten Welt. Ziel ist die Berichterstattung aus der Sicht der Dritten Welt über die Entwicklungsländer vor allem auch in den Massenmedien der Industrieländer.

OANA – Organisation Asiatisch-Pazifischer Nachrichtendienste.

1981 in Kuala Lumpur gegründet, von der UNESCO gefördert. Bis heute haben sich der Organisation 23 nationale Agenturen angeschlossen, die Agenturen der VR China, der UdSSR und Vietnams haben Interesse an Beitritt erklärt. Ziel: „Brechung des westlichen Monopols der Nachrichtengebäude aus Asien.“

OPECNA – Nachrichtenagentur der Organisation Erdöllexportierender Länder.

1980 gegründet.

PANA – Panafrikanische Nachrichtenagentur.

1972 gegründet. 53 afrikanische Staaten sind Mitglieder. Die Agentur wird das größte Netz staatlicher Nachrichtenagenturen auf einem Kontinent sein. Die Zentrale ist in Dakar (Senegal) geplant, mit 5 Regionalbüros in Libyen, Sudan, Nigeria, Zaire und Sambia. Die Regionalbüros werden die Nachrichten der nationalen Agenturen des eigenen und der Nachbarländer sammeln und das wesentliche Material nach Dakar weiterleiten, von wo aus es in Form von Bulletins an alle Mitglieder verteilt wird. Ein solcher Nachrichtenaustausch ist auch auf regionaler Ebene vorgesehen. Die Bulletins werden vorerst in Arabisch, Englisch und Französisch erscheinen. Etwa die Hälfte der Kosten in Höhe von 4,7 Mio Dollar wird von den erdölproduzierenden arabischen Staaten aufgebracht.

POOL – Kurzform für THIRD WORLD NEWS AGENCY POOL.

Eigenes Netz nationaler Nachrichtenagenturen der nichtpaktgebundenen Länder. 1975 gegründet. Vereint 66 Agenturen und 7 staatliche Rundfunknetze. Die Zentrale befindet sich in Belgrad. In weiteren 15 Ländern (u.a. Tunesien, Marokko, Irak, Kuba, Vietnam, Indonesien und Jugoslawien) gibt es regionale Zentren. Jede nationale Nachrichtenagentur wählt täglich die wichtigsten Nachrichten aus und schickt sie ins regionale Zentrum. Dort werden sie – falls notwendig – übersetzt und nach Belgrad geschickt, wo dann die Endauswahl für das tägliche Bulletin getroffen wird, das anschließend allen Mitgliedern zugeht.

Die Mitgliedsländer haben die Möglichkeit, Journalisten zu den regelmäßig stattfindenden Schulungen zu entsenden. Bis heute umfassen die Aktivitäten hauptsächlich den Pressebereich. Die Einbeziehung des Rundfunk- und Fernsehsektors ist bereits in Angriff genommen und bald sollen Fernsehfilme und Radioprogramme in ähnlicher Weise wie Pressemeldungen ausgetauscht werden. Oberstes Organ ist die Konferenz der Direktoren der Mitgliedsagenturen. Das ständige Exekutivorgan ist das Koordinationskomitee, das aus Vertretern von 14 nationalen Agenturen besteht. Die Gipfelkonferenz in Delhi (März 1983) bekräftigte noch einmal die Ziele des Pools: „Entkolonialisierung der Information“ und „Brechen des Monopols der westlichen Nachrichtenagenturen über die Information in der Dritten Welt“. Für 1984 ist in Havanna eine Konferenz unter dem Titel „Informationsstrategie und -maßnahmen“ geplant.

Auch der jetzige Präsident Kolumbiens, Betancour, kommt nicht zu kurz. Die Gruppe POSTOBON-LUX um den Finanzmagnaten Ardila Lulle, die Betancours Wahlkampf finanziert hat, ist Eigentümer der Radiokette RCN. Außerdem besitzt diese Gruppe, die auch die Aktienmehrheit bei der kolumbianischen Fluglinie AVIANCA hält, mehrere überregionale Zeitungen.¹⁶ In einigen Ländern Asiens und bei einer Fernsehgesellschaft Brasiliens haben sich japanische Konzerne gegen die US-Konkurrenz durchgesetzt.

Auch hier gilt das Prinzip, daß zusammen mit den Sendeanlagen „Software“ auf langfristiger Basis verkauft wird. Allerdings beschränken sich die Japaner im Gegensatz zu den USA vorerst noch auf Spielfilme.

Die Bundesrepublik ist an Medienprojekten in ca. 80 Ländern beteiligt. Aufgrund der relativen technischen Unterentwicklung im Bereich der elektronischen Medienindustrie beschränken sich die Aktivitäten der Konzerne und Regierungsstellen der BRD auf Presse und Rundfunk. Französische und – in etwas geringerem Maß – britische Konzerne üben unter Ausnutzung der überkommenen politischen Strukturen in einigen früheren Kolonien entscheidenden Einfluß auf deren Medienbereiche aus.

„Freier Nachrichtenfluß“ oder...

Von dieser Handvoll imperialistischer Länder wird das Prinzip des „freien Nachrichtenflusses“ in den Mittelpunkt aller Diskussionen um die Weltinformationsordnung gestellt. Ein solches Prinzip hat jedoch wenig Sinn, solange die Länder der Dritten Welt nur in der Lage sind, als Empfänger von Informationen aufzutreten.

In nächster Zukunft werden die imperialistischen Länder aufgrund ihrer technischen Überlegenheit sogar in der Lage sein, den Bewohnern der Dritten Welt Fernsehprogramme über Satelliten unkontrollierbar direkt ins Haus zu schicken. Es geht dabei um Summen, die auch bei eventuell vorhandenem technischen Know-how kaum ein Land der Dritten Welt für diesen Zweck ausgeben könnte: Ein Intelsat-Satellit der 5. Generation kostet 270 Mio Dollar, sein Abschluß in die entsprechende Umlaufbahn 70 Mio Dollar.¹⁷

Selbst reaktionärste NATO-Kreise können diese Realitäten nicht ableugnen: „Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß durch den Verlauf der Geschichte ein Ungleichgewicht des Flusses und der Mittel der Information zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern entstanden ist.“¹⁸

Gleichzeitig sind die westlichen Indu-

striestaaten aber lediglich bereit, mit dem Auf- und Ausbau technischer Medienkapazität (Sende- und Empfangsanlagen, Druckereien, Infrastruktur) zur Überwindung des Nord-Süd-Gefälles beizutragen – und auch das nicht aus Eigennützigkeit, sondern zur Erhöhung der Exporte und Konzerngewinne. Außerdem bleibt dadurch der Inhalt der Informationen unangetastet – es wird sogar eine noch umfassendere Verbreitung der ideologischen Konzepte und Denkschablonen des Imperialismus erreicht.

Eines dieser Konzepte ist der „freie Nachrichtenfluß“. Heute hat dieses Prinzip nicht mehr die gleiche Bedeutung wie zum Zeitpunkt seiner Entstehung. In der Zwischenzeit haben sich die konkreten geschichtlichen Bedingungen grundsätzlich geändert. Als Folge davon ist auch der Stellenwert dieser Forderung gegenüber anderen, wie „Entkolonialisierung



„Voice of America“ auf Sendung für Afrika

der Information“ und „Information im Dienst der gesamten Menschheit“ zurückgegangen.

Als die UNO im Dezember 1946 das Prinzip der Informationsfreiheit und des freien Informationsflusses verkündete, stand die Menschheit noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Gleichschaltung der Massenmedien in den Ländern mit faschistischen Diktaturen.

Aber noch wesentlicher ist folgender Gesichtspunkt: Die UNO mit damals 51 Mitgliedstaaten erhob die Forderung nach „freiem Informationsfluß“ zu einer Zeit, als der Zerfallsprozeß der Kolonialreiche gerade erst einsetzte, als der größte Teil der heute selbständigen Staaten Asiens und Afrikas noch nicht mit eigener Stimme reden konnte und somit die Probleme der Unterentwicklung nicht zur Sprache kamen. Schließlich erlaubte der damalige Entwicklungsstand der Medientechnik keine so umfassende Manipulation der Meinungen und Gefühle des Menschen, wie sie heute möglich ist.

1976 zog die UNESCO die Konsequenzen aus der veränderten Weltsituation – aus der Existenz einer Mehrzahl wenig entwickelter Staaten und einer kleinen Minderheit imperialistischer Länder mit neokolonialistischen Zielen gegenüber dieser Mehrheit. Sie ersetzte das Prinzip des „free flow“, des freien Nachrichtenflusses, durch das Prinzip des „balanced flow“, des ausgewogenen Nachrichtenflusses.

...neue Weltinformationsordnung

1980 ging die UNESCO noch einen Schritt weiter: Sie nahm offiziell die Forderung nach einer umfassenden Neuordnung des Weltinformationssystems in ihr Programm auf – und geriet sogleich in die Schußlinie der reaktionärsten imperialistischen Länder. Die USA drohten wiederholt mit der Streichung aller Mittel für dieses Organ der UNO, bevor sie im Dezember 1983 ihren Austritt aus der UNESCO bis Ende 1984 erklärten.

Dazu die New York Times in einem Kommentar unter der Überschrift „Härtere Bandagen im Kampf mit der UNESCO“: „Durch das Hinzufügen von Business, wissenschaftlichen Informationen und Satelliten zur UNESCO-Debatte erhielten die auf dem Spiel stehenden westlichen Interessen eine breitere Basis... Die westlichen Nachrichtenorganisationen werden nicht mehr länger allein als Kämpfer für Pressefreiheit und Demokratie angesehen. Nun werden sie mit den mächtigen Unternehmen verbündet sein, deren Interessen an der Aufrechterhaltung des Status quo schamlos materialistischer Natur sind.“¹⁹

Woraus folgt, daß die ideologische Entkolonialisierung der Dritten Welt nicht vom Kampf um die Zerschlagung der ökonomischen Macht des Imperialismus zu trennen ist.

Anmerkungen:

- 1) Voz Proletaria, Bogotá, 9.12.1982
- 2) Cadernos do Terceiro Mundo, Lissabon, Nr. 43/1982
- 3) Horizont, Berlin, Nr. 9/1980
- 4) Le Monde, Paris, 28.3.1980
- 5) Cadernos, Nr. 43/1982
- 6) Cadernos, Nr. 43/1982
- 7) Fleet St. Declares War on the Labour Party, London 1982
- 8) Granma, Havanna, 3.5.1981
- 9) Cadernos, Nr. 51/1983
- 10) Cadernos, Nr. 43/1982
- 11) Cadernos, Nr. 43/1982; NACLA Report, Washington, Nr. 4/1982
- 12) Advertising Age, 3.2.1975; Horizont, Nr. 9/1980
- 13) Horizont, Nr. 9/1980
- 14) Cadernos, Nr. 51/1983
- 15) NACLA, Nr. 4/1983
- 16) Voz Proletaria, 9.12.1982
- 17) Cadernos, Nr. 51/1983
- 18) NATO-Brief, Brüssel, Nr. 6/1981
- 19) New York Times, 24.5.1982

DJU zur Weltinformations- ordnung

Auf ihrer letzten Bundeskonferenz verabschiedete die Deutsche Journalisten-Union (DJU) eine Resolution zum Thema internationale Informationsordnung folgenden Wortlauts.

Die Deutsche Journalisten-Union in der Industriegewerkschaft Druck und Papier unterstützt die Aktivitäten der UNESCO bei der Verwirklichung der neuen „Welt-Informationsordnung“. Ihr Appell richtet sich auch an die Internationale Journalisten-Föderation, alle Maßnahmen zu fördern, die die Position der sogenannten unterentwickelten Länder stärkt.

Folgende Punkte haben dabei Priorität:

1. Die Beseitigung der heute bestehenden „Ungleichgewichte und Ungleichheiten“, die sich vor allem in der Beherrschung der Welt-Informationsquellen durch wenige multinationale Konzerne wie UPI, AP, Reuters und AFP ausdrückt, sowie die „Beseitigung der negativen Auswirkungen gewisser öffentlicher oder privater Monopole und übermäßiger Konzentrationen“, die dazu führen, daß vor allem die Länder der 3. Welt, aber auch andere, zum Schaden der eigenen Kultur mit minderwertigen Film- und Fernsehproduktionen kommerzieller Art überschwemmt werden.

2. Bei den Entwicklungsstrategien ist die **Entwicklung der Kommunikation** in Wechselbeziehung zu setzen. Kommunikationspraxis und Kommunikationsmittel sind in einer Großzahl von Ländern nicht genügend auf die Entwicklungsziele abgestimmt.

3. In bezug auf die Kommunikation ist die Situation insbesondere der Frauen, der Analphabeten und der Bevölkerung in ländlichen Gereichen unbefriedigend und deshalb zu verbessern.

Die Deutsche Journalisten-Union in der IG Druck und Papier unterstützt die **Erklärung der UNESCO** von Belgrad von 1980 und fordert die UNESCO auf, durch den Erlaß von Empfehlungen und rechtlich verbindlichen Bestimmungen ihre Mitgliedsstaaten zur Verwirklichung der Beschlüsse zu veranlassen. Dabei ist es sinnvoll, der Resolution über die neue „Welt-Informationsordnung“ innerhalb der UNESCO größeres Gewicht zu verleihen.

Von der **Regierung der Bundesrepublik Deutschland** erwartet die Deutsche Journalisten-Union, daß sie sich mehr als bisher der Position der Entwicklungsländer annimmt und Distanz zum von den Vereinigten Staaten von Amerika dominierten, merkantilistischen Medienverständnis einnimmt.

Die Bundesrepublik Deutschland sollte mehr die Standpunkte der **Blockfreien** und **Dritte-Welt-Staaten** unterstützen. Durch diesen Schritt könnte die Bundesrepublik auch andere Staaten zu einem Kurs beeinflussen, der sich in den Dienst von Emanzipation und Souveränität der benachteiligten Staaten stellt.

(Quelle: die feder, Nr. 1/1983, S. 30)



Nuri Abdul Razzak

Die Dritte Welt im Strudel des Rüstungswettlaufs

Auf der Präsidiumstagung der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO) Mitte Dezember 1983 in Nikosia/Zypern standen die aktuelle Weltlage nach Stationierungsbeginn in Westeuropa sowie die Krisenzuspitzung im Nahen Osten und Südlichen Afrika im Vordergrund. In einer Deklaration wurde die internationale Solidaritätsbewegung dazu aufgerufen, den Kriegsvorbereitungen Washingtons weltweit gemeinsame Aktionen entgegenzusetzen. AAPSO-Generalsekretär Nuri Abdul Razzak (Irak) ging in seinem Bericht ausführlich auf die Bezugspunkte erhöhte Atomkriegsgefahr und Dritte Welt und auf die Libanonkrise ein. Dazu bringen wir Ausschnitte.

Gerade in diesem Augenblick, da sich das Präsidium der AAPSO hier in Zypern trifft, stationieren die Vereinigten Staaten ihre Pershing-II-Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles in Europa. Die Nichtratifizierung von SALT II (Rüstungsbegrenzungsabkommen USA-UdSSR von 1979; d. Red.) und der Mißerfolg bei dem Versuch der zweiten Abrüstungs-Sondersitzung der UN-Vollversammlung, bedeutsame Resultate zu erzielen, sind bereits unheilverkündende Zeichen, die auf das internationale Klima hinweisen, in dem dieser verhängnisvolle Schritt vollzogen wird. Die Einstellung der Genfer Gespräche zwischen der UdSSR und den USA hat schwerwiegende Konsequenzen.

Testfall Stationierung

Die Stationierung von Pershings und Cruise Missiles in Europa ist kein ausschließlich europäisches Problem. Sie ist zum wichtigsten Testfall dafür geworden, ob es einen Durchbruch in Richtung Abrüstung oder einen qualitativen Sprung im Rüstungswettlauf geben wird. Jede dieser beiden Entwicklungen wäre weltweit von Wichtigkeit und geht alle Völker, einschließlich denen der Dritten Welt, gleichermaßen an.

Der Unterschied zwischen einer weiteren Eskalation des Wettübens und einem Durchbruch zur Abrüstung könnte sich in einer Differenz von 40% in der Anzahl der atomaren Sprengköpfe am Ende des Jahrhunderts darstellen.

Eine neue Eskalation im Rüstungswettlauf würde nicht nur einen quantitativen Sprung im Umfang der atomaren Waffenarsenale bedeuten, sondern ebenso einen qualitativen Sprung, der in der Einführung von neuen, schrecklichen Waffenarten begründet liegt, wie etwa Strahl- und Laserwaffen, genetische Waffen, Infraschall, elektromagnetische Strahlung und sogar ethnische Waffen, deren Entwicklung als das Fortschreiten vom atomaren zum nachatomaren Zeitalter beschrieben wurde.

Die konventionellen Waffen werden sich, dank den neuen Kommunikationstechnologien, die militärischen Zielen dienen, mit erweiterten

Fähigkeiten ausdehnen und chemische sowie biologische Waffen mit umfassen. Solche verhängnisvollen Entwicklungen werden die Lücke zwischen den militärischen Fähigkeiten der sich entwickelnden und der entwickelten Länder noch mehr erweitern. Die sich entwickelnden Länder in ihren nationalen Verteidigungssystemen noch abhängiger von den entwickelten kapitalistischen Ländern machen.

Ein qualitativer Sprung im Rüstungswettlauf würde den Brennpunkt der globalen militärischen Konfrontation von Europa in den Weltraum, auf die Ozeane und auf den Meeresgrund verlagern.

Nicht nur Europa, sondern der ganze Planet wird in den Strudel des Rüstungswettlaufs hineingesogen werden, ohne Unterschied zwischen den souveränen Staatsterritorien und, darüber hinaus, ihrer Umwelt. Dies wird eine weitere direkte Bedrohung der Dritten Welt sein, die sich von einer zunehmend kriegsorientierten Umwelt überflutet wiederfinden wird. Ein Sprung im Rüstungswettlauf ist sogar für die Volkswirtschaften der entwickelten

Länder hinderlich, egal ob kapitalistisch oder sozialistisch. Jedoch führt er nicht notwendigerweise zu einem Ungleichgewicht in der Machtbalance zwischen ihnen. Diese Gleichheit kann in den Ländern der Dritten Welt nicht aufrechterhalten werden, da für sie jeder Sprung im Rüstungswettlauf einen Rückfall gegenüber den entwickelten Ländern bedeutet und den Abzug immer größerer Geldmengen von den Grundbedürfnissen und Entwicklungsprojekten erforderlich macht.

Die Politik der US-Administration, die auf der fehlerhaften Annahme beruht, die UdSSR sei der Anstifter aller regionalen Konflikte und solle von allen Beteiligten an diesen Konflikten als der Hauptfeind erkannt werden, ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie bei dem Versuch, die lokalen Konflikte in eine globale Konfrontation umzuwandeln, die öffentliche Weltmeinung hinter Licht geführt wird. Entsprechend der Reagan-Doktrin, einen „strategischen Konsens“ zwischen Israel und den Arabern aufzubauen, werden die Araber aufgefordert, die UdSSR und nicht Israel als ihren Hauptfeind anzusehen.



Möglicherweise ist das der letzte Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Ebenfalls mit der vorgeblichen Bedrohung durch die UdSSR rechtfertigt die Reagan-Administration den Aufbau ihrer Schnellen Eingreiftruppe in der Golfregion und ihre neuen Bemühungen, ein Hauptquartier für das US-Zentralkommando im Nahen und Mittleren Osten zu bekommen.

Die direkte Verwicklung der USA in den Libanonkonflikt ist heute kein Geheimnis mehr. Während sie vorgeben, für den Frieden zu wirken, holen die USA ihre Flotten sowie ihre mit Atomsprengköpfen bestückten U-Boote in die Region des Nahen und Mittleren Ostens.

Von Washingtoner Beamten wurde dargelegt, daß diese neuen amerikanischen Eskalationsschritte auf der einen Seite als Defensivmaßnahmen zum Schutz der Interessen der USA und ihrer Verbündeten anzusehen seien und auf der anderen Seite das auszuführen suchten, was Israel nicht gelang. Und dies ist an sich eine Bestätigung des strategischen Paktes, der beide verbindet.

Paradekonflikt Libanon

Auf dieser Grundlage versuchen die USA, dem Libanon mit Waffengewalt das aufzuzwingen, was an ihren Intrigen noch verbleibt, nämlich den Libanon zu teilen, nachdem sie es nicht schafften, ihn vollständig zu beherrschen und jegliche Präsenz der Palästinenser im Libanon auszumerzen, nachdem sie es nicht schafften, diese politisch und militärisch zu liquidieren, um dann die syrischen Streitkräfte hinauszurufen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß eine neue Aggression nicht nur gegen das palästinensische Volk, sondern ebenso gegen Syrien selbst und gegen die libanesische Nationalbewegung, die der Okkupation Widerstand leistet und die libanesisch-israelische Übereinkunft bekämpft, wie auch gegen alle arabischen Völker ausgebrütet wird.

Diesmal nutzen Israel und die USA die innerpalästinensischen und palästinensisch-arabischen Differenzen, um der palästinensischen Revolution im besonderen und der arabischen Revolution im allgemeinen einen tödlichen Schlag zu versetzen.

Wir erachten es als in unserer Verantwortung stehend, vor der Gefahr solcher Konflikte zu warnen, und wir fordern ihre unverzügliche Zurückweisung seitens der palästinensischen Organisationen selbst.

Wir rufen nach selbstschützendem Zusammenhalt, Einheit und Freiheit des Willens. Alles andere würde in dieser schwierigen Zeit eine Bedrohung der Existenz des palästinensischen Volkes unter der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bedeuten. Wir rufen alle arabischen Beteiligten auf, ihre Hände von der PLO zu lassen, deren Existenz und Entschlossenheit mit palästinensischem Blut getränkt wurde und die die Verkörperung des Kampfes der arabischen Völker und ihrer Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf gegen Zionismus, Imperialismus und Reaktion war und ist.

Deshalb ist es zwingend notwendig, daß das Verhältnis zwischen der PLO und Syrien auf der Basis einer strategischen Beziehung berichtigt wird, um dem amerikanischen Imperialismus und dem Zionismus entgegenzutreten, um dem nationalen Kampf der arabischen Völker zu dienen und alle arabischen Kräfte so auszurichten, daß sie in dieser schwierigen Zeit den Gefahren und Verschwörungen widerstehen, denen sie auf den palästinensischen und libanesischen Kampfschauplätzen begegnen.

(Quelle: Dokument Nr. 1 der 12. Tagung des AAPSO-Präsidiums, Nikosia, 13.-15.12.1983, S. 2-11, Ausschnitte)

Anni Friese

Filmerlebnis „Die nackten Füße Nikaraguas“



„Die nackten Füße Nikaraguas“, so nennen die Einheimischen den südlichen Zipfel ihres Landes. Thema des gleichnamigen Films von Rolf Neddermann und Manfred Vosz ist der Transport des Flußdampfers „Gröpel“, eines Geschenkes des Bremer Senats an die nikaraguanische Regierung, über den Rio San Juan in den Nikaragua-See.

Der Dokumentarfilm zeigt einen Landstrich, der für die sandinistische Regierung ein Schwerpunkt bei der Entwicklung des Landes ist. Vorher war er eine vergessene Region, erlebte nur Anfang des Jahrhunderts eine kurze Blüte.

Die Engländer wollten den Rio San Juan, der sich als natürlicher Wasserweg zwischen Atlantik und Pazifik anbietet, zum Kanal ausbauen. Als die USA den Kampf um die Vorherrschaft in Mittelamerika für sich entschieden hatten war auch das Schicksal des Kanals besiegelt. Ein Vertrag sicherte den USA die Erschließungsrechte, die sie ausnutzten, um den Bau des Kanals, der eine Konkurrenz für „ihren“ Panamakanal bedeutete hätte, zu verhindern. In eindrucksvollen Bildern zeigt der Film, unter welchen Bedingungen das nikaraguanische Volk lebt und seine Zukunft plant.

Dabei wird die drückende Hinterlassenschaft von 50 Jahren Somoza-Diktatur spürbar, aber auch die Lebensfreude der Nikaraguancer. In San Juan werden heute wieder Häuser gebaut. Es gibt eine Schule und eine Sanitätsstation. Der Besitz Somozas wurde aufgeteilt, Wald und Sumpf werden urbar gemacht.

Zur Unterstützung des Aufbaus machte der Bremer Senat Nikaragua die „Gröpel“ zum Geschenk. Sie soll die Verbindung zwischen der Bezirkshauptstadt San Carlos und den Solentiname-Inseln im Nikaragua-See verbessern. Ehe die „Gröpel“ ihren Dienst verschen

kann, muß sie über den Rio San Juan in den Nikaragua-See geschafft werden. „Zum letzten Mal legt die Gröpel in Bluefields ab. Wir haben alle das Gefühl, ein Abenteuer besonderer Art anzutreten. Das Schiff, gebaut für die Wellen auf der Unterweser, ist bald den gewaltigen Wellen der Karibik ausgesetzt.“

Die Fahrt durch den Rio San Juan wird zu einem Kampf gegen die Natur. Das Fluß-Delta ist versandet, ein Lotse führt durch die Fahrrinne. Später wird der Fluß eng, vom Urwald eingeschnürt. Kurz vor Ende der Fahrt bleibt die „Gröpel“ stecken und muß ein halbes Jahr auf die Regenzeit warten. Die Arbeiten an dem Film müssen unterbrochen werden.

Nicht nur Naturgewalten behindern den Aufbau in Nikaragua, auch das stellt der Film klar. Bei einem zweiten Aufenthalt filmt das Team ein Begräbnis in San Carlos. Laureano Maidena wird beerdigt, er fiel bei den Kämpfen gegen die „Contras“ im Norden des Landes.

Ein halbes Jahr nachdem die „Gröpel“ festgefahren war, kommt die Nachricht, die Pastora „Contra“organisation ARDE hätte das Schiff zerstört. Die Dokumentaristen fahren wieder hin und finden vieles verändert.

Soldaten sind da, die Flußfahrt ist nur noch unter militärischem Schutz möglich. Auf seiner bislang letzten Reise wird das Filmteam überfallen, die Mitarbeiter zum Teil schwerverletzt nach Kostarika verschleppt.

Das Unternehmen „Gröpel“ muß als vorerst gescheitert gelten. Von Resignation ist in dem Film jedoch nichts zu spüren. Trotz aller Rückschläge gilt die Losung der Sandinistas, die im Film immer wieder zu sehen ist: „No Pasarán“ (Sie kommen nicht durch).

Der Film kann ausgeliehen werden beim CON-Filmverleih Bremen, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1, Tel. 0421 - 50012/3.

Sandinos Vermächtnis

Augusto César Sandino, erster Guerillaführer Lateinamerikas, ist 1984, in dem Jahr, in dem sich seine Ermordung zum 50. Mal jährt, mehr als eine Legende.

„Als antiimperialistischer Held und unbeugsamer Verteidiger der Souveränität sprach Sandino von der Notwendigkeit einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Umgestaltung zugunsten der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Sandino hinterließ ein ganzes Vermächtnis auf militärischem, politischem, ideologischem und diplomatischem Gebiet. Alle diese Erfahrungen wurden von uns wieder aufgegriffen und, um es einmal so zu sagen, schöpferisch weiterentwickelt.“ So Victor Tirado, Mitglied der Nationalen Leitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) am 12. April 1983.

Sandino erkannte das grundlegende Problem, daß nationale Befreiung nur bei Durchsetzung der Interessen seines Landes gegen die des „großen Bruders“ im Norden möglich sein konnte. Der Monroe-Doktrin (1823) des „Amerika den Amerikanern“ setzte er sein eigenes Konzept entgegen: „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika für die Yankees, Lateinamerika für die Indio-Latinos.“

Im nikaraguanischen Bürgerkrieg 1927-33 zwischen den Liberalen, die sich auf die Handelsbourgeoisie stützten, und den Konservativen, deren Basis die Landoligarchie war, stellte sich Sandino auf die Seite der Liberalen. Diese kämpften gegen den von den USA eingesetzten Präsidenten Adolfo Díaz. Sandino glaubte, an der Seite des liberalen José María Moncada sein Ziel, die Vertreibung der Besatzungsmacht USA, erreichen zu können. 1927 versprachen die USA Moncada Präsidentschaftswahlen unter ihrer Aufsicht, was seiner Ernennung zum Präsidenten gleichkam. Die Bedingung: Er und seine Mitstreiter müßten die Waffen niederlegen.

Alle stimmten zu, nur einer weigerte sich: Sandino. Er wollte den Kampf erst nach dem Abzug der US-Truppen einstellen.

Mit seinem Bauernheer kämpfte er weiter, nun nicht mehr nur gegen die einheimischen „vendepatrias“ (Vaterlandsverkäufer), die Gene-

räle, die das Land an die USA verschachert hatten, sondern auch gegen die ausländischen Invasoren, die 1927 einmarschierten Truppen der USA: „Wir sind allein. Die Sache Nikaraguas wurde verraten. Ab heute sind unsere Feinde nicht die Truppen des Tyrannen Díaz, sondern die Marines des mächtigsten Imperiums, das es je in der Geschichte gegeben hat. Gegen sie werden wir kämpfen.“

Er war bereit, in seinen Reihen alle aufzunehmen, denen es Ernst war mit dem Kampf für die nationale Unabhängigkeit. Als Mann aus dem Volk ging es ihm darum, den Interessen des Volkes zum Durchbruch zu verhelfen. Er ließ sich deshalb nicht wie seine ehemaligen Kampfgefährten mit dem Versprechen auf einen lukrativen Posten abspeisen.

Die Lebensbedingungen des Volkes, für deren Verbesserung er sich einsetzte, hatte er am eigenen Leib erfahren. Von frühester Kindheit an mußte er als nichtehelicher Sohn eines reichen Mestizen für seinen Lebensunterhalt selbst arbeiten.

Auch hatte er zu seinen Soldaten ein anderes Verhältnis als die liberalen oder konservativen Generäle: Er zog an ihrer Spitze in den Kampf, war einer von ihnen.

Ausgehend von einem Heer von 30 Mann gelang es Sandino innerhalb von 6 Jahren, den Guerillakrieg im ganzen Land zu entfachen und die US-Marines schließlich 1933 zum Abzug zu zwingen.

Mit dem Abzug der Marines fiel auch Moncada. Sandinos Nachfolger Juan Bautista Sacasa forderte Sandino auf, sein Versprechen zu erfüllen und jetzt die Waffen niederzulegen. Als ihm und seinen Mitstreitern Sicherheit und Beibehaltung der in den befreiten Gebieten durchgeführten Agrarreform zugesichert wurde, ließ Sandino die Entwaffnung seines Heeres zu.

Dies sollte sich als tragischer Fehler erweisen. Die Marines waren zwar abgezogen, hatten aber durch den Aufbau der Nationalgarde eine einheimische Besatzungsmacht hinterlassen. Ihr Oberbefehlshaber Anastasio Somoza sorgte für die Durchsetzung der US-Interessen. Er stellte die eigentliche Macht im Lande dar und

ließ Sandino am 21. Februar 1934 ermorden. Natürlich nicht, ohne sich vorher vom US-Botschafter Bliss Lane den Segen dafür erteilen zu lassen.

Die Mitstreiter Sandinos wurden von der Nationalgarde dezimiert, die Bewegung war wenig später aufgegeben.

Sandino hatte Vorstellungen über den Aufbau eines anderen Nikaragua, die er zwar nicht mehr in einem Programm zusammengefaßt hat, die sich jedoch in Interviews und anderen Dokumenten nachweisen lassen.

Die wesentlichen Gedanken sind die Schaffung einer demokratischen und unabhängigen Volksregierung, die Bearbeitung des Bodens durch Kooperativen zum Nutzen dessen, der ihn bebaut, die Überarbeitung der Gesetze in Bezug auf die nationale Souveränität. Er sprach sich für die Gründung eines Kongresses der lateinamerikanischen Staaten und der USA aus, mit dem Ziel, „die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten irgendeiner indospanischen Republik, die Respektierung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit“ zu gewährleisten.

Desweiteren sprach er sich für die Nutzung der nationalen Reichtümer zum Wohle des Volkes und die Beibehaltung seines Verteidigungsheers als wirklich nationalem Heer aus.

„Die Souveränität des Volkes steht nicht zur Diskussion“

Die Verwirklichung dieser Vorstellungen erwies sich freilich als schwierig, denn zu Sandinos Zeiten war die Situation noch nicht reif für eine siegreiche proletarische Revolution in der Region. Die internationale Solidarität für Sandino hatte geringes Gewicht und nur wenige Erfahrungen anderer Befreiungsbewegungen konnten genutzt werden. Die organisierte Arbeiter- und Bauernbewegung Nikaraguas steckte noch in ihrem Anfangsstadium.

In den befreiten Gebieten hatte Sandino zwar mit sozialen Reformen begonnen. Aber er hatte noch keine Massenorganisationen geschaffen und die Auflösung der bewaffneten Organe zugelassen, die die Errungenschaften hätten verteidigen können. Vor allem aber hatte er die Rolle der Nationalgarde als Streitmacht des US-Imperialismus unterschätzt und die antiimperialistischen Positionen der Liberalen überbewertet.

Auch wenn Sandino nicht endgültig siegte, war sein Kampf gegen die US-Invasoren beispielhaft für seine Zeitgenossen, und er blieb es für die heutigen Befreiungsbewegungen. An seiner Seite kämpfte der legendäre Farabundo Martí, Führer des Arbeiter- und Bauernaufstandes in El Salvador 1930, in den USA bildeten sich antiimperialistische Komitees zur Verteidigung Sandinos.

Die Erben Sandinos, die den Sohn seines Mörders 1979 verjagten, zogen ihre Lehren aus den Fehlern Sandinos. Ihr Feind ist derselbe geblieben: der US-Imperialismus und die Teile der Bourgeoisie, die bereit sind, das Land den USA auszuliefern.

Heute steht das Volk den Invasoren nicht mehr wehrlos gegenüber, die Sandinistas haben ihm Waffen zu seiner Verteidigung gegeben. Damit erfüllt sich das Vermächtnis Sandinos: „Die Souveränität des Volkes steht nicht zur Diskussion, man verteidigt sie mit der Waffe in der Hand.“

P. Grund



Chile: Freispruch für Werftbesetzer

Zwei Teilnehmer der symbolischen Besetzung eines Docks der HDW-Werft Kiel, gegen die Anklage wegen Hausfriedensbruchs erhoben worden war, wurden Anfang Januar d.J. vom Schöffengericht Kiel freigesprochen.

An der Besetzungsaktion vom 4. September 1982 hatten sich 23 Personen beteiligt. Ihr Protest hatte sich gegen die bundesdeutsche Lieferung von zwei U-Booten an die chilenische Junta, gegen Rüstungsexporte und Arbeitsplatzvernichtung bei HDW gerichtet.

Buchtip zur Aufrüstung

Mit großer Sorgfalt haben die beiden Briten M. Kidron und D. Smith in dem von ihnen herausgegebenen Buch *Die Aufrüstung der Welt. Ein politischer Atlas. Kriege und Waffen seit 1945*, Rowohlt Verlag, Reinbek 1983, 137 S., 25 DM den Versuch unternommen, den Stand und die Folgen der weltweiten Aufrüstung kartographisch darzustellen.



Im ersten Kapitel werden die Kriege seit 1945 und ihre Ergebnisse dargestellt. Die weiteren Abschnitte skizzieren die geographische Verteilung der Militärbasen, der Armeen, der konventionellen und atomaren Waffen.

Die Androhung des Einsatzes militärischer Mittel, die Produktion und der Export von Waffen, die politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen der Aufrüstung und der Widerstand der Friedensbewegung sind Themen der folgenden Kapitel.

Statistische Tabellen zu den 40 doppelseitigen Farbkarten und bibliographische Angaben befinden sich im Schlußteil des großformatigen Buches.

Trotz der Übernahme einiger Falschinformationen aus offiziellen US-Quellen und der Unübersichtlichkeit mancher Karten, enthält der Atlas hervorragendes Anschauungsmaterial.

Südafrika: Todesurteile

Einmal mehr verhängte das oberste südafrikanische Gericht ein Todesurteil, diesmal gegen das Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Malesela Benjamin Maloiso. Am 17. Januar 1984 protestierte der UNO-Botschafter Togos gegen das Urteil und forderte seine dringende Befassung im UN-Sicherheitsrat.

Die Anti-Apartheid-Bewegung (Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1) führt eine Unterschriftenkampagne durch, mit der gegen die drohende Vollstreckung protestiert werden soll.

Südafrika auf der Touristika?

Gegen die erneut geplante Teilnahme Südafrikas an der Grünen Woche und Tourismusbörse in Westberlin des Jahres 1984 richtet sich der Protest der Initiativegruppe „Kein Stand für Südafrika auf der Grünen Woche und der Tourismusbörse 1984“.

Der im Herbst 1983 gegründeten Initiative gehören Mitglieder von Südafrika-Solidaritätsgruppen, von terre des hommes, des Weltfriedensdienstes und der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam an. Die Initiativegruppe veröffentlichte am 2. Januar d.J. einen Offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister, den Senat und die Ausstellungs-Messe-Kongress GmbH Berlin, den bereits 200 Einzelpersonlichkeiten und mehr als 30 Organisationen unterzeichnet haben. Der Offene Brief verurteilt die rassistische Apartheidpolitik Südafrikas und fordert die Einhaltung internationaler Sanktionsbeschlüsse gegen Südafrika.

Kontaktadresse: c/o Chr. Raetz, Großgörschenstr. 39, 1000 Berlin 62.

Ausländerpolitik

In der Neujahrsnacht starben sechs junge Ausländer bei einem Brandunglück in der Abschiebehaftanstalt Steglitz der Berliner Polizei. Um auf die katastrophalen Haftbedingungen hinzuweisen und um gegen die drohende Ausweisung zu protestieren, hatten sie ihre Matratzen angezündet.

An der zunächst veröffentlichten Version der zuständigen Behörden, es handle sich um einen kollektiven Selbstmord, werden vermehrt Zweifel laut. Nach Aussagen von Mithäftlingen wurden erst nach Ausbruch des Brandes die Zellentüren verschlossen, so daß jede Hilfe der herbeigerufenen Feuerwehr zu spät kommen mußte.

Ob die Hintergründe des tragischen Geschehens jemals geklärt werden können, scheint fraglich, nachdem der Senat sieben der Hauptbelastungszeugen bereits in ihre Heimatländer abgeschoben hat.

3. Welt in den Medien

Eine Auftragsforschung des Zentrums für Kulturforschung für das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hat interessante Ergebnisse über das Bild der Dritten Welt in Presse, Hörfunk und Fernsehen der Bundesrepublik zu Tage gefördert. Die beteiligten Wissenschaftler K. Fohrbeck, A. Wiesand und M. Schreinemakers kamen zu dem Ergebnis, daß die hiesigen Medien Dritte-

Welt- und entwicklungspolitische Themen immer noch „sehr mager“ behandeln. Bezüglich der Tendenz der Berichterstattung stellten sie fest, daß „die kolonialistische Perspektive endgültig ausgedient“ habe

Eurozentristisch sei die Berichterstattung vor allem noch in Bezug auf die Einstufung des Materials nach dem „Nachrichtenwert“. „Die geringsten Chancen für eine differenzierte und anschaulichere entwicklungspolitische Berichterstattung zeigen sich bisher dann, wenn es um die Berücksichtigung ungefilterter Original-Informationen aus der 3. Welt geht“, heißt es in der Studie, die als Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 72 kostenlos bezogen werden kann bei: BMZ-Referat Öffentlichkeitsarbeit, Karl-Marx-Str. 4-6, 5300 Bonn 1.

ASK zur Mittelamerika-Solidarität

In einer Resolution zur Solidarität mit den Völkern Mittelamerikas warnte die Mitgliederversammlung des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), die am 22. Januar 1984 in Frankfurt stattfand, vor der Gefahr eines direkten militärischen Angriffs der USA gegen Nicaragua und die von der Befreiungsfront FMLN kontrollierten Gebiete El Salvadors.

Die Bundesregierung mache sich „zum Erfüllungsgehilfen“ des US-Interventionismus. Das ASK fordert die bedingungslose Auszahlung des 40-Mio-DM-Kredits an Nicaragua und die Abberufung von Botschafter Dödenberg aus San Salvador.

Weiter forderte das ASK in der Resolution zur Beteiligung an den Nicaragua-Arbeits- und Techniker-Brigaden auf, die von den Nicaragua-Komitees initiiert wurden. Es wirbt um Spenden für die Verteidigung der sandinistischen Revolution auf den Nicaragua-Fonds des ASK (Sonderkonto E. Wulff, PschA Ffm, Nr. 527 055 - 602), dessen Gelder ohne Zweckbindung direkt an die Sandinistas (FSLN) weitergeleitet werden.

Ferner unterstützt das ASK die Kampagne „Poder Popular“ (Volksmacht) der El-Salvador-Solidaritätsbewegung, die „zum Aufbau einer neuen gerechteren Gesellschaft schon jetzt in den kontrollierten Gebieten El Salvadors“ beitragen soll.

„Das neue AIB – einsame Spitze!“

Solch überschwengliche Äußerungen zur Neugestaltung des AIB kommen bei uns natürlich selten an. Genauso ist es mit etwas differenzierteren und kritischen Sichtweisen. Unsere Bitte: Schreibt uns doch mal, was Ihr vom neuen AIB haltet und was wir Eures Erachtens verbessern könnten. Kritiken oder Ergänzungen zu unseren Artikeln sind nicht minder willkommen. Wir möchten solche Leserbriefe, die möglichst kurz sein sollten, in den nächsten Heften veröffentlichen. Bei Überlängen behält sich die Redaktion allerdings das Recht auf Kürzungen vor.

Nigeria



M. Buhari, Vorsitzender des Militärates

Im westafrikanischen Staat Nigeria übernahmen am 31. Dezember 1983 hohe Militärs die Macht. Sie kamen damit offenbar einem Umsturz junger radikaler Offiziere zuvor.

Der gestürzten zivilen Regierung unter Präsident Shehu Shagari – der 1979 nach seinem Wahlsieg die Regierung von den 13 Jahre lang regierenden Militärs übernahm und erst im August 1983 wiedergewählt worden war (siehe AIB 11-12/1983, S. 60-62) –, warf der Anführer des Putsches, Generalmajor Mohammed Buhari (41), „stinkende Korruption“ vor. Shagari habe den reichsten Staat Schwarzafrikas zu einem „Schuldner und Bettler“ verkommen lassen.

Wichtigstes Ziel für ihn sei, so M. Buhari, geordnete Wirtschaftsverhältnisse im Land wiederherzustellen, damit die Bevölkerung mit Trinkwasser, Elektrizität und Grundnahrungsmitteln versorgt werden könne. Die Preise dafür müßten sich an den Niedrigsteinkommen orientieren. Die Streitkräfte würden die Macht nach der Sanierung der Wirtschaft wieder an eine Zivilregierung übergeben.

M. Buhari – Wie S. Shagari ein Moslem aus dem Norden des Landes – war als Minister für Erdöl und Energie ein wichtiges Mitglied der letzten Militärregierung (1976-79). Er übernahm jetzt den Vorsitz eines am 3. Januar d.J. gebildeten 19köpfigen Militärates. Dieser ernannte eine neue Regierung, die am 18. Januar d.J. vereidigt wurde.

Die 18 Minister, darunter 11 Zivilisten, stehen vor wirtschaftlich schier unlöslichen Problemen. Das mit rund 90 Mio Einwohnern bevölkerungsreichste Land Afrikas ist in starkem Maße von der Rohölausfuhr abhängig. Doch nahmen die Öleinkünfte zuletzt rapide ab (1980: 22 Mrd Dollar; 1983: 10 Mrd Dollar). Die derzeitige Auslandsverschuldung Nigerias beläuft sich auf ca. 14 Mrd Dollar. Sie abzubauen, dürfte kurzfristig schwerfallen, angesichts der erforderlichen großen Importe an Lebensmitteln und an Rohstoffen für die nigerianische verarbeitende Industrie.

Die in westlichen Hauptstädten gehegten Befürchtungen, es könnte sich in Nigeria um einen Umsturz à la Rawlings (Ghana) oder Sankara (Obervolta) handeln, konnte der Militärat schnell zerstreuen. M. Buhari versicherte, daß man im großen und ganzen die politischen Ziele der gestürzten Zivilregierung weiterverfolgen wolle. Die neue Regierung werde die von früheren Regierungen geschlossenen Verträge erfüllen.

Libanon

In der ersten Januarhälfte d.J. kam es in Beirut, dem Schuf und Baalbeck zu neuerlichen militärischen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen, Phalangemilizen, israelischen und US-Streitkräften einerseits und oppositionellen Milizen andererseits.

Dies zeigt an, daß der im November 1983 in Genf eröffnete nationale Aussöhnungsprozeß (siehe AIB 1/1984, S. 8ff.) nicht vorankommt. Ein von Präsident Gemayel vorgelegter neuer Sicherheitsplan, der die unmittelbare Ausdehnung der Kontrolle auf das gesamte nicht von ausländischen Streitkräften kontrollierte Gebiet (rund 1/3 des Landes) durch libanesische Regierungstruppen vorsah, stieß auf den Widerstand der Nationalen Errettungsfront und Syriens.

Oppositionsführer Walid Junblatt wies ihn zurück, da er nicht mit einer politischen Regelung bzw. Reformen – darunter der Armee – und einem Abzug der westlichen multinationalen Streitmacht verbunden sei. Die syrische Regierung Assad bekräftigte, ihre Zustimmung zu jedweder innerlibanesischen Einigung setze voraus, daß das von den USA gemanagte Separatfriedensabkommen Libanon-Israel



Pilot Goodman flankiert von Präsident Reagan und J. Jackson

vom Mai 1983 aufgekündigt werde. Präsident Assad beharrte im Gespräch mit US-Nahostbotschafter Donald H. Rumsfeld darauf, die eigenen Truppen erst dann aus dem Libanon abzuziehen, wenn die Armee Israels und die multinationale Streitmacht das Land geräumt hätten.

In den USA selbst wächst der Druck auf Ronald Reagan, das militärische Eingreifen im Libanon zu beenden. Die Befürworter eines Abzugs der US-Marines aus Beirut und einer politischen Verhandlungslösung mit Syrien erhielten zum Jahreswechsel Auftrieb durch den diplomatischen Coup des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Jesse Jackson. Er hatte im Alleingang in Damaskus von Präsident Assad die Freilassung des gefangengenommenen US-Piloten Goodman erwirkt und damit den Washingtoner Verfechtern einer militärischen Lösung im Libanon einen Schlag versetzt. Außerdem beabsichtigen Frankreich und Italien ihre Truppen im Libanon zu verringern.

Reagans Libanonpolitik droht die Unterstützung des Kongresses zu verlieren und in die Sackgasse zu geraten.

Moçambique

Am 16. Januar 1984 begannen in Pretoria Verhandlungen zu Sicherheitsfragen zwischen Moçambique und Südafrika. Parallel dazu fanden in Maputo Gespräche zu wirtschaftlichen Problemen statt. Bereits im Dezember 1983 hatte in Swasiland ein Treffen des moçambikanischen Wirtschaftsministers Jacinto Veloso und des südafrikanischen Außenministers Roelof Botha stattgefunden.

Samora Machel bezeichnete dies als Versuch, einen „modus vivendi“ im Südlichen Afrika zu finden. Er hoffte auf einen Nichtangriffspakt und für beide Seiten positive Handelsbeziehungen. Gleichzeitig betonte er, daß sein Land die Apartheidpolitik weiterhin ablehnen werde. Moçambique leidet derzeit unter den Folgen einer Dürrekatastrophe und den Sabotageaktivitäten des Nationalen Widerstands Moçambiques (MNR). Die Regierung Machel strebt bei den Verhandlungen vor allem an, daß Südafrika seine Unterstützung für die konterrevolutionäre MNR beendet. Im Gegenzug verlangte die südafrikanische Delegation freilich von Moçambique, es solle seine Hilfe für die südafrikanische Befreiungsbewegung, den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), einstellen.

Algerien

Bendjedid Chadli wurde bei den Präsidentschaftswahlen am 12. Januar d.J. erwartungsgemäß mit 95,36% der abgegebenen Stimmen für weitere 5 Jahre als Präsident Algeriens bestätigt. Die mit 96,27% ausgesprochen hohe Wahlbeteiligung (es besteht keine Wahlpflicht) deutet auf eine nach wie vor starke Massenverankerung der algerischen Führung.

B. Chadli war zuvor auf dem 5. Kongreß der regierenden Nationalen Befreiungsfront (FLN), der vom 20.-22. Dezember 1983 tagte, als einziger Kandidat zu den Wahlen nominiert worden.

Chadli, der zugleich Generalsekretär der Partei ist, betonte, daß die gegenwärtige Etappe der algerischen Revolution gleichermaßen der „Kontinuität und Erneuerung“ bedürfe. Hauptanliegen der kommenden Zeit müsse es sein, die ehrgeizigen Entwicklungsprojekte in ein ausgewogenes Verhältnis mit den finanziellen Möglichkeiten, die infolge des Rückgangs der Öleinkünfte und der Weltwirtschaftskrise gering seien, zu bringen.

Höchste Priorität soll der Landwirtschaft eingeräumt werden, um dem Ziel der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln näherzukommen. Eine weitere Akzentverschiebung in der algerischen Entwicklungsstrategie wird daran sichtbar, daß der Privatsektor – vor allem in der Leichtindustrie, im Bau- und Dienstleistungswesen – an Bedeutung gewinnen soll.

Argentinien

Die neue argentinische Zivilregierung unter Präsident Alfonsín hat gemäß ihrem Wahlversprechen (siehe AIB 1/1984, S. 46f.) juristische Schritte gegen die an der Folterung und Ermordung Tausender Argentinier beteiligten Mitglieder der früheren Militärjunta eingeleitet.

Mehrere Hauptverantwortliche wurden bereits vom Obersten Rat der Streitkräfte unter Anklage gestellt, darunter die früheren Juntachefs Jorge Videla, Roberto Viola, Leopoldo Galtieri und Reynaldo Bignone. Admiral Emilio Massera, General Basilio, Lami Dozo und L.



Immer mehr Massengräber Verschleppter werden entdeckt

Galtieri erwartet zudem ein gesondertes Gerichtsverfahren, wo sie für die Niederlage im Malwinenkrieg (1982) zur Verantwortung gezogen werden sollen.

Damit sich die Beschuldigten dem Verfahren nicht entziehen können, verhängte der Bundesrichter ein Ausreiseverbot für hohe Militär- und Polizeioffiziere. Der langsame Fortgang der Ermittlungen wurde jedoch von Menschenrechtsorganisationen kritisiert. Parallel zu den Verfahren gegen die Militärs sollen ebenfalls Prozesse gegen Anführer von Linksorganisationen stattfinden, die Anfang der 70er Jahre den bewaffneten Kampf führten.

Kolumbien

Die beiden Guerillaorganisationen M-19 und Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC) kündigten Ende Dezember 1983 die Bildung einer militärischen und politischen Einheitsfront an. Ihre Oberkommandos bekräftigten, daß diese Front die Kontakte mit der Regierung Belisario Betancours fortsetzen will, um die innenpolitischen Auseinandersetzungen

(siehe AIB 11-12/1983, S. 52ff.) auf friedlichem Wege zu lösen.

Im Jahr 1983 war es bereits mehrfach zu Verhandlungen zwischen Vertretern der FARC und M-19 auf der einen Seite und der Regierung auf der anderen gekommen. Als Bedingung für die Einstellung des bewaffneten Kampfes hatten erstere politische und soziale Reformen verlangt. Sie fordern außerdem die Beendigung der Terrorakte, die ultrarechte paramilitärische Banden mit Unterstützung der kolumbianischen Armee vor allem im Westen des Landes verüben.

Bereits 1982 hatten Vertreter der Gewerkschaften, der politischen Parteien, der Kirche und weitere Privatpersonen eine nationale Friedenskommission gegründet mit dem Bestreben einen Waffenstillstand herbeizuführen.

Jamaika

Bei den jamaikanischen Wahlen, die am 15. Dezember 1983 stattfanden, gewann die regierende konservative Labourpartei (JLP) 54 der 60 Sitze im Repräsentantenhaus. Die restlichen 6 entfielen auf unabhängige Kandidaten. Michael Manleys oppositionelle linke Nationale Volkspartei (PNP) boykottierte die Wahlen, da nur drei Tage zur Kandidatenaufstellung blieben und veraltete Wählerlisten von 1980 benutzt wurden. Dadurch wurden ca. 180.000 Jungwähler vom Urnengang ausgeschlossen. Diese Jugendlichen, von denen 30% arbeitslos sind, galten als entscheidendes Wählerpotential für die PNP.

Ministerpräsident Edward Seaga hatte die Wahlen vor Ablauf der Legislaturperiode angesetzt, als sich nach der Beteiligung an der Grenada-Invasion wieder eine Mehrheit für seine Partei abzeichnete.

Uruguay

Am 18. Januar d.J. kam es in Uruguay zum ersten Generalstreik seit der Machtübernahme durch das Militär im Juni 1973. Der vom Dachverband der Gewerkschaften (PIT) ausgetragene Ausstand wurde von 90% der Arbeiter und Angestellten befolgt. Die zugelassenen bürgerlichen Parteien hatten sich gegen den Streik ausgesprochen, solidarisierten sich jedoch mit den Forderungen der Gewerkschaften nach höheren Löhnen, einer Generalamnestie und der Rückkehr zur Demokratie. Durch diesen Generalstreik erreichten die Proteste gegen die Militärdiktatur, nach der Massendemonstration in der Hauptstadt Montevideo am 27. November 1983, an der sich 400.000 Menschen beteiligt hatten, einen neuen Höhepunkt. Der Gewerkschaftsbund, der immer mehr zu einem Motor der antidiktatorischen Bewegung geworden war, wurde noch in der Nacht zum 19. Januar von der Militärjunta für aufgelöst erklärt. Den Medien wurde verboten, weiterhin über Arbeitskämpfe zu berichten.

Ein Gewerkschaftsvorsitzender erklärte, daß die Gewerkschaftsführung den Dachverband trotz des Verbotes nicht auflösen werde. Bereits in der vorangegangenen Woche hatte Innenminister Hugo Linares Brun die für November d.J. geplanten Wahlen in Frage gestellt, wenn die Proteste nicht aufhören sollten.

Surinam

Am 8. Januar d.J. trat in Paramaribo, der Hauptstadt Surinams, die Regierung unter Premierminister Eroll Alibux zurück. Staatspräsident Desi Bouterse begründete den Rücktritt mit „den Fehlern“ der Regierung, die zu „Reaktionen bei der aktiven Bevölkerung“ geführt hätten. Er kündigte die Bildung einer neuen Regierung unter Abstimmung mit den Gewerkschaften, Unternehmern und seiner im November 1983 gegründeten Bewegung des 25. Februar an.

Am 19. Dezember 1983 waren 4.000 Arbeiter des US-Bauxitkonzerns SURALCO in Streik getreten. Sie forderten die Rücknahme von Steuer- und Preiserhöhungen für Importgüter, sowie den Rücktritt von D. Bouterse. Ihnen schlossen sich die Arbeiter der Billiton, eines niederländischen Bauxitunternehmens, und des Elektrizitätsunternehmens EBS an. Trotz Rücknahme der Erhöhungen und des Rücktritts der Regierung weiteten sich die Streiks jedoch weiter aus.

Aufgrund der niedrigeren Einnahmen durch den Bauxitexport und der Einstellung der Unterstützungszahlungen durch die niederländische Regierung (siehe AIB 10/1983, S. 30ff.) war es zu einem hohen Haushaltsdefizit gekommen.

Durch die Steuererhöhungen wollte die Regierung die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds erfüllen, um einen Kredit zu erhalten.

Korea

Dreiseitige Gespräche zwischen Nordkorea (KDVR), Südkorea und den USA schlug die KDVR-Regierung am 11.1.1984 in einem Brief an die beiden anderen Regierungen vor. Darin heißt es, die Kriegsgefahr auf der Halbinsel habe derart zugenommen, daß nur sofortige Friedensverhandlungen die Lage zu entspannen vermöchten.

U.a. sollten die Gespräche einen Friedensvertrag ermöglichen, um den Koreakrieg (1950-53) offiziell zu beenden. Somit könne endlich der Weg freigemacht werden für den Abzug aller ausländischen Truppen. Dies – so heißt es in dem Brief weiter – könne bessere Voraussetzungen schaffen, um neue Verhandlungen über die Wiedervereinigung zu eröffnen.

Südkoreanische Regierungskreise lehnten das Angebot als Propaganda ab. Ronald Reagan, der von Chinas Ministerpräsidenten Zhao Ziyang während seines USA-Besuches Mitte Januar d.J. aufgefordert wurde, das Verhandlungsangebot aufzugreifen, erklärte sich zwar prinzipiell dazu bereit. Doch sprach er sich für eine Mitbeteiligung der VR-China aus.

Die Beijinger Regierung wies dieses Ansinnen der Reagan-Administration zurück. Die VR-China halte – so das Außenministerium – Entspannungsverhandlungen für nützlich und unterstütze den Vorschlag der KDVR.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

D 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungs-Gebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Ich steh' auf AIB ...



... weil im deutschsprachigen Raum nur das AIB Monat für Monat verlässlich über unsere Sache in der Dritten Welt berichtet. Und weil es unsere Befreiungsbewegungen selbst zu Wort kommen läßt. Außerdem finde ich: Das AIB deckt auf, daß die Friedens- und Solidaritätsbewegung bei Euch und unsere Befreiungskämpfer reichlich gemeinsame Interessen haben. Zum Beispiel, daß die Raketenstationierung in Westeuropa und die Interventionen in der Dritten Welt Teil einer Globalstrategie desselben Gegners, des US-Imperialismus, sind. Gut ist auch, daß das AIB dem bundesdeutschen Neokolonialismus auf die Finger schaut. Und daß es etwas gegen ihn tut.

Gründe genug, meine ich, um zur Verbreitung des AIB beizutragen, um es selbst zu verkaufen, um AIB-Freiverkäufer zu werden.

Schlag doch mal Deinem Solidaritätskomitee oder Deiner sonstigen Gruppe vor, das AIB regelmäßig im Freiverkauf, auf Büchertischen, vor Veranstaltungen usw. zu vertreiben. Oder nimm den Verkauf selbst in die Hand.

Die AIBler in Marburg – so wurde mir versichert – unterstützen Dich gerne mit Flugblättern, Plakaten und Probeheften. Und sie gewähren Dir 33% Rabatt. Bis dann also

Euer Walid

Unser Freiverkaufsangebot: Bei regelmäßiger Abnahme von 5 Exemplaren des AIB gewähren wir 33% Rabatt auf die einzelnen Hefte. Nicht verkaufte Hefte können gegen Verrechnung zurückgesandt werden. Porto wird nicht berechnet. Benutzt bitte die Bestellkarten in der Heftmitte.

Ich tu was – als Freiverkäufer!